

hier entgegengebracht haben, einen starken Widerhall finden wird in der deutschen Sozialdemokratie. Ich danke allen Genossen im Namen des Parteitages für ihre Worte. Jetzt vertagen wir die Verhandlungen des Parteitages bis 16 Uhr. Ich bitte aber noch ein paar Minuten um Ruhe. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission müssen vor Beginn der Nachmittagssitzung allen Delegierten des Parteitages die Delegiertenkarten und die Parteimitgliedskarten abnehmen, damit die Arbeit der Mandatsprüfungskommission heute nachmittag beginnen kann. Jeder Delegierte muß zu Beginn beim Eintritt in diesen Saal heute nachmittag die Karte und die Parteimitgliedskarte abgeben.

Zweitens wird dringend darum gebeten, sich bei der gemeinsamen Mahlzeit an die Anweisungen zu halten, die in dem Merkblatt enthalten sind. Es ist zunächst die Gruppe mit den braunen Essenskarten an der Reihe. Es wird dann hier im Gelände mitgeteilt, wann die zweite Gruppe mit der Straßenbahn zum Essenslokal fahren kann. Es wird dringend darum gebeten, nicht vorher abzufahren. Dagegen muß die Gruppe I sich sofort auf den Weg machen, damit wir ohne Verzögerung unsere Nachmittagsverhandlungen wieder aufnehmen können.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Vormittagssitzung 13.30 Uhr.)

### Nachmittagssitzung

(Beginn 16 Uhr.)

Die Sitzung wird um 16 Uhr von dem stellvertretenden Vorsitzenden *Julius Lossmann* wieder eröffnet.

Stellvertretender Vorsitzender: Genossinnen und Genossen, die Verhandlungen des Parteitages werden hiermit wieder eröffnet. Zunächst haben wir Ihnen mitzuteilen, daß der Vorsitzende der Kontaktkommission, Genosse *Louis de Brouckère*, Brüssel, nunmehr auf dem Parteitage erschienen ist. Wir begrüßen den Genossen *de Brouckère* auf das herzlichste und gleichzeitig auch den Genossen *Sommershausen*, Belgien. Genosse *de Brouckère* wird im Laufe des morgigen Tages Gelegenheit nehmen, zu dem Parteitag zu sprechen.

Ich schlage dem Parteitag vor, daß wir zunächst in den Punkt 2 der Tagesordnung eintreten:

#### „Deutschland und Europa“

Der Parteitag ist einverstanden. Das Wort hat nunmehr der 1. Vorsitzende der SPD, Genosse *Dr. Kurt Schumacher*. (Lebhafter Beifall.)

*Dr. Kurt Schumacher:*

#### „Deutschland und Europa“

Verehrte Gäste! Genossinnen und Genossen! Die Weltöffentlichkeit hat durch den zweiten Weltkrieg und die Propaganda in den letzten beiden Jahren wohl etwas zu stark unter dem Eindruck gestanden, daß das heutige Deutschland das zusammengebrochene Dritte Reich sei. Und diese im Prinzip nicht gerechte Einstellung zu den neuen Kräften in Deutschland hat dann auch die Berichterstattung über die Vorgänge in diesem Lande etwas zu stark gefärbt. Man hat vielleicht gemeint, gefährliche geschichtliche Kräfte wieder wachzurufen, wenn man diesem Deutschland die Gerechtigkeit einer objektiven Berichterstattung zuteil werden ließe. Wir Sozialdemokraten sagen dazu: Wir stehen ein für alles, was wir gesagt und getan haben in diesen beiden Jahren. Aber wir denken gar nicht daran, uns die Verantwortung zuschieben zu lassen für Dinge, die wir niemals gesagt und getan haben. Nun ist heute bei der Frage der Neuordnung Europas die Bericht-

erstattung eine wichtige Waffe für die Steuerung der europäischen Ordnung und für die Weckung der europäischen Ordnung. Die Weltöffentlichkeit muß wissen: wenn sie heute über Vorgänge in Deutschland berichtet, dann hilft sie Europa und nicht Deutschland allein. Und ich glaube, dieses Maß der Verantwortung soll der Weltöffentlichkeit die Feder führen. Gewiß, die Deutschen haben viel zu lernen, vielleicht mehr als jedes andere Volk. Aber in einem großen Punkte sind wir Deutschen an politischer Erfahrung vielen anderen Ländern voraus. Wir haben in Deutschland die nackte Gewalt triumphieren sehen in Gestalt des Dritten Reiches, als vom deutschen Volke getragen. Und wir haben in Deutschland den Erfolg einer rücksichtslosen kommunistischen Katastrophenpolitik gesehen. Diese beiden Erkenntnisse haben wir vor den alten großen Demokratien der Welt voraus. In diesen beiden Fragen sind wir zu unserem Leid und zu unserem Schmerz sachverständig in des Wortes verwegener Bedeutung. Man wirft den Deutschen vor, sie seien nicht initiativreich genug, und meint achselzuckend, die Deutschen könnten sich untereinander nicht einigen. Ich glaube nicht, daß diese Vorwürfe im letzten Kern berechtigt sind. Man kann billigerweise von einem Volk nicht Initiative verlangen, wenn man die Voraussetzung aller Initiative, die effektive Machtposition, diesem Volke nicht gibt. Man kann auch nicht über den Mangel an Einigkeit reden. Denn in Wahrheit ist die klassische Diskrepanz heute in Deutschland stärker als jemals vorhanden. Die Besitzer der Sachwerte, der Produktionsmittel, die Lebensmittelproduzenten, haben alle mobilen Sachwerte, die auf den Tauschmarkt gekommen waren, an sich gesaugt und auch den übergroßen Teil des Papiergeldes. Und dieser einseitigen Anreicherung stand die entsprechende Seite der Verarmung gegenüber. In Deutschland haben sich die Sachwertbesitzer und diejenigen, die nichts haben als ihre Ware Arbeitskraft, auch voneinander fortentwickelt, ein Zustand, den man analysieren muß, aus dem man Konsequenzen zu ziehen hat, aber ein Zustand, den man nicht mit dieser banalen Redensart, wie Mangel an Einigkeit, begleiten soll.

Nun krankt Deutschland in Wahrheit an der verhinderten sozialen und politischen Revolution des Jahres 1945. Und diese Verhinderung beruht doch gewollt oder ungewollt auf der Tatsache der Besetzung. Wir erleben doch heute eine ökonomische und gesellschaftliche Welt, deren Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln im Prinzip joch genau so bankrott gegangen sind, wie die Produktionsformen des Dritten Reiches. Darum haben wir eine dauernde innere Zerreißprobe und eine permanente psychologische und politische Krise. Bevor diese Spannungen nicht überwunden und geregelt sind — und nach unserem Willen sollte diese Regelung möglichst gesetzmäßig vor sich gehen —, werden wir auch keinen Anschluß an die Normalisierung des Lebens finden.

Wir stehen heute in Deutschland in Wahrheit mitten in einem Bürgerkrieg, der mit ökonomischen und bürokratischen Mitteln ausgefochten wird, wobei die Anwendung der Mittel leider überwiegend in der Hand unserer politischen und klassenmäßigen Gegner liegen — mit Wissen und Willen und Duldung aller militärischen Regierungen in Deutschland. Die Diskussion über Europa ist doch in Wahrheit das Suchen nach einer Sinnggebung des Lebens, nachdem wir jetzt eine Periode sinnlosen Vegetierens durchgemacht haben. Wir können uns dabei keinen Plan der Vereinigten Staaten von Europa aussuchen, wir können überhaupt vom Leben nicht verlangen, daß es sich nach Abstraktionen richten soll, wir haben auch gar nicht das Recht der Wahl zwischen Schemen. Wir haben, Genossinnen und Genossen, nur induktiv und experimentell den Weg der realen Möglichkeiten zu durchschreiten. Wir müssen auch sagen, daß die Konstituierung eines neuen Europa auf einer neuen Ebene erfolgen muß und daß es unmöglich ist, Deutschland viermal nach den Vorbildern von vier Besatzungsmächten zu gestalten, und daß Deutschland als Ganzes auch nicht das Vorbild eines oder mehrerer anderer Kontinente annehmen kann, genau so wenig, wie das Europa kann. Genau so notwendig, wie es ist, daß Deutschland seinen eigenen gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Stil entwickelt, genau so ist es notwendig, daß Europa den gemeinsamen Kultur- und Gesell-

schaftsstil findet. Und diese Tendenzen zur Gemeinsamkeit in Europa sind vorhanden, Europa hat das letzte Wort in der Entwicklung des Kontinents als eines wichtigen und unverzichtbaren Bestandteiles der Menschheit noch nicht gesprochen. Das Abendland ist nicht tot. Denn Sozialismus und Demokratie leben. Die Politik des Entweder-Oder, die schlagwortmäßige Antithetik von Ost und West entspringt weder dem europäischen Können, noch dem europäischen Wollen. Das zeigt sich am besten in Deutschland. Wenn wir eine derartig primitive Optionsformel aussprechen würden, dann würden wir den Trennungsstrich mitten durch unser Land ziehen, dann würde mit dem Wissen und Willen der Deutschen das Land mitten durchrissen werden. Und eine solche Durchreißung Deutschlands würde in Wahrheit die denkbar gefährlichste Zuspitzung aller Gegensätze bedeuten. Für uns in Europa kann trotz aller nationalstaatlicher und nationalwirtschaftlicher Exzesse nur maßgebend sein der gemeinsame soziale und ökonomische Inhalt der europäischen Länder mit seiner deutlichen Tendenz zum Sozialismus. In diesem Sinne kann Europa als ein kommendes Ganzes gesehen werden. Wir sollen es ruhig aussprechen: Der Lebensstil, die Kultur und die Wirtschaftsform dieses Kontinents, das ist der demokratische, die Rechte der freien Persönlichkeit bejahende Sozialismus. Wir bekennen uns zum demokratischen Sozialismus als einer der großen politischen Methoden in der Welt. Und diese Methode im Weltgeschehen auch zum Einsatz zu bringen, das ist die Verpflichtung aller Europäer, das ist die Verpflichtung aller europäischen Sozialisten. Und der Kontinent kann kein aufarkes, sich selbst genügendes Europa sein, es kann nur ein zur Zusammenarbeit bereites Europa sein. Nur ein solches wäre ein Fortschritt, nicht die Feindseligkeit, die Versteifung, die Ablehnung all dieser Prinzipien, aus denen heraus Europa gestaltet werden kann, sondern die schöpferische Auseinandersetzung mit den anderen großen Ideen und Vorbildern. Aber, Genossinnen und Genossen, primum vivere deinde philosophari; man muß zuerst leben und dann kann man philosophieren! Wir können nicht um die Rivalität von Ideologien kämpfen. Wir müssen uns nach dem Leben und seinen Notwendigkeiten richten.

Nun proklamieren die Vereinigten Staaten von Amerika, Europa durch wirtschaftliche Kredite gesund zu machen. Als erstes kam diese kriegerische Antwort vom Dollar-imperialismus und vom Okkupationsdollar. Diese Art, ein so schwerwiegendes und lebenswichtiges Problem zu beantworten, ist unter allen Umständen falsch und verderblich. Man kann das alles nicht mit einer kriegerischen Aktionsformel abtun.

Und man hat nicht das Recht, sich in solchen agitatorischen Formulierungen zu gefallen, solange in Europa mehr als 100 Millionen Menschen hungern.

Dann gibt es ein anderes Echo, das kapitalistische Echo, die Kreise, die aus einer gemutmaßten gesellschaftlichen Affinität mit den maßgebenden gesellschaftlichen Schichten in USA von dort aus sich für ihr System Hilfe erhoffen. Ich meine, die großmütige amerikanische Hilfe kann durch nichts mehr bloßgestellt werden, als durch Zustimmung deutscher Interessenten eines gewissen Kalibers.

Dann gibt es auch noch soziale und politische Stimmungen, die diese Initiative im vollen Gefühl der Verantwortung ermutigen und Notwendigkeiten für diese Initiative zeigen wollen, Notwendigkeiten, die ebenso europäisch wie amerikanisch sind. Schließlich ist ja Amerika jetzt die einzige Stelle in der Welt, von der aus Kredit, Ernährung und Rohstoffe in das zerstörte und ausgeraubte Europa hineingepumpt werden können. Hierin werden die der Verantwortung bewußten Menschen in der ganzen Welt übereinstimmen. Es ist besser, eine große Krise zu vermeiden, als sie herbeizuführen und dann politisch auszuschlachten zu versuchen. Wir haben ja in Deutschland eine ganz spezielle Erfahrung darin, wohin Verelendungskuren führen, und wir sollten uns da von jeder Revolutionsromantik der Verelendung freihalten. Die Amerikaner haben erkannt, daß man, wenn man die Folgen nicht will, die Bedingungen ändern muß, aus denen solche Folgen entstehen, und die Verantwortung für die Millionen Hungernder schreibt uns vor, diese große Initiative nicht zu entmutigen. Die Pflicht aller demokrati-

schen Sozialisten in jedem europäischen Lande ist unserer Ansicht nach, diese Hilfe mit guten und stichhaltigen Argumenten zu begrüßen und zu dieser Hilfe zu sagen, wie sie sich auf das Europaertum und auf die spezielle Situation jedes europäischen Landes erstrecken sollte. Diese amerikanische Hilfe zwingt die Völker Europas, sich untereinander anzunähern. Von großer Bedeutung wird dabei die Annäherung der Franzosen und der Deutschen sein. Kulturell und ökonomisch kann keines dieser beiden Länder auf die Dauer die Schwächung des anderen Landes ertragen, und das Verhältnis Frankreich-Deutschland ist nach der geschichtlichen Erfahrung der lebendige Gradmesser für das Leben der Ideen der Freiheit und der Menschlichkeit auf diesem Kontinent.

Nun hat General Marshall erklärt, daß er nicht die Länder als Einzelobjekte mit orthodoxen und missionarischen Methoden des besonderen amerikanischen Kapitalismus finanzieren will. Nach Marshall soll Europa selbst mit amerikanischem Rat ein Aufbauprogramm unter Zustimmung möglichst vieler Staaten entwerfen.

Auf lange Sicht gesehen ist dieser amerikanische Gedanke gut, denn er erzwingt die Aktivierung der europäischen Selbsthilfe. Aber als Hilfsaktion für den Augenblick ist es sehr schwer, erst die europäischen Möglichkeiten auszu-diskutieren. Man wird sich da wohl mit der Findung einiger grundlegender Möglichkeiten begnügen müssen. Wir können ja nicht erst den Aufbau Europas vollenden, sondern wir müssen jetzt sagen können, wo in Europa, in welchem Umfange die amerikanische Hilfe eingesetzt werden soll. Und die Frage der Intensität und die Frage nach dem Tempo, die Frage nach der Beschleunigung, das ist auch die Antwort auf die Frage, ob überhaupt Hilfe noch möglich ist, und wir übertreiben nicht, gefangen von der Schwere des Augenblicks, wenn wir sagen: Hilfe für Europa und für Deutschland in diesem Europa ist nur als schnelle Hilfe möglich.

Man darf auch nicht vergessen, daß bei den Pariser Besprechungen in diesen Tagen an dem runden Tisch ein leerer Stuhl steht. Deutschland ist bei diesen Besprechungen noch nicht vertreten, und gerade darum ist es vielleicht gut, wenn die deutschen Sozialdemokraten diesen Parteitag benutzen, um Europa und der Welt zu sagen: Wir haben keine Veranlassung, zudringlich zu sein. Wir haben keine Veranlassung, unser Schicksal vor das Schicksal anderer Völker zu stellen, aber wir haben nicht nur aus deutschem, sondern auch aus europäischem und weltbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein die Verpflichtung, jetzt auf das Chaos in diesem Lande und die Notwendigkeit seiner Behebung hinzuweisen. Dieser Aufgabe soll auch dieser Parteitag dienen.

Die von den USA gewollte enorme wirtschaftliche und moralische Leistung für die Welt ist ja zu gleicher Zeit auch ein gutes Stück amerikanischer Sicherungspolitik. Es war General Marshall, der ganz klar gesagt hat:

Neben der demoralisierenden Wirkung auf die ganze Welt und der Möglichkeit von Unruhen, die sich aus der Verzweiflung der Völker ergeben können, sollten die Folgen für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten jedem klar sein. Wenn wir Weltsicht zeigen und unser Volk bereit ist, sich der hohen Verantwortung, die die Geschichte ihm auferlegt hat, nicht zu entziehen, dann können und werden wir die Schwierigkeiten überwinden.

Das sagte General Marshall. Er sagte damit, daß hier nicht versucht wird, Europa etwa das ökonomische und gesellschaftliche Vorbild der Vereinigten Staaten aufzuzwingen. Er sagte damit, daß hier nicht versucht wird, ein Stück amerikanische Weltherrschaftspolitik zu treiben, sondern er sagte damit, daß ökonomisch und politisch die beste Sicherung Amerikas für die Zukunft ein gesundes, kaufkräftiges, im Politischen und Wirtschaftlichen lebendiges Europa ist.

Ein Projekt von so gewaltigen Ausmaßen ist niemals ein Geschäftsprojekt. Ein Projekt von solcher Enormität ist stets ein Stück echter Hilfeleistung und Verantwortung vor der Welt und für die Welt. Ganz einfach gesagt: die Amerikaner, diese mächtigste Konzentration von Reichtum und ökonomischen Möglichkeiten,

haben erkannt, daß die Welt für sie gefährlich ist, wenn sie der einzige Punkt in der Welt sind, der reich ist. Man muß auch andere Stellen in der Welt haben, die ökonomisch jedenfalls genügend Wohlstand produzieren, um in eine wirtschaftliche Kombination mit dem Reichtumspender treten zu können.

Eine ungeheure Erleichterung liegt darin, daß die USA dieses Angebot an ganz Europa und an Rußland gemacht haben. Es ist eine Illustration zu der dringlichen Frage, die wir Sozialdemokraten so stellen: Europa ist mit Rußland möglich, Europa ist am besten mit Rußland möglich, aber Europa und Deutschland sind nicht russisch möglich. Wir hoffen, daß die Verhandlungen in Paris den Weg weitergehen werden, der ja zeigen soll, daß Europa am besten mit Rußland möglich ist.

Die Entscheidung fällt jetzt durch das Tempo der Hilfe. Was in diesem Jahr einen Dollar kostet, wird im nächsten Jahr mehrere Dollar kosten und wird dann allerdings einem Volk gewährt werden, das im nächsten Jahr nicht mehr so viele innere Aufgeschlossenheit und Willen, bis zum Letzten mitzumachen, zeigen kann und zeigen will, als das deutsche Volk heute noch aufzubringen in der Lage ist.

Die formalen Gründe der Passivität beim Aufmarsch zur Moskauer Konferenz haben sich sehr lähmend auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ausgewirkt, und heute ist die Pause zwischen Moskau und London zu groß, als daß sie durch Passivität ausgefüllt werden könnte. Passivität bedeutet heute für Deutschland Vernichtung des Lebens. Es muß also die Aktivierung des deutschen Lebenswillens gelingen, sonst vergrößert sich die politische Reservearmee der Enttäuschten, Ungläubigen und Unwissenden. Diese politische Reservearmee der Enttäuschten, Ungläubigen und Unwissenden ist das Gefahrenmoment in Europa, wenn nicht aus eigener Kraft, dann dadurch, daß andere Kräfte es auszuspielen verstehen. Für den durchschnittlichen Deutschen aber handelt es sich bei der ökonomischen Hilfeleistung an Europa auch noch um etwas anderes: um die Bejahung einer Idee durch die Tat, um die Bewahrheitung der grundlegenden, der vier Freiheiten der Atlantik-Charta, der Freiheit von der Not.

In dieser Situation ist in Westdeutschland der bizonale Wirtschaftsrat geschaffen worden. Er ist die Offenbarung der von uns schon seit zwei Jahren verkündeten Tatsache, daß in Deutschland alle die wirtschaftspolitischen und ernährungspolitischen Fragen mit den Mitteln der Länder, durch die Länder und in den Ländern nicht beantwortet werden können. Die Zuständigkeitsvermutung auf allen Gebieten der Wirtschaft liegt beim Wirtschaftsrat. Er wird soviel Kompetenzen haben, wie er Kräfte hat, sie aufzugreifen und durchzusetzen. Das Exekutivkomitee des Wirtschaftsrates ist keine gesetzgeberische Konkurrenz. Wohl hat es die Initiative der Gesetzgebung, wohl hat es die Befugnis zu Durchführungsverordnungen, es ist aber nicht eine Vertretung der Länder für Interessen der Länder. Es ist eine Vertretung der Länder bei der Bizone zu wirtschaftlichen Zwecken der Bizone. Der Wirtschaftsrat ist keine staatsrechtliche Konstruktion. Wir müßten ihm ja an sich seine Kompetenz dadurch bescheinigen, daß wir ein bizonales ökonomisches Parlament wählen müßten. Aber gerade das können wir nicht und wollen wir nicht. Denn ein originär gewähltes bizonales Parlament würde ja bedeuten, daß alle Kräfte, die sich an der Schaffung eines solchen Zustandes beteiligen, den Dolus hätten, eventuell ein Westdeutschland zu errichten. Nein, werte Genossen und Genossinnen, das Streben der deutschen Sozialdemokratie geht auf Deutschland als eine ökonomische, nationale und staatsrechtliche Einheit.

Die jüngsten Vorgänge in der Ostzone zeigen, daß man dort mit Manipulationen beschäftigt ist, die die Konsequenz eines Westdeutschland zeitigen können. Nun, die Verantwortungen für alle diese Dinge müssen bei den Kräften liegen, die sich dafür ins Zeug legen.

Der letzte Winter hat aber auch Klarheit darüber geschaffen, daß eine positive Wirtschaftspolitik nicht unter gleichzeitiger Förderung partikularistischer Tendenzen möglich ist. Alle diese Politiken, die eine Politik der Sicherheit durch Betonung

und Schaffung von Ländersouveränitäten wollten, sind durch den an sich unnötigen und harten Anschauungsunterricht des letzten Winters erledigt worden.

Eine Sicherheitspolitik mit einer Art politischem Morgenthau-Plan ist ökonomisch nicht möglich, und es ist kein Ruhmesblatt für die Deutschen, daß regionale Widerstände gegen nationale Notwendigkeiten mit der Schaffung des Wirtschaftsrates durch die Besatzungsmächte gebrochen werden mußten. Es ist das nichts, worauf die Deutschen stolz sein könnten, und wenn wir einmal den Partikularismus seiner romantischen Verkleidung entledigen, dann werden sie ja wissen, daß da ein sehr handfestes Stück sozial-ökonomischer Interessenpolitik liegt und daß der Partikularistenstaat in Wahrheit in seinem Rahmen ein sehr zentralistischer Staat ist, der allen seinen nachgeordneten Stellen die Freiheiten verweigert, die er selbst den übergeordneten Stellen nicht gewähren will. Der Partikularismus als sozial-ökonomische Methode ist doch heute in Deutschland aus dem Willen erwachsen, das Eigentum unter allen Umständen zu verteidigen und möglichst wenig oder gar nicht zu belasten. Man kann heute geradezu ein Gesetz der kommunizierenden Röhren zwischen Partikularismus und Kriegszerstörung ablesen: Je weniger ein Land durch den Krieg zerstört ist, desto partikularistischer ist seine Politik. Das bedeutet, daß man den großen Finanz- und Lastenausgleich verweigern will, und es ist unmenschliche aber logische Folgerung, wenn kürzlich einmal in dem Radio eines Landes von den nicht in diesem Lande Geborenen als den „deutschen Ausländern“ gesprochen wurde.

Wir wissen, daß mit der Konstruktion des Wirtschaftsrates die Frage nach der Durchsetzung seiner Gesetze noch nicht gelöst ist. Aber wir müssen auch wissen, daß wir in allen diesen Fragen die Hilfe der Besatzungsmächte in zweierlei Formen brauchen: einmal in der Änderung der Okkupationspolitik, und zum anderen in der Verstärkung, Beschleunigung und Intensivierung der Hilfsaktion. Man kann sich bei der Beurteilung der Situation den Luxus von optimistischen und pessimistischen Stimmungen nicht leisten. Wenn man Deutschland gesund machen will, so ist es nach den realen Möglichkeiten heute nur auf dem Wege zu erreichen, daß man die Bizone ökonomisch so lebendig macht, daß von ihr ein unwiderstehlicher Magnetismus auf andere Zonen ausgeht. Das ist die kardinale, praktisch-politische Frage, die noch vor Einbruch dieses Winters so weit klargestellt sein muß, daß auch das primitivste Gemüt die Tendenzen der Entwicklung zu überschauen vermag. Die Anziehungskraft einer wirtschaftlich gesunden Bizone wäre ungeheuer. Aber diese Anziehungskraft wäre der erste Schritt zur Vereinigung aller Zonen. Wenn man sagt, es wäre falsch, die Bizone wirtschaftlich stark zu machen, nun, werte Genossen und Genossinnen, wenn wir diese Bizone wirtschaftlich stark haben wollen, dann nicht nur mit Rücksicht auf das deutsche Volk in den Westzonen, dann auch — ja, in erster Linie — mit Rücksicht auf das deutsche Volk der Ostzone. Denn eine Zonenvereinigung ist wirtschaftlich nur denkbar und möglich, wenn der Westen stark genug ist, das ökonomische Vakuum der Ostzone bei einer Vereinigung auch auszufüllen.

Nun stehen wir aber in Deutschland vor einer Situation, die tatsächlich das endgültige Zusammenbrechen und Auslösen der Arbeitskraft bedeutet. Wenn wir die volkswirtschaftlichen Probleme in Deutschland diskutieren oder die deutschen Probleme vom Ausland her diskutiert sehen, dann finden wir immer, daß diese Probleme nicht in ihrem Zusammenhang, in ihrer Komplexität gesehen werden, sondern viel zu sehr isoliert diskutiert werden, gleichgültig, ob es sich nun um die menschliche Arbeitskraft, die Ernährung, die geleisteten und beanspruchten Reparationen, die Art der Berechnung der Reparationen, das Verhältnis von Reparationen und Annexionen, die Demontage, die Exportförderung, die Freisbildung oder die Lohnbildung handelt. Alle diese Dinge können nicht nur isoliert diskutiert werden. Alle diese Dinge können nur miteinander abgestimmt in die Diskussion gebracht werden, und es ist kein neuer Industrieplan denkbar, der nicht nur diese Dinge diskutiert, sondern sich auch mit den Notwendigkeiten einer geplanten Wirtschaft der

Zukunft, der Sozialisierung, der Bodenreform und der neuen Währung aus-einander setzt. Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, um in Details in Dinge der Währungsreform einzugehen. Das eine aber lat auch sagen, Genossen und Ge-nossinnen: schon einmal ist durch eine falsche Handhabung der Währungsreform der Boden für die deutsche Gegenrevolution vorbereitet worden. Das war damals, als man den Sparern alles nahm und den Sachwertbesitzern alles ließ. Für die Methode einer deutschen Währungsreform ist diese klare wirtschaftliche Skizze notwendig. Es ist auch keine Währungsreform möglich, die sich im Technischen erschöpft. Eine Währungsreform ist nur zukunfts-träglich und erfolgverheend, wenn sie untrennbar mit dem gerechten sozialen Lastenausgleich gekoppelt ist. Die Währungsreform ist um so sicherer und heilsamer in ihrer Wirkung, je mehr sie mit dem Anlaufen einer Wirtschaft zusammenfällt, der nicht nur die deut-schen, sondern auch die ausländischen Kräfte einen guten Absprung bereiten. Dann kann eine Währungsreform kommen, und dann müssen wir den Mut haben, diesem entschleierten Gesicht der deutschen Armut entgegenzutreten. Wir müssen den Mut haben, in einer Welt ohne Illusionen zu leben, aber ich glaube, dieser Mut ist gar kein schlechter Mut. Denn wenn es eine Situation der Armut ist, dann kann es nur eine Situation der gleichen Armut für alle und damit der gleichen Chance für das Sich-empor-Arbeiten werden, und zwar eines Empor-arbeitens durch echte Leistung. Ich will jetzt hier nicht den deutschen Noten-umlauf oder die deutsche Schuldenwirtschaft im einzelnen skizzieren. Die Wehr-machtausgaben, die Einsatz- und Familienunterhaltsausgaben, der Ersatz von Kriegsschäden usw., die vergüteten Kriegsschäden, das alles macht zusammen eine Summe von etwa 700 Milliarden Mark aus. Wenn Sie dazu die noch nicht aner-kannten Kriegsschäden und ähnliche Dinge hinzurechnen, kommen Sie gut und gern auf 1000 Milliarden Mark, auf eine Billion Mark. Dabei ist das nicht berück-sichtigt, was vom Ausland her an phantastischen Ansprüchen gegenüber Deutsch-land angemeldet wird. Wichtig für uns ist bei der Untersuchung der Ausgaben, daß 30 % aus Steuern gedeckt sind, 10 % aus Besatzungskosten und Kriegskosten-beiträgen, d. h. aus Ausraubung besetzter Länder, 7 % durch andere Einnahmen und 22 % durch Schulden.

Sehen Sie sich demgegenüber einmal das britische Budget an. Dann werden Sie finden, daß es genau ist wie im ersten Weltkrieg. Auch in Deutschland hat man den Mund mit nationalistischen Phrasen sehr weit aufgerissen, hat aber den ersten und den zweiten Weltkrieg durch Schulden finanziert. Es ist eine merkwiliche Tatsache, daß auch das Hitlerreich vom System der Wilhelminischen Kriegsfinan-zierung im Prinzip nicht losgekommen ist.

Wenn man heute Deutschland betrachtet, und wenn man sieht, wie die Klassen auseinanderstreben, wie die Armen immer irmer und die Reichen immer reicher werden, dann sieht man auch, daß die vom Produktionsprozeß Aus-geschlossenen und die Leute, die nichts weiter zu verkaufen haben als die Ware Arbeitskraft, ohnmächtig in dieser Welt der Produzentenherrschaft sind. Das Resultat ist, daß die deutsche Arbeitskraft noch niemals einen so geringen Real-wert gehabt hat wie heute. Wenn man die Schwarzmarktpreise zur Grundlage nehmen wollte, dann würde man weniger als 1 % herausbekommen. Aber selbst, wenn man den Nominallohn, den Lohn in Papiermark ansetzt, findet man, daß durch die Arbeitszeitverkürzung eine Herabsetzung von 25 bis 30 % eingetreten ist. Die Massen, deren einziges Kapital ihre Arbeitskraft ist, sind in den Zwang ver-setzt, dieses Kapital zu zerstören. Selbst bei der Beanspruchung von Umwegen in der Ernährung kann der notwendige Energieverbrauch nicht ersetzt werden. Man kann darum die Arbeitsintensität auf bestenfalls 40 bis 50 % der Vorkriegs-intensität ansetzen. Der Druck der Kosten steigt unerträglich und zwingt die Pro-duzenten entweder zur Substanzverschleuderung oder auf den Tauschweg. Die Verkäufer der Ware Arbeitskraft aber werden dadurch zu einer Politik der Lohn-erhöhung gezwungen, einer Politik, die man erst bei den Bergarbeiterlohnen sehr zögern beschritten hat. Aber eine Lohn erhöhung wird ja nur dann zur Tatsache,

wenn die Preise stabil bleiben oder wenn eine entsprechende Produktionssteigerung eintritt.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnen die großen Streiks des letzten Winters und des Frühjahrs ein anderes Gesicht. Politische Kräfte haben wohl versucht, diese Streiks zu entessen. Es ist ihnen in keinem Falle gelungen. Politische Kräfte haben versucht, diese Streiks auszunutzen und ihnen ihr Gesicht zu geben. Es ist ihnen kaum merklich gelungen. Die Streiks waren Demonstrationen dafür, daß die Massen die Situation ohne fremde Hilfe für ausweglos angesehen haben. Und die Ware Arbeitskraft, die, um das Lassallesche ironische Wort zu gebrauchen, vergeblich den Versuch macht, sich als Mensch zu gebärden, ist im März und April dieses Jahres Mensch geworden.

Wir sind gegen eine Politik politischer Streiks. Wir sind gegen jede Politik leichtfertiger Streiks. Über dem Streik muß das stehen, was früher einmal in die Kanonen eingraviert war: *Ultima ratio regis* (das letzte Wort), in diesem Fall des Volkes. Diese Streiks waren keine Streiks für oder gegen eine politische Instanz in diesem Deutschland, diese Streiks waren ein Aufbäumen des Menschen in Deutschland.

Ich will mich hier nicht in Details verlieren und in fiktiven Statistiken für das, was man einstmals an Fett und Fleisch in Deutschland verzehrt hat und was man heute auf Karten verzehrt, ohne es jemals zu bekommen. Ich will Sie nicht mit diesen Statistiken im einzelnen langweilen. Ich will zur Sache kommen und sagen: Eine Politik der Prioritäten für gewisse Arbeiten ist unvermeidlich. Wir haben eine solche Politik der Prioritäten schon 1945 vollzogen. Aber eine Politik der Prioritäten ist nur eine relativ kurze Periode hindurch möglich. Dann ist es nicht mehr möglich, die bevorzugten Arbeiter vom Schicksal ihrer Familien zu trennen. Dann ist es auch nicht mehr möglich, diese Familien von anderen Arbeitern und ihren Familien zu trennen. Dann ist auf die Dauer nur eine großangelegte Hilfe möglich, die die Prioritätenpolitik unmöglich macht.

Die Zeit nähert sich mit Riesenschritten, wo der Zusammenbruch nur noch durch die allgemeine Hilfe auf der ganzen Linie aufgehalten werden kann. Erste Forderung der Sozialdemokratie ist dabei: das menschliche Leben muß höher stehen als alle Sachgüter. Darum ist ein nächster Winter ohne Verbesserung der Ernährungslage und ohne Sicherung des Lebens durch Hausbrandversorgung eine Unmöglichkeit. Es ist eine falsche Rechnung, etwa jetzt den Hausbrand der Industrie zu wollen. Wenn man diese kurzfristige Politik macht, erreicht man damit nur, daß im nächsten Winter aus einem großen generellen Notstand heraus das Mehrfache von dem an Kohlen gestohlen wird, was jetzt an Hausbrand verteilt werden kann. Und dazu kommt noch als soziale Zwangsläufigkeit das organisierte Gangstertum des Schwarzen Marktes, das sich einer solchen Notlage natürlich gern bedient.

Bei der deutschen Hungerkrise handelt es sich nicht um vorübergehende Versorgungsschwierigkeiten. Es fehlen nicht nur die Marktüberschüsse der Ostgebiete, es fehlt sehr viel anderes. Es fehlt der Kunstdünger, es fehlt der Stickstoff. Östlich und westlich der großen Mauer haben wir aus politischen Gründen Hunger, nämlich deswegen, weil man aus politischen Gründen entweder industrielle Hilfsmittel der Landwirtschaft zerstört hat oder aus politischen Gründen eine falsche, produktionsmindernde Agrarpolitik gemacht hat. Dieser politische Hunger muß auch mit politischen Hilfen bekämpft werden.

Je größer der europäische und deutsche Hunger ist, desto höher sind auch die Preise für Nahrungsmittel in der Welt. Jetzt müssen wir übersetzte Mangelpreise in einer ausgesprochenen Mangelwährung zahlen. Gunnar Myrdal hat einmal das Wort von der Ruhrkohle als der gemeinsamen europäischen Währung gebraucht. Aber diese Ruhrkohle hat ihre Bedeutung für die Welt nicht als Kohle, sondern dadurch bekommen, daß sie auf dem Weltmarkt als deutsche Fertigware erschienen ist.

In den USA weiß man ganz genau, daß ohne ein wirtschaftlich erstarktes



Westdeutschland und vor allem ohne ein lebendiges Ruhrgebiet der Versuch der Re-Industrialisierung, der Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft, scheitern müßte.

Gerade die Ruhrkohle und das Holz zeigen auch in ihrer Preisbemessung die ganze Unmöglichkeit der heutigen Lage. Wenn Sie die Holzpreise für Schnittholz ansehen, dann werden Sie finden, daß dasselbe Holz in Finnland den doppelten, in den USA den dreifachen Preis einbringt. Und wenn Sie die Berechnung der Ruhrkohle ab Schacht mit 15,50 RM pro Tonne ansehen, Genossen und Genossinnen, dann wissen Sie ganz genau, warum Deutschland nicht hochkommen kann, und dann wissen wir auch ganz genau, warum es zwecklos ist, so weise Reden von außen her an uns zu halten.

Hier in dieser Preispolitik liegt ein Stück echter Schlüssel zur Erkenntnis der Situation. Allen Gläubigerstaaten aber möchten wir sagen, daß ein Reparationskonto nach der Maxime „Nach uns die Sintflut“ und: „Erst wollen wir einmal unsere eigenen Ansprüche in Sicherheit bringen“ in Wirklichkeit die Gläubiger selbst ruiniert. Deutschland haftet als Ganzes für Reparationen, und die Ansprüche der Sieger sind auch ein Ganzes. Daß man das in Potsdam nicht mit der genügenden Klarheit erkannt hat, ist einer der Gründe, warum Potsdam so verderblich ist. Denn je mehr man in Potsdam einem Sieger restlose Reparationsbefriedigung versprochen hat, desto mehr hat man auch die anderen Sieger von den Reparationsansprüchen ausgeschlossen.

Ein Industrieplan, der der deutschen Zukunft Inhalt und Grenzen geben will, muß das Kriegspotential vernichten. Damit sind wir Deutschen einverstanden. Er muß die deutsche Friedenswirtschaft erhalten. Aber was tut der Industrieplan, der eigentlich nur eine Ausführungsbestimmung zum Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist? Er zerstört noch eine ganze Reihe von Produktionszweigen und macht darüber hinaus den Bau von schweren Werkzeugmaschinen und die Inangriffhaltung von Kugellagerfabriken unmöglich. Und darüber seien wir uns doch restlos klar: Ohne Kugellagerfabrikation und ohne schwere Werkzeugmaschinen ist doch alles Gerede über die deutsche Industrie nur ein Gerede, besonders wenn man dann noch sieht, daß die Leichtmetallerzeugung so grauenhaft beschnitten wird und die Stahl- und Eisenerzeugung nicht genügend berücksichtigt wird. Denn die Stahl- und die Leichtmetallerzeugung sind doch die Grundlage der deutschen industriellen Kapazität. Stahl und Eisen allein haben in Friedensjahren mehr als 50 Prozent der gesamten Ausfuhr auf sich vereinigt.

Die Verbrauchsgüterindustrien haben höhere Erzeugungsquoten im Industrieplan zugebilligt bekommen. Aber, wer te Genossen, in Wirklichkeit ist die Gefährdung der deutschen Industriewirtschaft ja nicht so sehr durch einen Abbau der Kriegsindustrien eingetreten als vielmehr durch einen Abbau von Friedensindustrien, die eventuell einmal für Friedenszwecke brauchbar sind. Gegenüber der Angstpsychose in der Welt möchte ich doch insbesondere sagen: Die Besetzung ist im Lande, und Besetzung und Demontage von Friedensindustrie schließen einander aus. Andernfalls wäre ja die Besetzung bloß eine Marionette. Aber die Besetzung ist ein recht aktiver, virulenter Faktor, und ihre Möglichkeiten der Kontrolle sind gegeben. Wenn der deutsche Produktionsplan so gefährlich anlaufen würde, dann sollte man die Frage nach der Zerstörung vor der Beendigung der Besetzung aufwerfen und nicht jetzt, wo das Lebendigmachen der Produktion die Frage auf Leben und Tod des ganzen Volkes und Europas ist.

Die zeitliche Beschränktheit zwingt mich, eine Reihe von Vergleichen auszulassen, die zu wissen schon von Nutzen wäre. Jedenfalls kann man mit einem so geringen Sektor in den Industrien der Grundstoffe und einem verhältnismäßig sehr viel größeren Sektor bei den Verbrauchsgüterindustrien das Verhältnis von Grundindustrie und Verbrauchsgüterindustrie nicht aufrechterhalten. Man kann nicht mit dem Minimum an Basisindustrie ein Maximum an Veredelungsindustrie erzeugen, sondern man schafft damit den Zustand, daß die Verbrauchsgüterindustrie zwangsweise auf den unerhöht niedrigen Stand der Basisindustrie herabgedrückt wird. Das wäre nur zu vermeiden, wenn man die Kugellager, das Aluminium, den Stahl, die Rohstoffe und die schweren Werkzeugmaschinen importieren könnte.

Da möchte ich doch fragen: was sollen wir heute alles importieren? Mit welchen Mitteln des Exports, mit welcher Währung sollen wir es bezahlen? Die Desindustrialisierung geht außerdem von falschen Voraussetzungen aus. Sie verkennt ganz das zusammengewachsene, durch die Akkumulation mehrerer Generationen gewordene und in jeder Beziehung verflochtene und ausgewogene Gebilde. Sie übersieht den Umfang der Zerstörung, die Überbeanspruchung und Überalterung der Maschinen, den außerordentlichen Bedarf an Ersatz und Neuinvestitionen. Sie übersieht weiter, daß das deutsche Volk selbst einen gesteigerten Bedarf an Verbrauchsgütern hat. Dieser Bedarf ist so groß, daß er sich bereits produktionshemmend auswirkt. Wir haben eben viele Millionen von Menschen, die ausgebrobt sind oder aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, und denen fehlen die einfachsten Bedarfs- und Gebrauchsgüter. Theoretisch sollte sich die Desindustrialisierung auf 67 Prozent des Produktionswertes von 1936 beschränken. Das sollte als Fundus der deutschen Industrie stehen bleiben. Aber praktisch werden wir in langen Jahren bei Anhalten der heutigen Verhältnisse nicht in die Verlegenheit kommen, auch nur einen annähernden Status zu erreichen. Die Menschen können eben den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft dann nicht mehr als äquivalent für das Leben ansehen, wenn es ihnen nicht gelingt, durch ihre Arbeit ihre Arbeitskraft zu reproduzieren. In diesem gefährlichen Stadium sind wir heute, und wir werden dadurch auch in ein gefährliches Stadium einer anwachsenden echten Arbeitslosigkeit kommen, wenn hier nicht die Hilfe auf der ganzen Linie eintritt. Wir können bei zusammenschrumpfenden Sozialprodukten und bei der ungünstigen generations- und geschlechtermäßigen Zusammensetzung des deutschen Volkes diesen Mangel an Industrieexport nicht durch einen Menschenexport ausgleichen. Das soll man auch im Zeitalter der Sklavenarbeit und der ewigen Kriegsgefangenschaft nicht vergessen.

Wir brauchen die Jungen und Starken, um die Alten und vom Leben Geschlagenen und um die Kinder am Leben zu erhalten. (Beifall.) Wir können nicht mit Kindern und Greisen eine Produktion für Kinder und Greise und ein ausreichendes Sozialprodukt schaffen und aus diesem Sozialprodukt noch die Reparationen zahlen. Wir können aber auch nicht schweigend diesem Prozeß der Entmenschlichung in der Politik, der Entwertung des Menschenlebens zusehen, und wenn wir nach unseren Vorstellungen über die Kriegsgefangenen, vor allem über die Kriegsgefangenen im Osten, derartig schlapp hingeschluderte Antworten bekommen wie in Deutschland durch die Kommunisten, dann wird das deutsche Volk die Kommunistische Partei fragen: Wo bleiben unsere Kriegsgefangenen?

In diesem Prozeß der bröckelnden Wirtschaft ist es keine agitatorische Formel, wenn man von der Notwendigkeit von Remontagen spricht. Es geht tatsächlich um Remontagen und um neue Betriebe, vor allem in den Reparaturwerkstätten und in erster Linie im Verkehr. Wir haben im vorigen Herbst gewarnt. Man hat darüber hinweggehört, und viel schlimmer noch, als wir gesagt haben, ist die Krise eingetreten. Wenn jetzt nicht durch gesamteuropäische Hilfe und durch fremde Hilfe für Europa die Reparaturwerkstätten, speziell die Reparaturwerkstätten für Lokomotivbau und für Eisenbahnwaggons, stärker in Gang gesetzt werden, dann haben wir nicht ausgangs, sondern schon zu Anfang des nächsten Winters eine große Verkehrskrise und damit den Zusammenbruch jeder Warenverteilung und der Verteilung der Ernährung in Deutschland.

Nun ist der Zustand der Entindustrialisierung in der Ostzone am größten, am zweitstärksten in der französischen Zone. Die britische und amerikanische Zone bestimmen selbst, was sie in ihren Ländern für sich oder andere Länder aus der Blzone entnehmen werden.

Gegenüber allen Berechnungen, wie wenig Deutschland an Reparationen geleistet habe, möchte ich den Satz aufstellen: In Wahrheit hat Deutschland an Reparationen mehr geleistet, als ihm rechnermäßig an Forderungen bereits zugemutet worden ist. Man muß nämlich nicht nur das berechnen, was wirklich geleistet worden ist, und man muß das auch nach seinem richtigen Wert und nicht nach einer willkürlichen Buchungsmethode berechnen. Ich sagte

schon, die Patente, die Produktionsverfahren, die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse sind der ganzen Welt für friedliche Verwendung zur Verfügung gestellt worden. Sie sind echte Reparationsleistungen, denn sie bedeuten für die deutsche industrielle Entwicklung einen Rückschritt auf Jahrzehnte.

Dazu kommt das, was man den 13 Millionen Vertriebenen fortgenommen hat. Diese bequeme Plünderungsbeute kann nun wirklich nicht individuelle Beute einzelner vom Glück begünstigter Ritter der Beute sein, sondern das ist ein echtes Stück Reparationsleistung, das mit unserem Wissen und Willen nicht in den Schornstein geschrieben wird, dieses Plünderungsgut von 13 Millionen Menschen, das im Widerspruch zu vor der ganzen Welt feierlich abgegebenen Versprechungen steht.

Dazu tritt der Verlust an deutschem Gebiet. Um nicht mißverstanden zu werden — meine Herren von der Weltpresse! —, wenn wir Sozialdemokraten von deutschem Gebiet sprechen, dann meinen wir nur immer das Gebiet der Weimarer Republik. Aber wenn man von diesem Gebiet der Weimarer Republik, wie es den Anschein hat, Teile schon als endgültig von Deutschland weggenommen betrachtet, dann soll man uns den vollen Wert dieser Gebiete auch auf die Reparationsansprüche anrechnen.

Wir werden allerdings diese Rechnungsregelung erst durch den endgültigen Friedensvertrag als vorgenommen ansehen. Aber die ganzen Gebiete östlich der Oder und Neiße als weggenommen anzusehen, sind wir deutschen Sozialdemokraten nicht geneigt. Es ist hier nicht nur ein Recht selbstverständlicher nationaler Selbstbehauptung, es ist hier auch die Notwendigkeit einfachster ökonomischer Vernunft. Es sind ja schließlich 20 bis 25 Prozent des gesamten deutschen Nahrungsmittelaufkommens in diesem Gebiet erzeugt worden. Wenn die Kommunisten uns großmütig sagen: Ihr braucht auch bei Verlust dieses Gebietes nicht zu verzweifeln, sondern habt ja noch immer Exportmöglichkeiten, dann möchte ich die Kommunisten fragen: Wohin, gegen welche Rohstoffe und gegen welche Devisen exportieren? Einen Export ohne Gegenleistung kennen wir im Osten. Er heißt dort Reparation. Wir müssen aber von der Notwendigkeit befreit werden, auch noch diesen zusätzlichen Lebensmittelbedarf importieren und durch Exporte bezahlen zu müssen. Schließlich sind die Polen in den Gebieten östlich der Oder und Neiße auch volklich und ökonomisch nicht in der Lage, diesen Raum voll auszufüllen, und wenn wir die Gründe für das Absinken der Ernteergebnisse in Mitteleuropa einmal untersuchen, dann ist dieses einer der maßgebenden Gründe.

Worte Genossinnen und Genossen! Nun müssen wir auch ehrlich den Zusammenhang zwischen Exporten und Reparationen erörtern. Wenn Teilbeschäftigung die volkswirtschaftlich schlimmste Form der Verschwendung ist, so ist Vollbeschäftigung nicht immer ein Zeichen von Wirtschaftlichkeit. Dafür gibt die ökonomische Situation der Ostzone die beste Illustration. Dort ist mehr als die Hälfte der Produktionsmittel weggeschleppt worden. Dort bedeutet die Vollbeschäftigung die Überbeanspruchung der Produktivkräfte durch einen ungeheuren Verschleiß der verbliebenen deutschen Menschenkraft und der verbliebenen deutschen Maschinen. Man kann schätzen, daß von dieser Restproduktion ungefähr 80 Prozent in das Land der Besatzungsmacht gehen. Was von den restlichen 20 Prozent auf dem Schwarzen Markt oder für Zwecke der Roten Armee verschwindet, kann ich nicht mit genauen Prozentzahlen angeben, aber Tatsache ist, daß für die Ostzone keinerlei Beschränkung in der Entnahme von Produktionsmitteln im Potsdamer Abkommen festgelegt ist, daß die Sowjets weder über die Reparationen aus der laufenden Produktion noch über die bisherigen Entnahmen Rechnung gelegt haben noch Rechnung zu legen willens sind und daß diese radikale Reparationspolitik jeden möglichen Industrie- und Reparationsplan für Deutschland bereits gesprengt hat. Selbst wenn man die sowjetische Reparationspolitik in die allgemeine Reparationspolitik gegenüber dem ganzen Deutschland einsetzt, ist nicht einmal die Durchführung dieses vorliegenden unzulänglichen Industrieplanes wegen der einseitigen Überbeanspruchung der deutschen Kapazität möglich. Hier haben wir also den echten Fall der Ausbeutung einer Nation durch die andere, wobei wir durchaus anerkennen, wie sehr der Osten durch den Überfall des Dritten Reiches verheert, verwüstet

und entvölkert ist. Jetzt aber wird eine Gesundung des Ostens durch die Aus-  
sagung Deutschlands nicht garantiert und ermöglicht, Dagegen wird das Ver-  
derben Deutschlands und damit eine Gefährdung Europas mit ziemlicher Sicherheit  
herbeigeführt.

Nun ist es die Demontagepolitik der Amerikaner und Briten, die den Schlüssel  
dafür in der Hand hat, ob Westdeutschland der Punkt der Gesundung ist. Eine  
aktive Politik der Demontagen wäre wirtschaftlich außerordentlich gefährlich,  
denn demontiert werden ja nicht die überalterten und zerborstenen Betriebe, demontiert  
werden die, produktionstechnisch bestens durchrationalisierten Betriebe,  
Demontiert wird immer nur das Beste der Wirtschaft, und das wirkt ökonomisch  
außerordentlich schädigend. Darüber hinaus fürchten wir einen psychologischen  
Schaden, von dem wir gar nicht wissen, ob er noch jemals repariert werden kann.

Es wird jetzt international sehr viel über den Zwang zum deutschen Export  
theoretisiert. Aber in der Bedrohung der deutschen Friedensindustrie wird noch  
mehr praktiziert. Hier scheinen Interessenten nicht nur Patente und Verfahrens-  
methoden, sondern auch die deutsche Exportkonkurrenz loswerden zu wollen.

Wir sind voll festen Vertrauens, daß die Labour-Regierung schließlich auch  
diesen Fragenkomplex beherrschen und bewältigen wird. Aber wir haben in der  
Zwischenzeit hier in der Zone sehr viel mit wirtschaftlichen Praktiken zu kämpfen,  
die mit der großen Politik der Labour-Regierung nur eine sehr entfernte Verwandt-  
schaft haben. Und schließlich sollte man in England auch wissen, daß das große  
Experiment auf der kleinen Insel, für dessen Gelingen die ganze demokratisch-  
sozialistische Welt bangt, erst dann gesichert ist, wenn auf dem Festlande ähnliche  
sozialökonomische Strukturwandlungen vor sich gehen.

Wenn man aber bei der augenblicklichen gespannten Ernährungslage in den  
letzten Monaten in der britischen Zone sehen konnte, daß beispielsweise Konserven-  
fabriken, Fabriken zur Erzeugung von künstlichem Fett und Kaffeeröstereien oder  
ähnliches demontiert worden ist, dann hat das weder mit einer Politik der  
Sicherung noch mit einer Politik der echten Reparationen zu tun.

Wir dürfen auch heute nicht verschweigen, daß einige Härten des letzten  
Winters hätten gemildert werden können, wenn die Bürokratie der britischen  
Besatzungsmacht etwas flexibler gewesen wäre. Ich denke an die Angebote aus  
Nachbarländern, aus Holland, Belgien und Skandinavien, Gemüse und Fette gegen  
bereits vorliegende Fertigwaren oder gegen Ruhrkohle zu liefern. Diese Angebote  
sind von der Wirtschaftsbürokratie immer abgelehnt worden, und wenn sie nicht  
abgelehnt wurden, durch einen unerträglichen Umrechnungskurs von Mark und  
Dollar unmöglich gemacht worden. So erreicht man zwar den Zustand, der an sich  
begrüßenswert ist, daß für die Interessen des britischen und amerikanischen Steuer-  
zahlers keine neuen Ansprüche gegenüber Deutschland entstehen, aber man erreicht  
zu gleicher Zeit auch damit, daß gerade die kleineren Länder um Deutschland  
herum in ihrer akuten Absatzkrise bleiben und auf gar keine Reparationskapazität  
Deutschlands in der Zukunft hoffen können. So erreicht man die Verlängerung  
der krisenhaften Zustände vor allem in Holland und Danemark, so erreicht man  
auch Kapitalinvestierungen in Schweden und anderen Ländern. So erreicht  
man die europäische Anarchie, aber nicht die europäische Gesundung. Man muß  
schon das Stadium der Interessentenpolitik zugunsten einer höheren Einsicht über-  
winden.

In dieser Situation ist bei klarer Erkenntnis dessen, was kommen mußte, am  
26. September 1946 von der Sozialdemokratischen Partei die Kölner Resolution  
gefaßt worden. Diese Kölner Resolution ist keine kurzfristige Aktionsformel, ist  
kein Dogma, kein Katechismus, vor allen Dingen kein Ultimatum an die Besatzungs-  
mächte. Diese Kölner Resolutionsformel hat in sich die Weitfrichtigkeit durch eine  
Reihe von Bedingungen, ohne die die Beihilfe des demokratischen Sozialismus bei  
einem Versuch der Demokratisierung Deutschlands sinnlos sein würde. Die Kölner  
Resolution ist die Proklamation des Grundsatzes, daß es keine Überanstrengung  
des guten deutschen Willens ins Uterlose geben kann. Die Alternativmaßnahme,  
von der die Sozialdemokratie dort spricht, ist die zentrale Zurückziehung aller

Minister aus allen Landesregierungen, wodurch die Möglichkeit der länderindividuellen Zurückziehung ja nicht berührt wird. Wenn wir nach genauer Prüfung des Sachverhalts die letzte Konsequenz aus der Kölner Resolution im Januar dieses Jahres nicht gezogen, sondern negiert haben, so haben uns zwei Gründe dazu bewegt. Einmal standen wir am Vorabend von Moskau. Wir mußten da für unser Volk alle Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung lebendig erhalten, und sicher ist im Verlauf dieser Moskauer Konferenz auch das Auge der Welt für das deutsche Feld ein anderes geworden. Daß wir recht damit getan haben, zeigt jetzt die Situation der amerikanischen Hilfsaktion. In dieser Situation müssen wir die Möglichkeit haben, für diese große Partei und die ihr vertrauenden Teile Deutschlands auch eine aktive Politik in jeder Gestalt und jeder Form zu treiben. Wir müssen diese Möglichkeit als Partei haben, aber auch im bizonalen Wirtschaftsrat. Der bizonale Wirtschaftsrat hat nicht nur gegenüber den deutschen Ländern etwas durchzusetzen, er ist jetzt der deutsche Stimmführer für ökonomische Notwendigkeiten gegenüber Europa und der großen amerikanischen Aktion. Die Partei selbst wird immer auf das Recht, hier mitzureden und mitzugehen zu wollen, nicht verzichten können. Die Kölner Resolution, im Krisenwinter in Kraft gesetzt, war die Sorge um das Schicksal der europäischen Lebensverhältnisse. Wenn wir in Deutschland in Sachen der Demokratie abstinent geworden wären, dann wäre wahrscheinlich ein Wettlauf der Parteien in Sachen des Nationalismus entstanden, und dann wäre wahrscheinlich die Demokratie in Deutschland tot. Aber ein nichtdemokratisches Deutschland bedeutet die tödliche Gefährdung der Demokratie in den anderen europäischen Ländern. Hier stehen wir auf Vorposten. Genossen und Genossinnen, wir haben auch nach den Gesetzen des echten Kampfes direkt mit dem Gesicht zur Demokratie zu agieren. Wir können uns die gemütlichen, großväterlichen, vereinsmeierlichen Methoden der Politik nicht gestatten. Wir müssen als Partei kämpfen und stets in den Formen des Kampfes leben. Sonst wehe nicht nur Deutschland! Sonst würde unser Versagen eine Bedrohung der Freiheit in Europa bedeuten.

Nun, das Volk hat uns sehr gut verstanden. Denn nach diesem Beschluß in dem Krisenwinter haben wir bei den Wahlen in der britischen Zone einen Erfolg errungen, der mehr als ein Erfolg ist. Ich meine jetzt nicht nur die 380 000 Stimmen Vorsprung vor der CDU. Wenn man Hamburg mitzählt und berücksichtigt, daß im Oktober 1946 auch Bremen und Wesermünde gewählt haben, ist das ja ein Vorsprung von weit mehr als 600 000 Stimmen. Es trägt das schon ein Zeichen kraftvollen Vertrauens in sich, ein Zeichen dafür, daß die Deutschen aus der Politik des Dritten Reiches zu einem erheblichen Teil doch etwas gelernt haben.

Denn alle objektiven Voraussetzungen sprachen doch dafür, daß die Deutschen jetzt aus Protest kommunistisch wählen mußten hier in Westdeutschland. Sie haben es nicht getan. Die Kommunisten sind in der britischen Zone in ihrer Stimmenzahl unter zehn Prozent geblieben. Sie haben eine deutliche Vergrößerung nur in den Industriegebieten bekommen, wo erstens die zerschmetterten Behausungen keine Massen von Flüchtlingen, die immer ein politischer Anschauungsunterricht sind, aufnehmen konnten und wo weiter die Besiedlung so dicht war, daß es in der Ernährung keine Ausweichmöglichkeiten mehr gab.

Die Sozialdemokratische Partei hat also das Gesetz des Handelns in dieser Periode nicht den anderen überlassen können, und wenn in München bei der Konferenz der Ministerpräsidenten eine kluge Selbstbeschränkung auf das Nötige in den dringenden Tagessorgen des Volkes erreicht worden ist, wenn man es vermieden hat, daß der uferlose Partikularismus und der primitive Zentralismus der SED gegen einander gestoßen sind, dann ist das nicht zum wenigsten ein Erfolg der Sozialdemokratischen Partei. Die Partei gewinnt an Geltung in der Welt.

Wir hatten in Zürich eine Stimme zur Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft der früheren zweiten Internationale nicht. Aber dieses Zürich war ein weiterer Schritt auf dem Wege, der mit der Einladung der Sozialdemokratie nach London begonnen hat. Und ich glaube, die Labour Party kann mit dem gleichen Stolz wie wir sagen,

die Einladung der Labour Party an die deutschen Sozialdemokraten war ein kluger und mutiger Akt internationaler sozialistischer Gesinnung. Alle diejenigen, die da so herumheimlichst haben, wie die Sozialdemokratie von der Labour Party als Instrument der englischen Außenpolitik gebraucht werden würde oder könnte, sind mit ihren Prognosen schön hereingefallen. Die Sozialdemokratie ist kein Instrument, und die Labour Party ist loyal.

Wenn man aber den inneren Mechanismus der europäischen Politik erkennen will, dann vergleiche man nur die Parteilienkonferenz von Zürich mit der Gewerkschaftskonferenz von Prag. In Prag sind die deutschen Gewerkschaften mit den Stimmen derselben Länder zum Beitritt herangerufen worden, die sich in Zürich gegen die Aufnahme der Sozialdemokratie ausgesprochen haben. Abstinent ist in beiden Fällen nur Polen gewesen. Aber auch Polen hat die Prager Konferenz nicht verlassen. Hier zeigt sich die Gefahr, in der die deutschen Gewerkschaften sind. In Westdeutschland leiden ja die Gewerkschaften durch die Politik des Preis- und Lohnstopps noch an einem gewissen Mangel an eigentlichen gewerkschaftspolitischen Funktionen. Die Gewerkschaften in einem totalitären Staat freilich sind umgekehrt niemals Instrument der Arbeiterklasse, sondern Instrumente des Staates zur Beherrschung der Arbeiter, und dementsprechend versucht die kommunistische Politik, welche sich in der Ostzone natürlicherweise der Gewerkschaften bemächtigen konnte, sich jetzt auch der Gewerkschaften in den Westzonen zu bemächtigen. Man sucht den Mangel an gewerkschaftspolitischen Funktionen durch eine Überlassung an gewerkschaftsfremde, staatspolitische Funktionen für die Gewerkschaften zu ersetzen. Die Kommunisten machen jetzt in den Gewerkschaften des Westens den Versuch, diese für sich parteipolitisch zu erobern. Sie rufen damit die Reaktion der früheren Christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine hervor, und sie erzeugen eine politische Stimmungskrise. Und ich sage den guten Gewerkschaftlern und den sozialdemokratischen Funktionären in den Gewerkschaften: Ihr könnt das Ziel der politischen Neutralität der Gewerkschaften, das wir bejahen, nicht dadurch erreichen, daß Ihr den Gegnern der Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaften Narrenfreiheit gebt. Jetzt müßt Ihr als Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und in den Betrieben die Genossen um die Fahne der Sozialdemokratie sammeln. Die Gewerkschaften sind ja jetzt, wenn sie lohnpolitisch und sozialpolitisch in Funktion kommen, nicht auf diese Funktionen allein angewiesen. Den Gewerkschaften ist eine große Rolle bei der Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie zugebilligt. Und mit wem wollen die Gewerkschaften die Wirtschaftsdemokratie anders durchsetzen als mit und in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands?

Der ganze Komplex der Demokratisierung der Wirtschaft und der Sozialisierung ist keine fanatische Hingabe an Abstraktionen und Ideologien. Es geht um das ganz konkrete persönliche und menschliche Leben. Es geht auch nicht um Verstaatlichung im Sinne von Fiskalisierung. Es geht um zwei getrennte Komplexe: um Eigentum und um Mitbestimmung. Beim Kampf um die Sozialisierung wird von den Interessenten, besonders in den Kreisen der CDU, so eine fiktive Problematik konstruiert, und die angreifenden sozialistischen Kräfte sollen so durch eine Art Schattensboxen abgelenkt werden. Die Geschichte des Kampfes um die Sozialisierung in Rheinland-Westfalen liefert da ja lehrreiche Beiträge. Wenn wir die Sozialisierung wollen, so wollen wir sie hinreichend begründet ökonomisch, aber darüber hinaus wollen wir sie politisch. Denn wenn so herumheimlichst wird um die Eventualitäten deutscher Aggressionspotenz, dann, Genossinnen und Genossen, geht es doch nur immer darum, wie man Europa vor der Unzufriedenheit von 70 Millionen Menschen sichert, die in den Abgrund zu versinken drohen. Und die Sozialisierung ist ein Mittel der Sicherung gegen das Versinken. Aber die Sozialisierung ist auch ein Mittel dafür, daß die Waffen der Wirtschaft und der Verfügung über die Wirtschaft nicht in falsche Hände kommen.

Es sind vor allem politische Notwendigkeiten, die uns zu dieser Haltung treiben. Wir stehen vor der einmaligen Chance, die Clliquenüberreste der großkapitalistischen Kräfte in Westdeutschland zu entmachten. Diese Clliquen haben den Ruin Deutschlands und die Zerstörung Europas herbeigeführt, und die Clliquen sind in ihrem

Denken nicht mehr korrigierbar. Man muß zu diesen Klassen ja oder nein sagen, und wir sagen nein zu ihnen, weil wir zum Sozialismus, zum Frieden und zur Demokratie ja sagen.

Wenn man diese Cliquen weiter agieren läßt, dann haben sie von neuem die Möglichkeit, den Mittelstand und die Bauern, wie in der Vergangenheit, politisch mit sich zu fusionieren. Aber das wäre ein entscheidender Schlag gegen die progressiven Kräfte in Europa, denn diese Kreise sind auch bereit, die Verelendung zu organisieren, wie sie es vor dem Anbruch des Dritten Reiches und in der Periode der Inflation bereits zweimal getan haben.

Jetzt sind die Cliquen geduckt und verstecken sich in der Hintergründigkeit der CDU und des Systems der wirtschaftlichen Fachgruppen. Ihr einziger Gedanke ist: es wird doch alles vorübergehen. Aber in ihren Intentionen leben sie in ihren alten Vorstellungen, Machtprägungen und Cliquenwünschen.

Naiver als die CDU ist die Deutsche Rechtspartei. Aber der deutsche Kapitalismus versucht heute, der Welt einzureden, daß der Nazismus durch konservative Kräfte überwunden werden könnte, und das ist der falsche Schluß. Der Nazismus kann nur durch progressive, pazifistische und sozialistische Kräfte überwunden werden.

Man kann auch die Sozialisierung nicht so vornehmen, daß man ein großes Abkaufen gegen den vollen Wert gegenüber den Herren von Kohle, Eisen, Stahl, Chemie, Energie, Zement und Bodenschätzen vornimmt. Nein, nein, wer te Genossen, und Genossinnen, es geht nicht um den Abkauf. In Wahrheit hat die Politik der Hochschutzzölle für Teile der Industrie und für den ganzen deutschen Großgrundbesitz bereits das Mehrfache des gesamten vorliegenden Kapitals reproduziert gehabt, und diese Leute haben es für sich und ihre politischen Zwecke verbraucht. Im Prinzip wäre hier die entschädigungslose Enteignung notwendig. Wenn man aus Gründen der Billigkeit oder aus Gründen der Rücksichtnahme auf die Kapitalbildung in anderen Teilen der Welt anders vorgeht, so muß ich doch sagen, daß man eine Entschädigung nicht über den Rahmen der allgemeinen Kriegssachschäden hinaus vornehmen kann. Es wäre noch zu überlegen, ob dieser Entschädigungsanspruch dann gegenüber der Allgemeinheit, also der Gemeinschaft der Steuerzahler, zu erheben wäre oder nur gegenüber dem enteigneten Betrieb, für dessen Prosperieren oder Nichtprosperieren ja der Enteigner durch seine bisherige Wirtschaftsführung auch verantwortlich ist.

Wir demokratischen Sozialisten wollen die zentrale Planung in der Wirtschaft. Aber wir wollen nicht die detaillierte zentralistische Planwirtschaft. Es gibt keine größere moralische und intellektuelle Unredlichkeit als der Versuch der Besitzbürger, die Kriegswirtschaft und die bürokratische Bewirtschaftung des Mangels mit dem Sozialismus zu identifizieren. Kürzlich ist sogar einmal der klassische Satz gefunden worden, Hitler sei die logische Konsequenz marxistischen Denkens. Wir demokratischen Sozialisten wollen nicht gegen, sondern mit dem Selbsterhaltungstrieb und dem gesunden Erwerbstrieb unsere Wirtschaftspolitik machen. Wir wünschen eine Konkurrenz auch der sozialisierten Betriebe, nach Möglichkeit im Rahmen der Marktwirtschaft.

Die deutschen Unternehmer versuchen, sich jetzt mit ausländischer Hilfe zu verbünden und sich dadurch vor dem Zugriff zu retten. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Konzernentflechtung der eisenschaffenden Industrie in der britischen Zone. Diese Konzernentflechtung hat zu einem echten Prozeß der Rekapitalisierung geführt. Man will die Sozialisierung hinausschieben beziehungsweise auf ungeeignete und schwache Objekte beschränken. Man will retten, was zu retten ist. Ein Gremium von Leuten, die bereits in der Nazi Herrschaft Herren in der Montanindustrie und Mitglieder internationaler Stahl- und Eisenkartelle waren, versucht jetzt, diesen Teil der deutschen Wirtschaft für sich zu organisieren. Die Männer der Vereinigten Stahlwerke und die Leute von Flick, von Klöckner, von Hoesch, vom Otto-Wolff-Konzern und von all den Konzernen, die für die Politik des Dritten Reiches, ihr Zustandekommen und ihre Durchführung, verantwortlich sind, ein Gremium dieser Leute versucht nun auf dem Wege der Entflechtung sich der Herrschaft über die

entflochtenen Betriebe zu bemaßigen. Dabei geht man sogar so weit, daß man konzernfreie und staatselgene Betriebe in diese Entflechtungsaktion hereinbringt. Ich will aus Mangel an Zeit die Technik dieser Methoden hier nicht schildern. Ich will aber doch darauf hinweisen, daß mit diesen Mitteln die großen Privatbanken, wie Dedi-, Commerz- und Privatbank und Dresdner Bank, wieder in das Geschäft eingeschaltet werden. Ich glaube, die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften sollten gegenüber diesen Cliquen mit einer verschärften Politik der Sozialisierung und einer Politik der Bankenreform in die Lücke springen.

Nun fürchten wir Sozialdemokraten, daß die internationale Kapitalverflechtung jetzt die Beantwortung der deutschen Frage wieder unmöglich zu machen droht. Wir sollten der Welt zeigen, daß sozialisierte Unternehmungen reeller und kreditwürdiger sind als deutsche Unternehmer, und diese Sprache sollte man auch in Amerika verstehen. Die Grundsätze eines ehrbaren und anständigen Kaufmanns sind in einem sozialisierten Betrieb, bei dem die öffentlichen Einrichtungen, in dem die Sozialdemokratie, die deutschen Gewerkschaften und die Betriebsvertretungen etwas zu sagen haben, in besseren und sauberen Händen als bei den deutschen Unternehmern von gestern und heute.

Zur Politik der Desindustrialisierung möchten wir Sozialdemokraten noch sagen: Man kann Deutschland nur agrarisieren, wenn man es zu gleicher Zeit auch industrialisiert. Man kann nämlich auf dem Lande die Anbauflächen nur vergrößern und intensivieren und dort größere Massen ansiedeln, wenn man auch zu gleicher Zeit hinreichende industrielle Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Andernfalls erzeugt man die Landflucht der Menschen mit dem Ziel, sich bei den standortgebundenen Industrien anzusiedeln. Es kommt hier wirtschaftlich und politisch sehr viel, ja, entscheidend darauf an, die jämmerlichen Verhältnisse der Vertriebenen und Ausgebombten zu verbessern. Andernfalls steckt hier die Gefahr einer Politik des fünften Standes. Ein fünfter Stand würde sich wie ein Bleigewicht an den Kampf des vierten Standes hängen und würde ein System der deutschen Schmutzkonkurrenz wider den Willen der deutschen Arbeiter auf dem europäischen Arbeitsmarkt mit sich bringen. Diese Gefahren werden um so größer, je hemmungsloser die deutschen Unternehmer in ihrem Klasseninteresse schrankenlos walten können.

Innerhalb der vom Versinken bedrohten Schichten des Volkes müssen wir Sozialdemokraten jetzt unseren Blick auf eine Schicht lenken, von der viel zu lange geschwiegen worden ist: die Hosenarmee der deutschen Kriegsbeschädigten. Es ist schon so weit, daß man nicht genug Material für die Beschaffung von Ersatzgliedern für amputierte Kriegsbeschädigte hat. Genossen und Genossinnen, mit diesem Vergehen gegen die Menschlichkeit können wir uns nicht belasten. Wir müssen immer an der Seite der Kreise kämpfen, die im großen Lebenskampf die elendesten und die schwächsten sind. Denn die deutschen Kriegsbeschädigten sind im Produktionsprozeß nützlich und wertvoll. Sie werden von uns nicht zur Seite geworfen. Sie werden von uns aufgefordert, produktive Arbeit zu leisten, und sie können sie leisten.

Erstaunt sind wir aber darüber, Genossen und Genossinnen, daß die Telle der Menschheit, die am stärksten vom Dritten Reich verfolgt waren, heute so wenig Hilfe und Verständnis bei der Welt draußen finden. Von uns, den politischen Kämpfern gegen das Dritte Reich, will ich nicht reden. Aber sprechen wir einmal über den Teil der Menschheit, der zu allem tatsächlich durch die Furchtbarkeit der Schläge, die er empfing, noch das Symbolhafte des ganzen Leids auf sich nehmen mußte, sprechen wir einmal von den Juden in Deutschland und der Welt. Es ist überraschend, daß die Siegermächte auch in der einheitlichen Behandlung und Entschädigung der Juden bisher noch keine einigende Formel auf deutschem Boden gefunden haben. Es ist nämlich sehr schwer, ein allgemeines gleiches und gütliches Recht für alle Länder und Zonen zu schaffen, und eine gesamtdeutsche Antwort auf diese Frage setzt ja auch ein einheitliches deutsches Funktionieren in dieser Frage voraus. Gewiß, die Judenfrage wird nach der Meinung der Sozialisten erst gelöst, wenn die Frage des Sozialismus durchgeführt ist. Aber wenn in Deutschland keine Stelle ist, die zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches sich bindend und verpflichtend mit der Frage der Juden befassen kann, ist es die Auf-



gabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hier den Mund zu öffnen und zu erklären: Das Dritte Reich hat den Versuch gemacht, die Judenheit in Europa auszurotten. Das deutsche Volk ist zur Wiedergutmachung und Entschädigung verpflichtet. Wir sind für Bestrafung derer, die sich an Verfolgungen beteiligt und durch sie bereichert haben. Wir sind für Verbot aller antisemitischen Propaganda und Aktionen. Wir treten ein für die Gewährleistung der Menschenrechte und die Herstellung entzogener Rechte. Wir wünschen eine internationale Garantie für die Juden in Deutschland.

Lassen Sie uns dazu mit einigen Worten einen Kommentar sagen. Gewiß ist auch die Gefahr eines Rassenantisemitismus in Deutschland nicht vorüber. Aber im eigentlichen sind doch die Gründe des Antisemitismus in Deutschland sozialer Art. Kratzt den Kapitalismus und Ihr werdet den Antisemitismus finden. Mit anderen Worten: Antisemiten sind heute in Deutschland die, die sich wirtschaftlich durch den Prozeß der Vertreibung und Ausrottung der Juden bereichert haben. Es gab nämlich in Deutschland nicht nur die laut skandalisierende Räuberbande, es gab auch noch heute die Bande der sehr viel leiseren Nutznießer dieser großen Raub- und Vernichtungsaktion.

Die Sozialdemokratische Partei war in ihrer langen Geschichte stets die aktivste Bekämpferin des Rassenwahns, den sie als gefährlichste und unmenschlichste Irreführung in der Politik angesehen hat. Nach den Erfahrungen des Dritten Reiches muß es die Sozialdemokratische Partei von heute noch mehr und noch entschiedener sein. Sie steht und fällt mit der Idee von der Gleichheit alles dessen, was Menschenanbilitz trägt.

In Deutschland und in vielen Ländern Europas hat sich die Bürokratie von einer zu bejahenden sachlichen Notwendigkeit zu einem Umfang und einer Intensität entwickelt, die ihren eigenen Gesetzen folgt und die Gesellschaft entscheidend beeinflusst. In keinem Fall steht heute die Bürokratie in ihrer Größe noch in einem erträglichen Verhältnis zum Ergebnis des wirtschaftlichen Produktionsprozesses. Große Teile der Bürokratie müssen aus der Administration heraus und in die Produktion hinein. Die Bürokratie aber wächst nicht nur auf dem zentralen Sektor lawnenmäßig an. Die Länder, die diesen Vorgang bei den Zentralämtern so kritisch betrachten, leiden unter derselben Bürokratie im gleichen Umfang, und die private Wirtschaft, die die Bürokratie der zentralen Instanzen und der Länder kritisiert, hat selbst eine Bürokratie, die maßlos übersetzt ist und sich von der staatlichen und kommunalen Bürokratie nur dadurch unterscheidet, daß sie sich schwer bezahlen läßt. Die Fachleute und die Spezialisten in ihrer soziologischen Überbewertung sind nämlich auch ein Ausdruck der Entgeistigung der Politik und der Vermassung der Menschen. Der Wirtschaftsrat wird sich mit diesem Problem sehr eindeutig auseinandersetzen haben. Seine Aufgabe ist es, Initiative und Stoßkraft zu zeigen. Die Entscheidungen müssen von der Bürokratie fort und fest in die Hände des Wirtschaftsrats gelegt werden.

Ein großer Teil der Bürokraten steht politisch und gesellschaftlich dem Sozialismus feindlich gegenüber, versucht aber, ihn für sich auszunutzen. Die Bürokraten sind auch nicht für die Demokratie; sie versuchen aber, die Fassade der Demokratie für ihre bürokratische Impotenz auszuschlachten, und ihr übersetzter Verwaltungsapparat richtet allmählich an Anarchie und Demoralisierung mehr Schaden an, als jeder Import an Nahrungsmitteln wieder gutzumachen imstande ist.

Wenn umgekehrt die Kommunisten erklären, ihre Bürokratie habe nicht den Charakter einer eigenen Klasse, weil sie nicht über die Ausnutzung der Produktionsmittel entscheide, so ist das falsch. Die totalen Bürokraten des kommunistischen Staates haben die Entscheidung über die Produktionsmittel genau so wie die totalen Manager der privaten Monopolwirtschaft des Kapitalismus allein in der Hand. Die Situation wird richtig vom Genossen Paul Sering in seinem Buch „Jenseits des Kapitalismus“ folgendermaßen charakterisiert:

Diktatorische Planung unter Bedingungen der Massenarmut und der von oben kontrollierten Wissenszufuhr bedeutet Entwicklung zur Klassenherrschaft

der Bürokratie hin; demokratische Planung unter Bedingungen steigenden Lebensstandards und gleichmäßiger freier Bildungsmöglichkeiten bedeutet Entwicklung von jeder Klassenherrschaft fort.

Der internationale Sozialismus ist von den Ideen der Freiheit, der Demokratie und des Wesens des Genossenschaftlichen nicht zu trennen. Wenn es im Jahre 1917 in Rußland eine nationale Großtat Lenins war, die Technisierung des zurückgebliebenen Rußlands so vorzutreiben, daß mit ihrer Hilfe historische Entwicklungsperioden übersprungen werden konnten, so gilt das für Europa, seine Mitte und seinen Westen nicht. Ein im technokratischen Sinne ideales Funktionschema der Diktatur stößt unter den Bedingungen einer selbständig heranreifenden und den politischen Voraussetzungen der Demokratie unterliegenden Industriegesellschaft auf Widerstand, und dieser Widerstand muß zum Austrag kommen. Es geht hier um die entscheidende Frage, ob die kommunistische Politik in Deutschland nicht die entscheidende Störung jeder deutschen Möglichkeit überhaupt ist. Die Kommunisten haben ihren Auftraggebern seit 30 Jahren erklärt, sie seien stark genug, und ihre Mittel seien geeignet, die Erringung der proletarischen Diktatur in Deutschland durchzusetzen. Daß man den deutschen Kommunisten diesen auf der Hand liegenden Schwindel geglaubt hat, ist der entscheidende politische Fehler, der hier aufgetreten ist.

Die Demokratie beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der Ehrlichkeit. Die Demokratie kann nur leben, wenn die Menschen selbständig sind und den Willen zur Objektivität haben. Aber die technokratische und geradezu kriegswissenschaftliche Handhabung der politischen Mittel führt zum Gegenteil. Ich will mich hier nicht amüsieren über die kommunistische Strategie in der politischen Einkreisung der Bizonen. Das wäre politisch noch denkbar. Aber wenn man untersucht, wie sie die Bizonen aufzuspalten und in den Kessel zu nehmen sich bemüht, wie sie einmal den Versuch macht, die amerikanische Zone einzukreisen, dann wieder den Versuch macht, das Ruhrgebiet zu isolieren, dann muß man sagen, die Herren, die mit den Methoden der Kriegswissenschaft arbeiten, sind Gefangene ihrer eigenen Mittel und wissen gar nicht mehr, was diese Mittel bei den Leuten anrichten, die angeblich die Herren dieser Mittel sind. Es gibt bei einer solchen Politik keine Objektivität, keine Wahrheit, kein Vertrauen mehr. Es gibt nur das Machtstreben mit allen Mitteln. Alle geistigen und moralischen Hemmungen werden ausgeschaltet. Es gibt keine Anerkennung von Ideen und Persönlichkeiten. Aber es gibt auch keine Belastung durch Ideen und Persönlichkeiten. Es gibt nur Vorurteilslosigkeit in der Ausnutzung von Menschen und Situationen. Es gibt nur Zweckpropaganda mit machtpolitischem Ziel. Aber diese Entfremdung der Wahrheit und der menschlichen Persönlichkeit wird vom deutschen Volke nicht akzeptiert. Das wäre nämlich nicht nur eine Politik der dehnbaren und veränderlichen, sondern auch der ersetzbaren und einander widersprechenden Mittel und Wünsche. Es ist die echte Politik des Warenhauses, die für jeden Geschmack und in jeder Preislage etwas hat. Sie offeriert mir Agitationsartikel. Aber, wer te Versammlung, die Prinzipien der Gegner werden so bedenkenlos von den Kommunisten angewandt, das Agitationsziel ist so verschieden von dem wirklichen Ziel, daß die Wahrheit, die ja jeder in Deutschland kennt, nachdem er zwölf Jahre Anschauungsunterricht im Totalitarismus gehabt hat, doch durchkommt und die Kommunisten hier einen schweren Triumph haben werden. Sie zeigen die Mechanik dieser Propaganda vor einem Volke, das in den zwölf Jahren auf diesem Gebiet sehr skeptisch und glaubenslos geworden ist und das jetzt die Situation ziemlich klar durchschaut. Wir wissen doch, gegenüber dem Totalitarismus der Kommunisten haben wir uns nicht gegen sachliche Programme und geistige Konzeptionen zu verteidigen, sondern gegen ein erkennbares und aufzeigbares System von Taktiken.

Die Mittel sind die gleichen wie in jedem Diktaturstaat. Man spekuliert auf die Angst der Massen vor der Gewalt. Aber diese Taktik des Führungsanspruchs, des Monopols auf die Fragestellung, der dauernden Beunruhigung, der Beschuldigungen,

der Beschimpfungen, des Dem-Gegner-immer-am-Halse-Hockens und An-den-Nerven-Zerrrens — diese Taktik kann nur Erfolg haben, wenn eine Voraussetzung gegeben ist, wenn nämlich die Objekte dieser Taktik meinen, daß sich hier ein unabwendbares und unabänderliches Schicksal abzeichnet, ein Schicksal, dem nicht auszuweichen ist. Wir Sozialdemokraten meinen, wir sollen uns auf ein solches System der Taktik gar nicht einlassen. Wir sollen den ganzen Wust kommunistischer Fragestellung und Zweckpropaganda mit einer Handbewegung beiseite schieben und unsere eigene Fragestellung, unsere eigene Zielsetzung mit unseren eigenen Mitteln betreiben. Wir haben keinen Schritt Bereitschaft, irgend etwas in Europa als unabänderlich anzuerkennen. Wir sind bereit, alle Kräfte im Kampf für die Veränderlichkeit und den Fortschritt einzusetzen. Wir Sozialdemokraten sind nicht geneigt, die Rolle des hypnotisierten Kaninchens in der Politik zu spielen. Wir halten die Angreifer für sehr laut, aber ohne eigene innere Kraft. Die Hypotheken, die auf der kommunistischen Politik lasten, sind zu groß, als daß sie durch Propaganda abgetragen werden können. Der Totalitarismus hat wohl die Menschen des Dritten Reiches schwächer und ärmer an Geist und Gesinnung gemacht, aber so arm und so schwach sind sie nicht geworden, daß sie nicht erkennen würden, daß sich hier jetzt dasselbe abspielt, was sich zwölf Jahre hindurch abgespielt hat.

Daß die Kommunisten sich damit aufs schwerste am deutschen Volk versündigen, wird auf sie wenig Eindruck machen. Es wird sie auch nicht beeindrucken, wenn wir ihnen sagen, daß die Demokratie durch nichts so sehr geschädigt wird wie durch ihren Mißbrauch des Wortes Demokratie. Für sie ist die Demokratie ja nur die Chance, die Demokratie in dem Staate der Demokratie mit den Mitteln der Demokratie zu schlagen. Das Beispiel des Nazierfolges übt hier eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf sie aus. Man kann aber sagen: Je totaler und potenziierter die politische Marschrichtung einer Besatzungsmacht, desto falscher ihre Beantwortung der entscheidenden politischen Frage. Die Kommunisten leiden allmählich in ihrer Propaganda unter typischen Halluzinationen vom Kapitalismus und vom Kommunismus. Wenn sie Worte wie Imperialismus, Demokratie und Kapitalismus hören, dann lösen sich bei ihnen darin Reaktionen aus wie bei den Völkischen und Nazi bei den Worten Marxisten, Juden und Freimaurer. Wir haben hier die Vorlagerung der Politik in ein theoretisierendes Gezanke und Gekeife um bloße Schemata. Wir erleben heute, daß man geradezu die ontologischen Methoden der Scholastik, die man seit Immanuel Kant tot glaubte, in der kommunistischen Dialektik wiedererkennen kann. Aber, Genossen, die Philosophie der Scholastik oder die komischen Kapriolen der Kommunisten können wir natürlich nicht als historische Dialektik übernehmen. Die angreiferischen Gebärden täuschen uns nicht darüber hinweg, daß die großen Propagandisten in Wirklichkeit Helden aus Angst sind, aus Angst vor ihren Auftraggebern, aus Angst aber auch vor dem deutschen Volk.

Die große Beschwörungsformel, von der sie sich die Bezauberung des deutschen Volkes versprechen, ist die nationalstische Phrase. Das beste Beispiel zu der Erklärung der Lage ist Berlin. Die Kommunisten, die immer zu Einheit und Gemeinsamkeit aufrufen, hätten hier in Berlin die Gelegenheit, Einheit und Gemeinsamkeit der Deutschen zu verwirklichen. Aber sie treiben eine Politik der Aufspaltung in Sektoren, und sie können nicht einmal im lokalen Rahmen Einheit durchführen. Die Kommunisten sprechen von nationaler Freiheit, und die nationale Freiheit, die die kommunistische SEP bringt, das die deutsche Freiheit, soviel Reparationen zu zahlen, wie Rußland beansprucht, und auf seine Kriegsgefangenen zu verzichten und sie zu opfern und die Idee der Freiheit mit dem Willen von Deutschland in Deutschland abschlachten zu lassen.

Aber die Massen nehmen einen Teil der Propagandaformeln in sich auf. In Deutschland nehmen sie gerade die nationalstischen Propagandaformeln auf. Wenn es den Nazis gelungen ist, den Abfall des ersten Weltkrieges bei sich zu sammeln, so möchten die Kommunisten das Konkurrenzmanöver für den zweiten Weltkrieg vornehmen. Aber der Appell an den Nationalismus hat nach jahrzehntelanger Heranzüchtung und nach zwölf Jahren Hitler-Diktatur in Deutschland ein be-

sonderes Echo. Die Illusion von Deutschland als einem privilegierten russischen Satellitenstaat, der dann die anderen, kleineren, schwächeren Satellitenstaaten schürzeln und treten könnte, — diese Illusion und die ganze Propaganda im Stile des „Freien Deutschland“ tragen ihre eigene Dynamik in sich, deren die Kommunisten nicht Herr werden können. Denn sie gebrauchen ja jetzt gerade die bürgerlichen Spezialisten und die militärischen Spezialisten. Und im Zeichen einer pangermanistischen Agitation eine panslawistische Politik für ein Land machen zu wollen — Genossen, das ist eine Sprengbombe, mit der auch kommunistische Narrenhände auf die Dauer nicht ungestraft spielen können.

Die Kommunisten sprechen jetzt dieselbe Sprache wie das Dritte Reich, wie das Kaiserreich, wie das Reich Bismarcks. Und wenn man ihre Agitationslyrik ansieht, dann meint man, manchmal die Kriegsverse von 1914 und manchmal Gedichte von Emanuel Geibel zu lesen. Das Ganze steht so auf dem Niveau einer Siegesallee in Gips.

Dem Appell an den Nationalismus muß die Sozialdemokratie entgegentreten, sei es der Neonationalismus der Kommunisten, sei es der alte Nationalismus der Besitzbürger. Der moderne Nationalismus ist nur eine Waffe in dem Kampf um die Macht im Staate, ein Versuch, die Menschen geistig zu betäuben und gleichzuschalten und sie dann nach den Gesetzen der Mechanik als politische Materie zu behandeln.

Wenn der kommunistische Totalitarismus jede Kritik als entmutigend und demoralisierend, als schwächend und lähmend unterdrückt, hört der Rechtsstaat auf zu existieren. Zum Rechtsstaat gehört die geordnete Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Er ist nicht denkbar auf der Grundlage einseitiger Herrschaftsansprüche und einseitiger Leistungen und Pflichten. Ein politisches Monopol widerspricht in jedem Falle den Interessen der arbeitenden Massen. Wenn die Polizei in der Lage ist, willkürliche Verhaftungen vorzunehmen und ohne Öffentlichkeit Urteile zu fällen und zu vollstrecken, wenn ihr jede Möglichkeit zur Vernichtung und Bestreitung von Freiheit und Leben gegeben ist, dann haben wir den fanatisch übersteigerten Zustand eines sogenannten aufgeklärten Absolutismus. Aber tatsächlich ist es ein Absolutismus mit sehr unaufgeklärten und barbarischen Methoden. Es gibt keinen Rechtsstaat ohne Rechtssicherheit für den einzelnen Menschen, ohne Freiheit. Die Stabilisierung der sozialen Beziehungen kann nicht durch die politische Polizei geschaffen werden, und gerade die verarmten arbeitenden Massen können ohne Demokratie nicht leben.

Die „Volkstimme“ in St. Gallen hat am 21. April 1947 ein Gespräch zwischen dem führenden englischen Genossen Laski und Stalin wiedergegeben. Danach hat Stalin gesagt:

Rußland kennt nicht die freiheitliche Tradition des Westens. Rußlands Weg zum Sozialismus ist ein anderer als der des Westens. Die westeuropäische Arbeiterschaft kann sehr wohl ihre Ziele mit dem Mittel der Erringung einer parlamentarischen Mehrheit erreichen.

Damit ist von kompetenter Seite die dürftige Hilfsstellungstheorie, daß eine parlamentarische Demokratie zu ihrem Funktionieren die Existenz einer liberalen Klassenbourgeoisie benötige, erledigt worden. Die Massen des deutschen Volkes und die Massen der deutschen Arbeiterklasse erklären sich eindeutig für die Demokratie und für die Methoden der parlamentarischen Mehrheit.

Aber man soll diese Möglichkeiten dem ganzen deutschen Volke geben. Daß man die Sozialdemokratie in der Ostzone verbietet, unterdrückt und verfolgt, ist nicht in erster Linie eine Frage der Sozialdemokratischen Partei. Es ist die nationale Frage der Deutschen schlechthin. Es ist die Frage nach der Rechtsgleichheit, nach der staatsbürgerlichen Gleichheit aller Deutschen, und es ist die Frage nach der Weltdemokratie. Ich glaube, wir sind nicht zu skeptisch und nicht zu vorsichtig, wenn wir sagen, die Weltdemokratie erlebt jetzt ihre Weimarer Periode. Wir Sozialdemokraten aber haben aus der Zeit von Weimar etwas gelernt. Wir haben gelernt, daß es gilt, bereits den Anfängen zu widerstehen.

Und wir stellen uns gegen jeden Versuch, möge er vom Großbesitz, möge er von den Kommunisten ausgehen, der dahin geht, die Demokratie umzubiegen, zu verflöchen und schließlich zu vernichten.

Nun, Werte Genossen, mit welchen Methoden in der Ostzone gekämpft wird, zeigt ein gefälschter Brief, der in der Ostzone verbreitet wird. Der Briefkopf trägt die Worte: „Sozialdemokratische Partei, Der Parteivorstand, Hannover“. Die Genossen werden da angeredet, ob sie bereit seien, für den Fall der Zulassung der Sozialdemokratischen Partei eine Funktion in dieser Partei anzunehmen. Ein Teil dieser Genossen war vorsichtig und hat nicht geantwortet. Ein Teil war unvorsichtig und hat geantwortet. Von denen, die geantwortet haben, ist keiner mehr zuhause.

Nun braucht Deutschland eine verantwortliche Führung, und sicherlich kann die verantwortliche Führung nicht aus der Addierung des Willens der Länderregierungen entstehen. Sicherlich kann diese verantwortliche Führung nur aus dem Willen der Parteien für ganz Deutschland, aus den Wahlen zu einem Parlament für ganz Deutschland entstehen, und aus diesem kann sich dann eine Gesamtregierung ergeben. Aber eine Gesamtregierung ist ein Unsinn, wenn sie bloß ein Ausdruck des Kräfteverhältnisses der Siegermächte untereinander ist. Eine Gesamtregierung ist nur dann zweckvoll und hat einen Sinn, wenn sie der Ausdruck des ungehinderten freien deutschen Volkswillens ist. Nun haben eine Reihe von nicht-kommunistischen Kräften sich um die Bildung einer nationalen Repräsentation bemüht. Aber es gibt keine Institution, die eine magische Wirkung ausgeübt hat. Auch wir halten eine nationale Repräsentation für notwendig. Aber wir halten sie erst dann für möglich, wenn die politischen Rechte in allen Zonen gleich sind, und wir halten sie auch erst dann für möglich, wenn die nationale Einigung aus der ökonomischen Einigung aufbaut. Wir begreifen den propagandistischen Wert dieser nationalen Repräsentation, die allmählich schon eine Propaganda für eine nationale Verfassung wird, durchaus und sehen ein, daß sie den besonderen Machtwünschen und Verhältnissen ihrer Zone zugute kommt. Aber wir müssen darauf hinweisen, daß die SEP nicht die einzige Partei in Deutschland ist, die vom Verbot und der Unterdrückung der Sozialdemokratie in der Ostzone profitiert. Es ist weder klug, noch loyal, noch geschmackvoll, wenn von Berlin die These verbreitet wird, die CDU sei die stärkste Partei in Deutschland, und dabei zum Beweise auch die Zahlen bei den Landtagswahlen in der Ostzone mit angeführt werden — denselben Wahlen, bei denen die Sozialdemokratische Partei verboten war, in ihren eigentlichen Hochburgen, wo sie immer am stärksten war, dem Verbot unterlag. Das zeigt den Gang der geschichtlichen Entwicklung. Allmählich spielen sich in Europa und vor allem in Deutschland die Kräfte, die bei den Kommunisten und bei der CDU ihre Zusammenballung finden, gegenseitig die Bälle zu. Es wird jetzt in Deutschland und Europa der Versuch gemacht, die politische Macht zwischen Kommunisten und CDU, zwischen nationalem Kommunismus und Kapitalismus zu vertellen. CDU und Kommunisten wollen beide die großen, harten Mühlsteine sein, zwischen denen die Sozialdemokratische Partei zerrieben wird.

Aber diese Sozialdemokratische Partei läßt sich nicht zerreiben. Sie kann nicht zerrieben werden, weil sie notwendig ist. Wir haben dies Spiel schon vor 1933 in Deutschland gesehen. Wir haben es speziell in den Jahren 1928/29, die für die deutsche Entwicklung entscheidend wären, sich anbahnen sehen: den autoritären Kapitalismus des damaligen Zentrums, der heutigen CDU, und den nationalen Kommunismus der Kommunisten. Wir haben gesehen, wohn diese Politik geführt hat. Und heute? Heute sehen die Kapitalisten in der Sozialdemokratie die einzige akute Klassenbedrohung, und die Kommunisten sehen in der deutschen Sozialdemokratie die einzige bedingungslose Kämpferin gegen den totalen Staat und für die menschliche Freiheit.

Die deutschen Parteien haben noch nicht ihre endgültige Gestalt und Form gefunden. Die CDU hat als erste der großen Parteien aus ihrem Improvisationscharakter, aus ihrer Politik der verkleidenden Maskierung heraus in den großen Schmelztiegel der Parteienkrise hineingehen müssen. Die Kommunisten beginnen jetzt, in die Parteienkrise hineinzugraten, nachdem ihr Versuch, mit Hilfe der SEP

in die Westzone einzudringen, so jämmerlich gescheitert ist. Die Kommunisten sollten erkennen, daß alle kommunistischen Verluste von den konservativen Kräften in der Welt mit großer Befriedigung betrachtet werden.

Nun, wer te Versammlung, auch die Sozialdemokratie wird als letzte der großen Parteien in eine solche Parteikrise hineingeraten, und wir meinen, sie soll dann auch in eine solche Parteikrise hinein. Denn Krise ist nicht nur Gefahr der Schwächung, Krise ist vor allem auch Chance der Stärkung. Unsere Stärke soll darin liegen, daß wir alle neuen Kräfte der Zeit, alle starken, zukunftssträchtigen Kräfte mit uns verbinden. Wir sind gerade in einem Prozeß größter Umwälzung der Parteien und ihrer Geisteshaltung. In solchen Perioden sind die Parteien ein ungeschriebenes Stück, Verfassung. Die Kommunisten sind das ungeschriebene Stück Totalitarismus und Antidemokratie. Der Kapitalismus benutzt die Demokratie nur als Tarnung und will sie letzten Endes aus der Welt haben. Auf Gedeih und Verderb ist nur die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der Demokratie verbunden. Die Sozialdemokratische Partei sieht sich als eine Partei neben anderen Parteien. Sie will nicht mehr und nicht weniger Einfluß, als ihr das deutsche Volk Vertrauen schenkt.

Aber dieses Vertrauen dann bis zur letzten Konsequenz für das Volk auch auszunutzen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Darum muß die Sozialdemokratie den Kampf um den Sozialismus heute in den Vordergrund schieben. Denn der Kampf um den Sozialismus ist der Kampf um die Gerechtigkeit. Wir müssen den Deutschen das Gefühl der Selbstachtung wiedergeben; denn nur so können wir sie zu einem Faktor des Friedens machen. Zu dem Gefühl der Selbstachtung gehört aber das Empfinden der Tatsache, daß das Höchste der menschlichen Güter die Freiheit ist. Revolutionäre Politik bedeutet eine den elementaren Bedürfnissen angemessene Politik. Revolutionäre Politik ist heute die freiheitliche Politik, für die Menschen, für die kleinen Leute in Europa zu kämpfen. Wir meinen, daß das Europa der französischen Revolution noch lange nicht tot ist, sondern etwas Neues hinzutritt, das, was Karl Marx einmal den „realen Humanismus“ genannt hat.

Wenn wir den Versuch machen, von irgendeinem Punkt der Zukunft aus unsere heutige Politik zu betrachten, so müssen wir sagen, keine Partei hat die Möglichkeit, immer fehlerfrei zu handeln. Aber die geistigen Grundlagen und die Aktionsrichtung der Sozialdemokratischen Partei sind richtig und können nicht anders sein, als sie heute sind.

Gegenüber dem Ausland und gegenüber dem Inland können wir sagen, wir sind zur Mitarbeit bereit, wir sind nicht bequem, aber wir sind reell. Wir haben ein festes Vertrauen zu der großen Mehrheit im Volke. Wir haben dieses Vertrauen zu unserem Volke, aber wir sagen der Welt, daß sie auch Vertrauen zur Internationalität des politischen Willens der deutschen Sozialdemokratie haben kann. Denn sehen Sie, Genossinnen und Genossen, nicht nur die Erkenntnisse, nicht nur die Erlebnisse, sondern ein gewaltiger geistiger Tatendrang bringt die Partei und bringt das deutsche Volk auf den Weg der Internationalität. Die Deutschen sind heute das letzte Glied in einer langen Kette, und solange irgendwo in der Welt ein Mensch noch besudelt wird, getreten wird und nicht seine Freiheit hat, solange werden die Deutschen auch nicht frei sein. Deswegen wollen wir Hand in Hand mit allen progressiven und friedliebenden Elementen der Welt kämpfen für die Demokratie, für den Sozialismus und für den Frieden. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Julius Loßmann*: Genossinnen und Genossen! Sie haben durch Ihren stürmischen Beifall unserem Genossen *Dr. Schumacher* selbst Ihren Dank zum Ausdruck gebracht. Genosse *Dr. Schumacher* hat uns in seiner großen Rede die Grundlagen zu der nunmehr erfolgenden politischen Aussprache gegeben. Wir schlagen vor, den Parteitag für heute zu vertagen und die politische Aussprache erst morgen beginnen zu lassen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Dann bitte ich die Delegierten, morgen früh Punkt neun Uhr hier anwesend zu sein.

Der Parteitag ist für heute geschlossen.

(Schluß der Nachmittagssitzung 18.22 Uhr.)

## Zweiter Verhandlungstag

(Montag, 30. Juli 1947.)

### Vormittagssitzung

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Die Verhandlungen des Parteitages sind wieder eröffnet. Bevor wir mit der Aussprache über das Referat des Genossen *Dr. Schumacher* beginnen, möchten wir noch einige uns zugegangene Begrüßungen hier bekanntgeben und außerdem noch dem Genossen *de Brouckère* und zwei anderen Genossen die Möglichkeit geben, hier zum Parteitag zu sprechen.

Zunächst möchte ich in unserer Mitte noch den Genossen *Wilhelm-Dittmann* begrüßen. (Beifall.) Der Genosse *Wilhelm Dittmann* ist gestern morgen aus Zürich hier angekommen, und es ist für uns eine besondere Freude, ihn in unserer Mitte zu sehen, weil er einer der Vorsitzenden des Einigungsparteitages der Sozialdemokratie, der vor 25 Jahren hier in Nürnberg stattgefunden hat, gewesen ist. Wir freuen uns, daß wir ihn jetzt wieder so frisch in unserer Mitte sehen.

Außerdem ist eingetroffen der Genosse *Ernst Paul*, Stockholm. (Beifall.) Der Genosse *Ernst Paul* ist der frühere Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei für die deutschen Gebiete der Tschechoslowakischen Republik. Der Genosse *Paul* lebt jetzt in Schweden und hat in den letzten Monaten im Auftrage des Parteivorstandes in besonderer Aufgabe die Verbindung mit unseren skandinavischen Genossen aufrechterhalten. Wir freuen uns, daß es ihm möglich war, zu unserem Parteitag zu kommen und an unseren Verhandlungen teilzunehmen.

Außerdem ist gestern der Genosse *Ritzel* aus Basel eingetroffen. (Beifall.) Auch der Genosse *Ritzel* ist vielen unserer Genossen und Genossinnen aus seiner früheren Tätigkeit in der Partei bekannt. Er bittet mich, gleichzeitig durch ihn die Grüße der Union deutscher sozialistischer Organisationen in der Schweiz zu übermitteln.

Genossen und Genossinnen! Dem Parteitag ist eine große Zahl von Begrüßungsschreiben zugegangen, von denen ich die bemerkenswertesten hier kurz erwähnen möchte. Wir werden den vollen Text dieser Kundgebungen an den Parteitag in das Parteitagsprotokoll aufnehmen. Ich werde aber auszugswise hier den Inhalt der wichtigsten Telegramme und Briefe bekanntgeben.

An erster Stelle möchte ich mitteilen, daß der Genosse *Irving Brown*, der in Deutschland der Vertreter der American Federation of Labor, der großen Gewerkschaftsorganisation in Amerika, ist, uns einen schriftlichen Gruß geschickt hat, in dem es heißt:

Ich bedauere sehr, daß ich nicht in der Lage bin, bei Euch zu sein bei dieser großen historischen Gelegenheit der europäischen Arbeiterbewegung. Die SPD repräsentiert die wahre Kraft des wiedererstehenden demokratischen Deutschlands. In den vor uns liegenden kritischen Tagen wird die SPD eine große Aufgabe zu erfüllen haben. Aber ich möchte Euch versichern, daß die American Federation of Labor alles in ihrer Kraft Stehende tun wird, der deutschen Gewerkschaftsbewegung und allen demokratischen Kräften Deutschlands zu helfen. Bitte, nehmt meine besten persönlichen Wünsche von einem entgegen, der viele von Euch persönlich kennt, und akzeptiert die Grüße der American Federation of Labor. (Beifall.)

Wir haben weiter ein Begrüßungsschreiben erhalten von der Cooperative Commonwealth Federation of Canada, die wir wie alle anderen sozialistischen Parteien zu unserem Parteitag eingeladen haben. Die Genossen schreiben uns, daß sie zu

ihrem großen Bedauern nicht in der Lage sind, einen Vertreter zu unseren Beratungen zu schicken, daß sie aber den Wunsch haben, wenigstens auf schriftlichem Wege ihre besten Wünsche und den Ausdruck der sozialistischen Solidarität der kanadischen sozialistischen Bewegung mit der deutschen Sozialdemokratie zu übermitteln. Sie sind überzeugt, daß ein solcher demokratischer Wiederaufbau von Deutschland nur möglich ist auf der Basis des Programms des demokratischen Sozialismus. Die Genossen drücken die Hoffnung aus, daß es der deutschen Sozialdemokratie gelingt, einen solchen Aufbau eines neuen Deutschlands zu vollziehen. (Beifall.)

Es liegen ferner telegraphische Grüße vor von der Sozialistischen Partei Amerikas. Die Genossen beglückwünschen uns zu unserem energischen Kampf für die Demokratie und den Sozialismus, gegen die kapitalistische Reaktion und alle totalitären Kräfte. Unterschrieben *Norman Thomas*, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Amerikas. (Beifall.)

Wir haben ferner ein Begrüßungsschreiben der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei von Rumänien erhalten. Die Genossen bedauern, daß sie durch die Praxis der jetzt in Rumänien regierenden Mächte nicht in der Lage sind, hier nach Deutschland einen Delegierten zu unserem Parteitag zu entsenden. Die unabhängige Sozialdemokratische Partei lebt im gegenwärtigen Augenblick unter Bedingungen, die ihr nicht die volle Bewegungsfreiheit im Lande und nach außen gibt. Sie möchte aber wenigstens schriftlich zum Ausdruck bringen, daß sich die unabhängigen Sozialdemokraten in Rumänien verbunden fühlen mit der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Wir haben dann ein langes Telegramm von der Auslandsorganisation der Sozialdemokratischen Partei Georgien erhalten. In diesem Telegramm weisen die georgischen Genossen darauf hin, daß die georgischen Sozialdemokraten in der ganzen Zeit ihres politischen Kampfes sich mit den demokratischen sozialistischen Kräften Deutschlands verbunden gefühlt haben, die in der Sozialdemokratie ihren organisatorischen Ausdruck gefunden haben. (Beifall.)

Wir haben weiter ein Schreiben der Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Schweden erhalten. Die Genossen hatten die Absicht, auch von ihrer Gruppe einen Delegierten zu entsenden. Das ist aus technischen Gründen nicht möglich gewesen. Sie bitten den Parteitag, ihre schriftlichen Grüße und die besten Wünsche für einen guten Verlauf unserer Verhandlungen entgegenzunehmen zu wollen. (Beifall.)

Wir haben ferner einen schriftlichen Gruß von der Landesgruppe der SPD in Bolivien erhalten. Die Genossen schreiben uns, daß sie trotz der großen Entfernung den engsten Anteil an unserer Arbeit nehmen und daß sie hoffen, recht bald wieder nach Deutschland zurückzukehren und in den Reihen der Sozialdemokratie in Deutschland selbst für die Demokratie und den Sozialismus arbeiten und kämpfen zu können. (Beifall.)

Ein telegraphischer Gruß ist eingegangen von dem Vorsitzenden der amerikanischen Vereinigung für ein demokratisches Deutschland.

Wir haben ferner einen Gruß erhalten mit folgendem Text:

Wir denken an Euch in diesen Tagen und an Eure große historische Mission. Brüderliche Grüße *S. Aufhäuser* und *Anna Aufhäuser*. (Beifall.)

Wir haben weiter einen Gruß bekommen von unserer Kreis- und Ortsvereinigung der SPD in Schleswig, in dem es heißt, daß die Genossen in Deutschlands hohem Norden den Parteitag herzlich grüßen und beste Wünsche für eine fruchtbringende Arbeit senden.

Ferner ist ein Gruß eingegangen von einem alten Sozialdemokraten, der jetzt in Südafrika lebt, von dem Genossen *Georg Ewald* in Pretoria.

Genossen und Genossinnen! Sie finden heute hier an der Rechten unserer Rednertribüne eine Fahne. Diese Fahne haben heute morgen die Genossen, die sie hier nach Nürnberg gebracht haben, uns übergeben mit der Bitte, diese Fahne nunmehr in die Obhut des Parteivorstandes zu nehmen. Es ist die Fahne, die *Ferdinand Lassalle* im Jahre 1863 dem Deutschen Arbeiterverein in Breslau gestiftet hat. In



dieser Fahne verkörpert sich die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie seit ihrem Beginn. Ihr Schicksal widerspiegelt all das Auf und Nieder, das unsere Partei in ihrer achtzigjährigen Geschichte durchlebt hat. Sie wurde getragen von den Proletariern Breslaus, als diese zum ersten Male als eigene Kampforganisation öffentlich in Erscheinung traten. Unsere Breslauer Genossen haben sie durch die düsteren Jahre des Sozialistengesetzes gebracht. Sie haben sie frei entfallet in den großen Kämpfen in der Monarchie für die politische Freiheit des deutschen Volkes. Sie haben sie stolz getragen in den Jahren der Weimarer Republik, und sie haben sie in Sicherheit gebracht, als das Dunkel des Faschismus über Deutschland hereingebroch. Zwölf lange Jahre wurde sie verborgen, und die Schergen der Gestapo haben sie nicht gefunden. Dann kam das Ende, und heute ist sie hier, weil einige unserer Breslauer Genossen, als sie vor der Wahl standen, ein Bettuch mehr oder diese Fahne in ihre neue Heimat zu bringen, sich entschlossen, diese Fahne mitzunehmen und nunmehr nach Nürnberg zu bringen. (Lebhafter Beifall.) Nun ist sie hier, und wir nehmen sie in die Obhut der Gesamtpartei als ein Symbol der schweren, aber glorreichen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Sie soll unseren weiteren Weg mit uns gehen, und sie soll uns voranwehen vor allem an dem Tage, an dem der endgültige Sieg unserer Ideen Deutschland zu einer dauernden Heimstätte der Freiheit, des Friedens und des Sozialismus gemacht hat. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Ich möchte nun, daß wir unserem Genossen *Louis de Brouckère* die Möglichkeit geben, zum Parteitag zu sprechen. Ich brauche Ihnen den Genossen *Louis de Brouckère* nicht vorzustellen. Er repräsentiert die Arbeit, die Anstrengungen aller der Kräfte in Europa und in der Welt, die in der Schaffung einer internationalen schlagkräftigen Organisation der sozialistischen Arbeiterbewegung das höchste Ziel gesehen haben. *Louis de Brouckère* war lange Jahre Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Er hat vor allen Dingen in den Jahren nach 1933, als unter dem Druck des Faschismus und des Nationalsozialismus auch die Existenz unserer internationalen Organisationen gefährdet war, mit allen seinen Kräften dafür gewirkt, daß diese organisatorische und ideelle Einheit der sozialistischen Parteien Europas erhalten blieb. Er mußte dann, als Hitler auch Belgien überfiel, ins Exil gehen. Wir, die wir in den Jahren des Krieges in London lebten, haben in diesen Jahren viele, viele Male erlebt, wie *Louis de Brouckère* auch in den dunkelsten Tagen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ohne Schwanken den Ideen des internationalen Sozialismus treu blieb und ständig bemüht war, in echter Kameradschaft und in sozialistischem Geiste die internationalen Kontakte unter den Sozialisten aufrechtzuerhalten. (Beifall.)

Nun ist heute *Louis de Brouckère* in unserer Mitte als der Vorsitzende der Kontakt-Kommission, die in Zürich gewählt wurde. Ich glaube, die deutsche Sozialdemokratie konnte sich keinen Besseren aus der Internationale an diesem Platze wünschen. Wir freuen uns, daß durch ihn und mit ihm die Wege zu einer engen und dauernden Zusammenarbeit der deutschen Sozialdemokratie mit allen anderen sozialistischen Parteien wieder aufgebaut werden können. Ich begrüße *Louis de Brouckère* und bitte ihn, zu einer Ansprache das Wort zu nehmen. (Lebhafter Beifall.)

*Louis de Brouckère* (mit lebhaftem Beifall begrüßt; Redner spricht französisch; die Rede wird anschließend wie folgt ins Deutsche übersetzt):

Liebe Kameraden! Als Vorsitzender der internationalen Kontakt-Kommission möchte ich hier ein paar Worte zu Ihnen sprechen. Ich entschuldige mich, daß ich nicht in Ihrer Sprache zu Ihnen spreche. Ich verstehe zwar Deutsch, aber ich kann es nicht geläufig genug sprechen. Ich bin gestern in dieser so stark beschädigten Stadt angekommen. Ich habe den Vortag und den größten Teil der Nacht dazu benützt, um die Ruinen der deutschen Städte zu besichtigen. Und als ich diese kolossalen Trümmer sah, dachte ich an die großen Leiden des deutschen Volkes, ich dachte aber auch an die Ruinen, die ich in meinem Lande hinterlassen hatte, an die Ruinen in ganz Europa und auch in anderen Teilen der Welt. All diese Leiden sind uns gemeinsam, den Siegern und Besiegten. Nie hat es seit den Zeiten

der Barbaren so viel Leid gegeben, wie heutzutage. Wir leben in einem unbarmherzigen Zeitalter, und ich glaube, daß die Völker sich an dieses Zeitalter ewig erinnern werden. Aber die Frage ist: in welchem Geiste werden sich die Völker daran erinnern? Soll es in einem Geiste des Hasses, der Rachsucht und der Revanche sein, oder wird diese Erinnerung sie anspornen, sich zu verständigen. Heute gibt es für die Menschheit nur eine Hoffnung, das ist die Versöhnung zwischen den Völkern. (Beifall.) Es kann nur einen Sieg geben für die Menschheit, daß wir nämlich den Frieden erobern und wirklich organisieren. Nie sind die Worte von Marx und Engels so wahr gewesen wie heutzutage, daß sich die Arbeiter vereinigen müssen. Denn nur durch die Vereinigung der Arbeiterklasse kann der Friede und die Versöhnung gesichert werden. Es genügt aber nicht, daß diese geeinigte Arbeiterschaft eine bloße konfuse Masse ist, es muß eine Organisation zielbewußter Arbeiter sein. Diese Einigkeit der Arbeiterklasse ist nötiger denn je. (Lebhafter Beifall.)

Zur Zeit als Marx und Engels lebten, war der Kapitalismus grausam und erzeugte viel Leiden. Aber in der Zwischenzeit hat er sich in einen kriegerischen Kapitalismus gewandelt. Er war es vor dem zweiten Weltkrieg und ist es nach diesem Weltkrieg geblieben. Zur Zeit versuchen die drei größten Mächte, den Weltfrieden zu organisieren. Sie sind aber unter sich uneinig. Ich glaube deshalb, daß ein wirklicher Frieden nur durch die geeinte Arbeiterklasse erreicht werden kann. Ich möchte in dieser Hinsicht an die Worte meines Landsmannes, des Außenministers Spaak, erinnern. Er ist der erste Vorsitzende der UN, er ist ein Mann, der als Realist bekannt ist und der für Utopien nicht viel übrig hat. Dieser praktische Politiker hat zwei Jahre lang die Tätigkeit der Vereinten Nationen geleitet. Als Präsident der Vereinten Nationen und als verantwortlicher Außenminister Belgiens sagte er vor kurzem: „Es gibt nur eine Hoffnung, das ist die Schaffung einer starken Internationale!“ (Lebhafter Beifall.) Diese Internationale müssen wir aufbauen. Aber wir sind uns bewußt, daß viele Schwierigkeiten auf unserem Wege liegen, vor allem die bittere Erinnerung an den Krieg. Wenn ich hier von dieser Bühne aus erklären würde, daß in unseren Ländern keine bittere Stimmung gegen Deutschland in gewissen Volksklassen herrscht, würde ich lügen. Und wenn Ihr auf diesem Kongreß erklären würdet, daß in Deutschland keine Bitterkeit gegen die Okkupation besteht, dann würdet Ihr auch nicht die Wahrheit sagen. (Zustimmung.) Wir müssen den Schwierigkeiten, die auf unserem Leben liegen, ins Auge schauen und müssen danach trachten, sie zu überwinden.

Auf der Tagung in Zürich wurde von einem der Anwesenden erklärt — und dieser Satz ist mißverstanden worden —, daß der Hitlerismus das Ergebnis von drei Jahrhunderten deutscher Geschichte gewesen sei. Die Frage ist, wie wollt Ihr deutschen Sozialdemokraten der Evolution, die zum Nazismus geführt hat, entgegenarbeiten, und wie sollen wir als internationale Sozialisten Euch helfen, diese Evolution zu bekämpfen. Wir sowohl wie Sie haben in dieser Hinsicht große Pflichten. Deshalb ist eben die internationale Kontakt-Kommission geschaffen worden, um festzustellen und herauszufinden, wie Sie und wie wir in dieser Hinsicht tätig sein können. Diese Kontakt-Kommission, deren Vorsitzender ich bin, ist zusammgetreten, um Ihnen die nötigen Informationen zu geben über die Organisation der Sozialdemokraten im Ausland, und um den anderen Parteien die nötigen Informationen und die Klarheit zu verschaffen über die Lage in Deutschland, wie sie notwendig ist. Indem ich diese kurze Ansprache schließe, möchte ich wiederum an die Worte des belgischen Außenministers Spaak erinnern: „Die einzige Hoffnung für die Menschheit ist die Schaffung einer sozialistischen Internationale!“ Ich hoffe, daß sie bald Wirklichkeit sein und daß sie eine neue Gesellschaftsordnung schaffen wird, in der Frieden und Gerechtigkeit herrschen werden. (Lebhafter Beifall. — Im Anschluß daran wird von der Versammlung spontan die erste Strophe der „Internationale“ angestimmt und gesungen.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Ich habe noch die herzlichsten Grüße der Sozialdemokratischen Partei Finnlands zu übermitteln. (Bravo.) Der Parteivorsitzende der finnischen Sozialdemokratie hat dem Genossen *Ernst Paul*

mitgeteilt, daß die Partei leider nicht in der Lage gewesen ist, einen Delegierten nach hier zu entsenden, daß sie aber auf diesem Wege der SPD zur Kenntnis zu bringen wünscht, daß die finnische Sozialdemokratie sich mit der deutschen Partei verbunden fühlt und unserer Arbeit den besten Erfolg wünscht. (Bravo.)

Der Generalsekretär der schweizerischen Sozialdemokratie sollte als Delegierter der schweizerischen Sozialdemokratie auf unserem Parteitag sein. Er ist aus technischen Gründen bis heute verhindert zu erscheinen und bittet, zunächst auf diesem Wege der Sozialdemokratie die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche der schweizerischen Sozialdemokratie mitzuteilen.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokraten in Lettland sendet dem Parteitag aus Stockholm die herzlichsten Grüße. Die Demokratie Europas kann nur mit Hilfe eines demokratischen Deutschlands gesichert werden. Wir, die wir in den nazistischen Konzentrationslagern zusammen mit deutschen Sozialdemokraten waren, wissen, daß die deutschen Sozialdemokraten für dieses Ziel des internationalen demokratischen Sozialismus gekämpft und gelitten haben. Herzliche Grüße und beste Wünsche für den Erfolg Eurer Arbeit.

Das Wort hat nun der Genosse *Wilhelm Sander*, damit er im Namen der Auslandsgruppen der SPD der europäischen Länder einige Worte sprechen kann.

*Wilhelm Sander*: Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine besondere Ehre, nach diesem ergreifenden elementaren Gefühlsausbruch der Zusammengehörigkeit zur Internationale, nach den herzlichen, brüderlichen Worten *de Brouckères* Euch hier die Grüße Eurer deutschen Freunde und Genossen zu übermitteln, die in den Vereinigungen deutscher Sozialdemokraten in den verschiedenen Exilländern zusammengefaßt sind, in Schweden, Dänemark, Frankreich, Schweiz, Holland, England und in den verschiedenen Ländern Amerikas. Ich brauche nicht zu unterstreichen, daß die Entfernung uns nicht hindert, mit starkem brennendem Interesse Euren Verhandlungen zu folgen und Euch zu sagen und zu versichern, daß wir immer und überall, wo wir auch sind und arbeiten, uns als Brücke betrachten zwischen der Heimat, Euren Interessen und Forderungen und den Brüdern und Genossen draußen in anderen Ländern. Im Namen all der deutschen Genossen draußen im Ausland übermittele ich Euch die herzlichsten Grüße.

Aber es gibt noch eine andere Gruppe von Freunden und Sozialdemokraten, deren Zahl wir nicht genau feststellen können — es mögen Hunderttausende und es mögen Millionen sein —, die in diesen Tagen in Gedanken bei Euch weilen. Ich denke an unsere Freunde in der Kriegsgefangenschaft, an unsere Freunde hinter dem Stacheldraht. Wir haben in England dank der besonderen Betreuung der deutschen Kriegsgefangenen in diesem Lande die Möglichkeit, in unmittelbaren, persönlichen Kontakt mit den Kriegsgefangenen zu treten. Wir dürfen sie einladen und laden sie ein. Die jungen Kriegsgefangenen, die aus einem sozialistischen gewerkschaftlichen Milieu gekommen sind, nehmen Gelegenheit, mit uns in unmittelbaren persönlichen Kontakt zu treten. Sie haben unsere Mafteiern besucht, sie kommen auf unsere Veranstaltungen, und wir haben einen regen schriftlichen Meinungsaustausch mit ihnen. Wir wissen deshalb, wie sie denken und wie groß ihr Interesse an Euren politischen Forderungen ist. Wir wissen, wie dankbar sie der deutschen Sozialdemokratie sind, die sich zum Dolmetsch der Wünsche und Interessen der Kriegsgefangenen gemacht hat. (Beifall.) Die persönliche Bewegungsfreiheit der Kriegsgefangenen bei uns in England, die Fürsorge für ihre geistigen Interessen, ihre Fortbildungsmöglichkeiten sind groß, und wir erwarten in diesen Tagen weitere erhebliche Verbesserungen für ihre Lage. Wir hoffen und erwarten, daß ihre Bewegungsfreiheit so groß wird, daß sie die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen dürfen und daß dann ein noch engerer persönlicher Kontakt als bisher zu verzeichnen sein wird. (Beifall.) Aber wir wissen, daß alle Vorteile und Vergünstigungen und daß alle Freiheiten, die man ihnen in diesen Tagen gewähren wird, nicht die eine große Freiheit ersetzen werden, die der Wunsch aller Kriegsgefangenen ist, die Freiheit der Rückkehr, die Freiheit der Vereinigung mit der Heimat, mit Vater und Mutter, mit Weib und Kind. Deshalb sind die Kriegsgefangenen an

Euren Beratungen und Verhandlungen interessiert. Sie hoffen und wünschen, daß diese Verhandlungen mit dazu beitragen mögen, daß der Tag der großen Vereinigung der Kriegsgefangenen mit der Heimat recht bald eintreten möge. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Das Wort hat nun der Genosse *Friedrich Stampfer*.

*Friedrich Stampfer* (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen, meine lieben Freunde! Amerika ist ein großes Land, und so werden Sie sich nicht wundern, daß Ihnen von dort so viele Begrüßungen kommen. Auch ich habe Grüße zu bringen, Grüße von unseren deutschen Genossen in den Vereinigten Staaten, Grüße aber auch von den führenden Männern der großen Gewerkschaftsorganisation, der American Federation of Labor. Es ist mir ein Bedürfnis, heute an dieser Stelle auszusprechen, daß wir deutschen Sozialdemokraten in der amerikanischen Emigration an den führenden Männern der American Federation of Labor stets zuverlässige Helfer und Freunde gefunden haben. Nicht für uns persönlich — das würde keine Rolle spielen —, sondern für die Sache, für die wir kämpfen. Wir haben mit diesen Männern manche Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftspolitischen Fragen. Wir haben gar keine Meinungsverschiedenheiten mit ihnen in sozialpolitischen Fragen, in der Frage der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit, in der Frage der Notwendigkeit, eine menschenwürdige Existenz für alle Arbeiter in der Welt zu schaffen. Sie können dessen gewiß sein, daß die deutschen Arbeiter in ihrem Kampf um persönliche Freiheit, um ein menschenwürdiges Dasein in den amerikanischen Gewerkschaften stets zuverlässige Helfer und Bundesgenossen finden werden. (Beifall.) Um aber kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Ich komme zu Ihnen nicht als Vertreter einer ausländischen Organisation, ich komme zu Ihnen, den deutschen Sozialdemokraten, als ein deutscher Sozialdemokrat. (Beifall.) Hier stehe ich endlich wieder auf politischem Heimatboden. (Erneuter Beifall.) Wir haben in den letzten Jahren in Amerika einen sehr harten und schweren Kampf geführt. Ich glaube, ohne Unbescheidenheit sagen zu dürfen, daß dieser Kampf nicht ganz ohne Erfolg gewesen ist. Dabei möchte ich den Anteil an dem Erfolg, den wir deutsche Sozialdemokraten in Amerika für uns in Rechnung stellen dürfen, so gering wie möglich einsetzen. Aber es mag immerhin nützlich gewesen sein, daß wir da waren, daß wir die Gelegenheit hatten, Menschen guten Willens mit Informationen zu versehen, ihnen die Wahrheit über Deutschland zu sagen, die Wahrheit, die im Rausch der Kriegspsychose nur zu oft vergessen worden ist. Wir haben es im Ausland vielleicht noch mehr gefühlt als Ihr, was für einen furchtbaren Gegner Deutschland in Adolf Hitler hatte. Adolf Hitler hat einen Orkan des Hasses gegen das deutsche Volk, nicht nur gegen seine eigene verbrecherische Partei, sondern gegen das ganze deutsche Volk hervorgerufen, von dessen Stärke Sie sich keine Vorstellung machen können, dessen Kraft Sie aber gefühlt haben in den furchtbaren Ereignissen, die über Deutschland hereingebrochen sind, im Osten Deutschlands und in der Wirtschaftskatastrophe, die Deutschland nach der Niederlage erfaßt hat.

Nun ist seit jener Zeit — und das sind nicht viel mehr als zwei Jahre — in Amerika ein sehr deutlicher Umschwung eingetreten. Es war kein kurzer Weg von Morgenthau zu Hoover, vom Potsdamer Pakt zum Programm des Staatssekretärs Marshall. Es war kein kurzer Weg, aber er ist in kurzer Zeit zurückgelegt worden. Ein überraschender und erfreulicher Umschwung ist eingetreten. Ich kann die Ursache dieses soziologisch und politisch höchst interessanten Umschwungs hier nur ganz kurz skizzieren. Zunächst waren es wirtschaftliche Gründe, die ihn herbeigeführt haben. In der ersten Zeit herrschte die Richtung eines überspannten Wirtschaftsimperialismus vor. Man bildete sich ein, nun wäre die beste Gelegenheit, die deutsche und japanische Industrie totzuschlagen und damit den Weltmarkt zu beherrschen. Das war Wirtschaftsimperialismus in seiner reinsten Form. Mit der Zeit begann man aber zu merken, daß man von einem Weltmarkt gar nichts hat, wenn der Weltmarkt nicht bezahlen kann, daß sich das Exportieren nicht lohnt, wenn man dafür auch nicht importieren kann, daß Leistungen in die Luft ge-

blasen sind, wenn keine Gegenleistungen erfolgen. So kam man in verhältnismäßig kurzer Zeit zu der Erkenntnis, daß der Wiederaufbau der Industrie in Deutschland, in Japan und in der ganzen Welt im Interesse der amerikanischen Wirtschaft selbst dringend erforderlich ist.

Die zweite Reihe der Gründe für den Umschwung liegt auf politischem Gebiet. Es herrschte während des Krieges in Amerika eine geradezu stürmische und für den objektiven Beschauer manchmal humoristisch anmutende Begeisterung für den Bolschewismus. Der Salonbolschewismus war eine in den höheren Schichten der Gesellschaft allgemein verbreitete Erscheinung. Am schönsten charakterisiert war er in einem humoristischen Wochenblatt, dem „New-Yorker“. Da sah man zwei weibliche Vertreter des amerikanischen Hochkapitalismus, zwei Damen der amerikanischen Gesellschaft, wie sie ganz verliebt ein Bild Stalins betrachten, wobei eine zur anderen sagte: „Ich habe gar nicht gewußt, daß er ein Grübchen im Kinn hat!“ (Heiterkeit.) Solche Stimmungen waren begreiflicherweise vergänglich. Es gibt heute, glaube ich, keine Dame der Society mehr, die sich für das Grübchen im Kinn Stalins begeistert. Auch auf diesem Gebiet ist ein gründlicher Wandel der Stimmung eingetreten. Man hat Angst vor dem Bolschewismus, man hat Angst vor Sowjetrußland, ich glaube, viel mehr Angst als notwendig ist. Man hat aus diesem politischen Gesichtswinkel heraus erkannt, daß die vom Kriege her gewohnte Einteilung in sogenannte friedliebende Völker, die auf beiden Amerikas standen, und „Aggressoren“, die Gegner waren, nicht mehr aufrechtzuerhalten war.

Die dritte Reihe der Gründe für den eingetretenen Umschwung liegt auf einem ganz anderen Gebiet, dem geistigen, dem sittlichen, ja, ich möchte ganz offen sagen, dem religiösen Gebiet. Ich hätte eigentlich diese Ursache an die Spitze stellen müssen. Denn in der allerschlimmsten Zeit der Kriegspsychose waren es Männer des katholischen, des protestantischen und auch des jüdischen Bekenntnisses, die für Menschlichkeit, auch gegenüber dem deutschen Volke, eingetreten sind. Es war für mich ein tiefes Erlebnis, als der Berliner Oberrabbiner Dr. Beck nach Amerika kam. Er war in Theresienstadt, wo seine ganze Familie umgekommen ist. Er allein ist am Leben geblieben. Seine ganze Familie ist in Berlin ausgerottet worden. Er wurde in New York mit großen Ehren empfangen. Es wurden Interviews mit ihm veranstaltet, und was sagte dieser Oberrabbiner von Berlin? Er sagte: „Ich danke aus der Tiefe meines Herzens jenen Deutschen, die in der schwersten Zeit mir und meinen Glaubensbrüdern zur Seite gestanden haben. Ich habe keinen Haß gegen das deutsche Volk. Ich wünsche ihm eine glückliche Zukunft.“ (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, Genossinnen und Genossen, man mag über Religion wie immer denken, aber der wäre eine schlechter Sozialdemokrat, der vor solcher Gesinnung nicht den Hut zöge. (Sehr richtig!)

Es wird wohl geraume Zeit dauern, bis sich der Umschwung der Gesinnung, der in Amerika eingetreten ist, auch materiell auswirken wird. Es wird Ihnen gewiß zu lange dauern. Es wird noch manche Opfer kosten, bis das Ziel erreicht sein wird. Aber ich habe die Zuversicht, daß Amerika auf dem Wege, den es jetzt betreten hat, weitergehen wird, auf dem Wege zur Wiederherstellung eines starken Europa mit einem lebenskräftigen Deutschland.

Wie, frage ich nun, war es möglich, daß in dieser kurzen Zeit ein solcher Umschwung eingetreten ist? Das war möglich, weil Amerika, obgleich ein kapitalistisches Land, ein demokratisches Land ist, weil es dort Freiheit der Meinung gibt, weil dort selbst wir deutschen Sozialdemokraten als Ausländer unsere Meinung aussprechen konnten, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen. (Bravo!) Wir waren dort in Amerika, in dem kapitalistischen Amerika, in unserem Element, denn wir hatten die Freiheit der Kritik. Freiheit der Kritik ist das Lebenselement unserer Partei von Anfang an, und wir würden aufhören, deutsche Sozialdemokraten zu sein, wenn wir jemals auf die Freiheit der Kritik verzichten wollten. (Lebhafter Beifall.) Ich sage Euch trotz allen Hungers, der in diesem Lande ist: Selbst der elendeste Zustand, über den ich noch meine Meinung sagen darf, ist mir viel lieber, als ein an die Wand gemaltes Paradies, hinter dem ein Geheimpolizist sitzt. (Lebhafter Beifall.)

Zum Schluß darf ich noch eines sagen. Ich bin durch viele Länder gekommen. Ich habe viele Regierungen, Parlamente und Parteien an der Arbeit gesehen. Ich bin dabei zu dem Ergebnis gekommen: Wir deutschen Sozialdemokraten dürfen unsere Stirne hoch tragen, wir haben keinen Grund, uns vor anderen politischen Parteien in der Welt zu verstecken. Wir haben Fehler gemacht und wir haben diese Fehler kritisiert. Aber die Fehler, die wir begangen haben, sind doch winzig, bis zur Unsichtbarkeit winzig, gemessen an den Fehlern jener, die, statt uns zu helfen, uns bekämpften. Im Jahre 1932 dreizehn Millionen Kreuze in falsche Kreise — das sind jetzt dreizehn Millionen Kreuze auf Soldatengräbern in der ganzen Welt. (Sehr richtig!) Jedes Kreuz im falschen Kreis ein zerschossenes Haus! Jedes Kreuz im falschen Kreis ein verhungertes Kind! All das Elend, das ich hier in wenigen Tagen, die ich hier bin, in erdrückendem Maße gesehen habe, kommt doch nur daher, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit die Stimme seiner treuen Warnerin, der deutschen Sozialdemokratie, nicht hat hören wollen. (Sehr wahr.) Nun ist das große Unglück über uns gekommen. Und wer sagen würde, er hätte ein Rezept, um in wenigen Jahren all das Elend des größten aller Kriege zu beseitigen, wäre ein Volksbetrüger. Es gibt nur einen Weg, den die Erkenntnis weist, einen langen schwierigen Weg. Diese Erkenntnis ist aus Amerika gekommen, und macht jetzt die Runde um den Erdball: „Die Welt braucht Europa, Europa braucht Deutschland!“ Ich füge hinzu: Deutschland braucht eine starke, vom Vertrauen des Volkes getragene regierende Sozialdemokratische Partei. (Lebhafter Beifall.) Das ist der einzige Weg zur Rettung. Es gibt keinen anderen. Es ist kein kurzer, kein bequemer Weg, es ist ein steter, ein beschwerlicher Weg, ein gefährlicher, Opfer fordernder Weg. Aber es gibt keinen anderen. Darum, auf zur Arbeit, Genossinnen und Genossen! Deutschland und die Welt brauchen Euch! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Das Wort hat jetzt Genosse *Franz Neumann* zur Abgabe einer Erklärung:

*Franz Neumann*, Berlin (mit Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Wenn ich hier bei den Begrüßungsreden der ausländischen Gäste eine Erklärung abgebe, möchte ich vorher betonen, daß ich sie nicht als Berliner abgebe, da Berlin durch eine offizielle Vertretung vertreten ist. Ich spreche aber für Millionen von Menschen, die heute in Deutschland noch unter Verhältnissen leben, die man nicht als demokratisch bezeichnen kann. Ich spreche für die Genossinnen und Genossen der Ostzone. Die Genossinnen und Genossen der Ostzone, die nicht am Parteitag teilnehmen können, haben mich beauftragt, folgende Erklärung an den Parteitag zu übermitteln:

An den  
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Nürnberg

Das schaffende Volk der gesamten Ostzone grüßt mit Stolz und Zuversicht den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Nürnberg. Wir erblicken in der Sozialdemokratie die einzige politische und moralische Kraftquelle der wahrhaften Demokratisierung Deutschlands.

Die großen gesellschaftlichen Umwälzungen, die sich in der ganzen Welt vollziehen, zeigen, daß der Gedanke des Sozialismus lebendiger ist denn je. Untrennbar ist mit ihm verbunden die echte Demokratie, zu der unabdingbar die Wahrung der Menschenwürde und Menschenfreiheit gehört. Jede Politik, die diese hohen Güter der Menschheit mißachtet, muß unweigerlich zu einer neuen Versklavung der Völker führen. Wir leben in einer Atmosphäre, in der Willkür, Spitzeltum und Meinungsknechtung als Demokratie bezeichnet werden. Die Einpeitscher des Zwangszusammenschlusses der Arbeiterparteien haben die besten Gefühle der schaffenden Bevölkerung zu einem widerwärtigen politischen Geschäft mißbraucht.

Die Arbeiterschaft Thüringens und Sachsens, seit nahezu einem Jahrhundert Vortrupp der sozialdemokratischen Bewegung, steht neben den anderen Ländern der Ostzone wieder einmal im Kampf um Freiheit und wahren Sozialismus. Noch müssen wir uns der Gewalt beugen, aber die SEP-Diktatoren von heute wissen, daß unser Wille eine politische Kraft ist, die sie eines Tages hinwegfegen wird. Wir sind mit Euch im Geiste verbunden. Keine Schmähungen Eurer Funktionäre, keine kommunistische Hetze in Wort und Schrift kann uns unserer Idee untreu werden lassen.

Wir haben in das Gesicht der Lüge, des Verrats und des Terrors geblickt und haben erkannt, was wir zu erwarten haben, wenn jene Verräter wahren Menschentums ihr Ziel erreichen würden. Wir aber wissen, daß nur die Vereinigung mit der großen deutschen sozialistischen Volksbewegung der Sozialdemokratie auch uns die Befreiung bringen kann. In diesem Kampfe uns eins mit Euch zu wissen, gibt uns die Kraft zum Ausharren. Unser Gruß ist uns Losung und Bekenntnis. Er war der letzte Gedanke unserer vom Faschismus Gemorjeten. Er sei uns Kampfruf bis zur Erreichung unserer großen Ziele.

Stolz bekennen wir uns zu Euch, Genossinnen und Genossen, und geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß mit Hilfe des werktätigen Volkes der Ostzone die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die beste Reparationsschuld abstatet, indem sie mitschafft:

Für die Welt des Friejens!

Für das eigene Volk die Verwirklichung von Sozialismus und Demokratie!

Die sozialdemokratischen Männer und Frauen der Ostzone grüßen den Nürnberger Parteitag, grüßen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, grüßen die Sozialisten in aller Welt mit unserem alten Kampfruf: Freiheit!

Vorsitzender *Ollenhauer*: Ehe wir jetzt in die Diskussion über das Referat von *Dr. Schumacher* eintreten, möchte ich noch den Antrag Nr. 8 des Bezirkes Groß-Berlin hier zur Abstimmung bringen. Er lautet:

In der Erwartung einer baldigen Verwirklichung der politischen und geistigen Einheit Deutschlands und in der Erkenntnis, daß diese durch die Organisation der politischen Parteien im ganzen Gebiet am besten gesichert wird, beantragen wir hiermit, den Landesverband Groß-Berlin der SPD als Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzuschließen.

Zur Begründung hat das Wort der Genosse *Franz Neumann*.

*Franz Neumann*: Nur wenige Worte zur Begründung. Viele werden sich wundern, daß wir diesen Antrag stellen müssen. Als wir im vorigen Jahre in Hannover, zum ersten Male zusammen waren, waren wir aus formaljuristischen Gründen nicht in der Lage, offiziell der Partei beizutreten. Wir waren in Berlin nach der Neugründung der Partei noch nicht zugelassen und waren in Hannover daher nur Gäste. Als diese Gäste haben wir uns im ganzen Jahre zwar nicht gefühlt. Wir waren immer die Genossinnen und Genossen der Sozialdemokratischen Partei des gesamten Deutschlands. Ich glaube, wir Berliner haben durch unsere praktische Arbeit auch im vergangenen Jahre bewiesen, daß wir würdige Mitglieder der gesamtdeutschen Partei sind. Aus diesem Grunde bitten wir um einstimmige Annahme unseres Antrages: Berlin ein Glied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen. Damit ist die

Berliner Sozialdemokratie auch formal das, was sie immer war, ein untrennbarer Bestandteil der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Noch eine technische Mitteilung. Bis heute nachmittag um 16 Uhr sind alle Vorschläge, die die einzelnen Bezirke oder Bezirksgruppen für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission zu machen haben, hier bei dem Präsidium des Parteitages abzugeben. Um 18 Uhr wird die Liste abgeschlossen, damit wir morgen früh für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission die Stimmzettel dem Parteitag vorlegen können.

Wir kommen dann zur Diskussion über das Referat des Genossen Dr. Schumacher. Bei diesem Punkt der Tagesordnung stehen mit zur Diskussion und Abstimmung: zunächst Antrag 1 der Landesorganisation Hamburg, außerdem aber auch die Anträge 2, 3, 4 und 5, die in der Vorlage zu Punkt 3 der Tagesordnung veröffentlicht worden sind, da diese Anträge sich auch auf den Inhalt des Referates von Dr. Schumacher beziehen. Wir werden in wenigen Minuten ferner eine Vorlage verteilen, die den Vorschlag einer politischen EntschlieÙung enthält, die Parteivorstand und Parteiausschuß zu machen haben. Auch diese EntschlieÙung steht dann zur Diskussion.

Ich mache schließlich die Genossinnen und Genossen darauf aufmerksam, daß nach der von uns beschlossenen Geschäftsordnung die Diskussionszeit zehn Minuten für jeden Redner beträgt.

Als erster Redner hat das Wort der Genosse Ernst Reuter, Berlin.

Ernst Reuter, Berlin: Genossinnen und Genossen! Die Annahme des Antrages, daß Berlin ein Glied der deutschen Sozialdemokratie sein soll, ermöglicht mir, die Diskussion als Berliner Delegierter und Vertreter der Berliner Sozialdemokratie zu eröffnen. Es kann in Deutschland keine Stadt geben, es kann in Deutschland keine politische Organisation unserer Arbeit geben, in der das Gefühl für die nationale Einheit unseres Landes, in der die Sehnsucht nach der Herstellung eines einheitlichen, freiheitlichen und demokratischen Deutschlands so stark und so lebendig ist, wie in unserer Stadt. Wir, die große 3½-Millionen-Stadt, die wir nur durch eingleisige Bahnen nach dem Osten, nach dem Norden und Süden, aber leider auch zu Ihnen nach dem Westen verbunden sind, wir, diese Stadt Berlin, können nicht leben, und wir wissen, daß wir auf die Dauer nicht leben können, wenn Deutschland nicht als eine politische, als eine ökonomische Einheit wiederhergestellt wird. Der Einheitsgedanke ist für uns in Berlin eine Frage auf Leben und Tod, ohne die wir auf die Dauer keine Existenzberechtigung haben. In den ungewöhnlichen Schwierigkeiten unserer besonderen Berliner Situation verkörpern sich die ganzen schwierigen Probleme, mit denen Deutschland als Gesamtheit zu rechnen hat, und mit dem Deutschland als Gesamtheit noch mehr zu rechnen haben wird, wenn erst an die Aufgabe herangegangen werden wird, ein einheitliches Deutschland auch politisch durch Schaffung einer einheitlichen Regierung zustande zu bringen. Wir verkörpern das Schicksal eines Volkes, das durch Zonen zerrissen ist. Denn durch unsere Stadt selbst gehen mitten hindurch die Sektorengrenzen, die unser Wirtschaftsleben in entscheidenden Punkten tödlich treffen und tödlich verletzen. Wir insbesondere in Berlin haben den Kampf für eine freiheitliche Selbstverwaltung zu führen, ohne die auf die Dauer ein Aufbau unseres Landes nicht möglich ist. Alles, was Sie in der Presse über die besonderen Probleme Berlins lesen, konzentriert sich immer wieder um die Frage, daß diese Stadt von vier Mächten besetzt ist, um die Frage, daß vier Kommandeure zu jedem Beschluß einheitlich ihre Stimme abgeben müssen in der Alliierten Kommandantur, daß diese Stadt um ihre eigene Selbstverwaltung immer noch kämpfen muß. Wir haben zwar vor dem Oktober 1946, in dem die Berliner durch ihre Abstimmung gezeigt haben, daß sie freiheitlich und demokratisch gesonnen sind, eine Verfassung bekommen, aber diese Verfassung kann täglich und stündlich durch neue Befehle der Alliierten Kommandantur abgeändert werden. Wir haben gerade gestern die Nachricht bekommen, daß die Alliierte Kommandantur in ihrer Sitzung vom 27. Juni, in der sie sich unter anderm über die Bestätigung der Wahl des Oberbürgermeisters nicht einig werden konnte und diese Frage an den Kontrollrat als höchste Instanz in Deutschland abgeben



mußte, einen unserer sozialdemokratischen Stadträte, den Genossen Nestriepke, seines Amtes enthoben hat. Wenn wir auch die Einzelheiten, die zu diesem Beschluß geführt haben, heute hier noch nicht in allen Details kennen, auch nicht den Wortlaut dieses Beschlusses, so ist es klar, daß ein solches Eingreifen in die Funktionen der von der Bevölkerung gewählten Selbstverwaltung allerschwerigste Probleme aufwirft. Man muß damit rechnen, daß nicht nur die sozialdemokratischen Mitglieder der Stadtverwaltung, sondern daß auch die Mitglieder anderer Parteien der Stadtverwaltung sich mit dem amtsenthobenen Stadtrat solidarisch erklären werden. Wir müssen damit rechnen, daß das ganze Gebäude unserer Verwaltung auf das schwerste von Unsicherheit und Ungewißheit in den Grundlagen erschüttert wird und daß der Gedanke der Demokratie, um dessentwillen doch die siegreichen Mächte in unsere Stadt eingezogen sind, schweren Schaden erleiden muß. Wir sind deshalb auch der Meinung, daß diese besonderen Probleme, die wir hier in Berlin auszufechten haben, nicht nur Berliner Probleme allein sind, sondern gesamtdeutsche Probleme. Denn hier wird exerziert, wie künftig einmal Deutschland verwaltet und regiert werden soll. Nicht wir haben die Bestimmungen der Notwendigkeit der Einstimmigkeit der vier Okkupationsmächte eingeführt. Sie ist von ihnen selbst eingeführt worden. Niemand muß so sehr wie wir und in Zukunft auch das deutsche Volk darunter leiden, daß die vier Okkupationsmächte sich auch in kleinen und unbedeutenden Fragen nicht einig werden können. Wenn wir, Genossinnen und Genossen, in diesem Kampf um unsere Selbsterhaltung etwas hartnäckig, etwas eisern und vielleicht auch etwas rücksichtslos darauf bestehen, daß dieses Recht der Selbsterhaltung uns nicht geschmälert werden darf, dann bitten wir den sozialdemokratischen Parteitag ganz Deutschlands, uns bei diesem unserem Kampf zu unterstützen, in der sicheren Erkenntnis und Überzeugung, daß dieser Kampf nicht ein Kampf für uns allein, sondern ein Kampf für Sie alle ist.

In der Stadt, in der wir leben, haben wir darüber hinaus andere Aufgaben positiv zu lösen, deren Lösung uns durch die besonderen Verhältnisse vorläufig außerordentlich erschwert wird. Wir sind eine Stadt internationaler Besetzung, und wir sind in unserem eigenen Interesse gezwungen, mit allen vier Besatzungsmächten diejenigen Beziehungen herzustellen, die die Voraussetzung dafür sind, daß das deutsche Volk seinen wirtschaftlichen und politischen Aufbau wirklich leisten kann. Es ist kein Zweifel, daß das besondere Problem in diesem Falle bei derjenigen Großmacht liegt, die, vom Osten kommend, einen großen Teil Deutschlands besetzt hat und die für alle Zeiten für uns ein lebenswichtiger Nachbar werden wird. Wir deutschen Sozialdemokraten müssen klar und offen und auch öffentlich bekennen, daß wir nicht nur keine Gegner dieses großen Landes sind, sondern daß wir aufrichtige und ehrliche Freunde des großen russischen Volkes sind und sein wollen, vor dessen gewaltigen kulturellen und politischen Leistungen uns mit Respekt zu verneigen durchaus am Platze ist. Wir wissen, was Rußland der Welt gegeben hat. Wir werden niemals die großen Leistungen der russischen Künstler, der russischen Kultur und Literatur verkennen, so wenig, wie wir verkennen werden, welche gewaltigen heroischen Leistungen das russische Volk in seiner Revolution zustande gebracht hat.

Nur eins, Genossen und Genossinnen, können wir nicht und werden wir niemals tun. Niemals werden wir deutschen Sozialdemokraten darauf verzichten können, unseren eigenen Weg als den demokratischen zu gehen. (Beifall.) Unsere demokratische, freihheitliche Überzeugung ist uns ein unabdingbares Recht, und welche Schwierigkeiten auch immer in dieser, wenn ich so sagen darf, belagerten Festung uns bevorstehen, immer wird über dieser belagerten Festung die Fahne der Freiheit und die Fahne der Demokratie wehen.

Wir sind als deutsche Berliner Sozialdemokraten stolz darauf, daß wir uns nicht nur auf unsere Bewegung stützen können, sondern daß die überwältigende Masse der Berliner Bevölkerung diesen unseren Kampf um eine echte, ehrliche, dauernde internationale Verständigung richtig zu würdigen weiß, daß die Berliner Bevölkerung begriffen hat, daß Freundschaft zweiseitig sein muß, daß sie nicht nur einseitig gegeben werden kann.

Niemand kann es mehr bedauern als wir, daß eine einzige Partei das Privileg für sich in Anspruch nimmt, dadurch, daß sie ununterbrochen Unruhe schafft, ununterbrochen unseren Widerstandswillen zu spalten versucht, eine solche Stadt wie Berlin nicht zur Ruhe kommen lassen will. Seien Sie sich darüber im klaren, Genossen und Genossinnen, das, was wir in Berlin durchzuexerzieren haben, das werden wir in ganz Deutschland durchkämpfen müssen. Deutschland kann seinen Weg auf die Dauer weder in einer einseitigen Orientierung nach der einen noch nach der anderen Seite finden. Deutschland kann seinen Weg nur finden; wenn es als Freund aller benachbarten Mächte selbständig seinen eigenen friedlichen Weg geht, den friedlichen Weg nicht einer nationalistisch-chauvinistischen Gesinnung, sondern den friedlichen Weg einer nationalen Selbstachtung, ohne die es keine Achtung auch von außen geben kann.

Frellich, Genossen und Genossinnen, der Kampf, den wir dort zu führen haben um unsere verfassungsrechtliche Situation, der Kampf, den wir um unsere Freiheit und Selbständigkeit zu führen haben, muß gleichzeitig verbunden und verkoppelt werden mit dem Kampf um unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau. Eine Stadt, die nur mit einem einzigen Gleise nach allen Seiten verbunden ist — über ein Gleis hinüber fahren alle Züge von Potsdam über Magdeburg, das grausam zerstörte Magdeburg, in dem wir auch noch einmal wieder zu sprechen hoffen — nach Helmstedt, nach Hannover, in die britische, in die amerikanische, in die französische Zone hinein, über einen einzigen Gleisstrang kommen die notwendigen Güter, die wir von dort zu bekommen haben, die Lebensmittel, und über einen einzigen Strang geht das wenige, was wir heute in Berlin produzieren können.

Wir sind uns darüber im klaren, daß auch die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands unter technisch und ökonomisch ausreichenden Bedingungen, daß das Wiederingangbringen unseres Wirtschaftslebens eine elementare Voraussetzung dafür ist, daß wir Berliner leben können.

Über eins aber wollen Sie sich bitte, Genossinnen und Genossen, nicht im unklaren sein. Wir wissen, daß unser Kampf um Selbstbehauptung ein langer, ein andauernder, ein schwieriger ist. Wir werden uns in diesem Kampf niemals von der Richtschnur ablenken lassen, die wir uns gestellt haben, unabhängig von jedermann, selbständig als deutsche Demokraten zu kämpfen. Aber wir wissen auch, daß dieser Kampf lange dauert und daß er viel, viel Geduld erfordert, daß er insbesondere von unserer Bevölkerung in Berlin viel Geduld erfordert. Denn diese Bevölkerung durch diese Zeit hindurchzubringen, das ist ein Kunststück, schwieriger als die Kunststücke, die die meisten von Ihnen, die gewiß manche Nöte und Sorgen haben, im Westen aus eigener Erfahrung kennen. Wir haben nur die eine Bitte, die ich hier an Sie richte: Lassen Sie uns in unserem Kampf um den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Berlin nicht allein, und lassen Sie uns nicht im Stich. Jede Tonne Kohle, die Sie im Westen mehr fördern, jeder Eisenbahnzug, der im Westen mehr fährt, jede Lokomotive, die mehr repariert wird, jeder Güterzug, der mehr in Gang kommt, bedeutet auch für uns neues Blut in unseren Adern und bedeutet für uns neue Kraft und neue Zuversicht. Und wenn wir die Hoffnung haben können, daß es Ihnen im Westen gelingen wird, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, dann seien Sie sicher, daß wir alles tun werden, den Anschluß an Sie zu finden, aber den Anschluß an Sie zu finden mit dem Willen, den Anschluß nach dem Osten niemals aufzugeben und niemals zu verlieren.

Ohne Berlin ist die Ostzone nicht ein komplettes Deutschland. Ohne Berlin kann die Ostzone nicht mit hysterischem Propagandageschrei den freiheitlichen Willen des Westens überrennen. Aber mit Berlin würde diese Ostzone etwas Großes und Bedeutendes darstellen. Um so wichtiger ist es, daß dieses Berlin mit seiner freiheitlich-demokratisch-gesinnten Bevölkerung seiner Vermittlerrolle, seiner Rolle als Treuhänderin der deutschen Einheit, für alle Zeiten treu bleibt.

Gestatten Sie mir, daß ich als erster, der in dieser Diskussion hier das Wort ergreift, Ihnen diese eine Versicherung abgebe: Diese Stadt wird immer die treueste Hüterin der Einheit Deutschlands sein. Diese Stadt wird immer die treueste Hüterin einer wahren Demokratie sein. In dieser Bevölkerung lebt der Geist eines freiheit-

lichen, unabhängigen, lebendigen Selbstbehauptungswillens, und diesen Selbstbehauptungswillen, der in uns lebt, möchten wir nach allen Seiten übertragen, nach Ost und West, bis wir eines Tages alle wieder zusammen sind in der einheitlichen großen deutschen Sozialdemokratie und dann als regierende Partei auf einer neuen Grundlage Deutschland aufbauen können. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Wir danken dem Genossen *Reuter* vor allem für seine letzten Worte. Ich glaube, daß ich im Namen des ganzen Parteitages spreche, wenn ich gleichzeitig hier der Berliner Delegation erkläre, daß die ganze Sozialdemokratische Partei Deutschlands an der Seite der Berliner Sozialdemokratie in ihrem Kampf um die Demokratie und um die echte Selbstverwaltung in Groß-Berlin steht. (Beifall.)

Das Wort hat nun der Genosse *Reinhard*, Südbaden.

*Kurt Reinhard*, Südbaden: Genossinnen und Genossen! Die Sozialdemokratische Partei in Südbaden gehört noch nicht voll zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie ist als solche nicht genehmigt, fühlt sich aber trotzdem als ein Teil der Gesamtpartei. Allerdings müssen wir den Wunsch aussprechen, daß man von der Gesamtpartei aus ein viel größeres Verständnis für unseren entlegenen, fernen Winkel des Südwestens hat. Wir haben einen Wahlkampf hinter uns, der vielleicht im Verhältnis zu den Ergebnissen des Nordens gering sein mag. Für diejenigen aber, die einen Einblick in unsere Verhältnisse haben, haben wir einen größeren Erfolg errungen, ohne uns dessen rühmen zu wollen. Wir leben nämlich in der schweren politischen Lage, von dem Teil Badens durch die Zonengrenze getrennt zu sein, der durch seine stärker industriell aufgebaute Wirtschaft auch für die Partei ein besseres Fundament geboten hätte. Wenn wir eine Zunahme von 24 Prozent der Stimmen errungen haben, so bedeutet das, daß wir auch dort unter langsam unter diesen manchmal schwerblütigen Menschen, unter diesen Menschen, die in stärkstem Maße der CDU anhängen, ohne irgendwie politisch denken zu wollen, etwas erreicht haben. Aus diesem Grunde müssen wir die Partei bitten, bei ihren Ausschüssen, bei Zusammenkünften und immer, wenn irgendwie eine Sonderarbeit getätigt wird, nicht nur nach den rein arithmetischen Zahlenverhältnissen zu gehen. Wenn wir in Südbaden 10 000 Mitglieder haben, so bedeutet das unseres Erachtens ein Wesentliches mehr an politischer Arbeit, als es vielleicht in einer Großstadt oder in einem Industriegebiet der Fall sein würde.

Welter darf ich darauf hinweisen, daß wir sehr wohl eine wichtige Aufgabe übernehmen könnten, denn wir sollten nicht der vergessene Winkel sein, sondern wir sollten vor allen Dingen das Bindeglied zur Schweiz, die direkt unser Nachbar ist, und zu Frankreich sein. Wir haben es sehr bedauert, daß wir von den Verhandlungen, die dann das Ergebnis von Zürich mit sich brachten, nicht vorher genügend in Kenntnis gesetzt waren. Meines Erachtens hätten wir mit unseren Schweizer Genossen dieses oder jenes günstiger herausarbeiten können.

Als Glied der französischen Besatzungszone sind wir stärkstens daran interessiert, daß das Verhältnis zu Frankreich so gestaltet wird, daß aus der Erkenntnis, daß das künftige Europa nur dann gesund und richtig gestaltet werden kann, wenn man den großen Wall des Mißtrauens, der im französischen Volk vorhanden ist und auf Grund der geschichtlichen Ereignisse vorhanden sein muß — das verstehen wir —, Stein für Stein abbaut. Hier wollen gerade wir als Grenzland unsere beste und positivste Arbeit sehen, um Brücken über den Rhein zu schlagen, gerade mit Hilfe unserer sozialdemokratischen Partei. — Das ist die Erklärung, die ich im Namen der Partei Südbadens abzugeben habe.

Persönlich möchte ich nun noch einiges zu dem Thema des Genossen *Schumacher* hinzufügen. Wir haben uns gefreut, daß Genosse *Schumacher* erklärt hat, daß der Zweizonenwirtschaftsrat in seiner Arbeit so handeln wird, daß die bisher nicht in ihm vertretenen Zonen später einmal — wir hoffen sogar, recht bald — aufgefangen werden. Wir haben uns auch gefreut, daß ein gewisser Optimismus aus den Worten des Genossen *Schumacher* in bezug auf die Arbeit dieses Zweizonenwirtschaftsrates

sprach. Wir können aber nicht umhin, eine gewisse Skepsis verlauten zu lassen in einer Hinsicht. Es gibt in Deutschland vier Zonen, aber nur eine Währung. Nun, Gott sei Dank! Da aber die Mitglieder des Zweizonenrates die Kontrolle über den Gesamtnotenumlauf in Deutschland nicht haben, besteht meines Erachtens wieder die Gefahr, daß der deutsche Arbeiter in dem Gebiet der zwei Zonen sich bemüht, endlich Werte zu schaffen, diese positiven Werte aber durch einen nicht kontrollierten Notenumlauf in einem verstärkten Maße dem Interzonen-Schwarzhandel zufließen könnten.

Ein weiterer Punkt: Es wurde als Ziel unserer Politik herausgestellt, daß es gilt, die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir in immer stärkerem Maße unser Interesse auf die Kultur- und besonders die Schulpolitik werfen. In viel zu geringem Maße sind wir da, wo wir in den Regierungen und in den Ministerien vertreten sind, für das Kultusministerium interessiert. Noch immer ist in Deutschland das höchste Ideal des Normallehrers das Reserveleutnantsideal. Wenn unsere Lehrer nun aber nicht endlich lernen, die Jugend zur Persönlichkeit zu erziehen; die Jugend dahin zu erziehen, daß sie im Staat das wesentliche Element sieht, aus dem heraus wir alle und auch sie für die Zukunft lebt, dann werden wir nicht die Menge der Menschen schaffen, die wir für unsere wichtige politische Arbeit und für die Durchsetzung unserer Ziele brauchen.

Als letzten Punkt noch das eine: Wir sind völlig der Meinung, daß die Anklagen, die der Genosse Schumacher gegen die Kommunistische Partei gerichtet hat, richtig sind. Sie sind unserer Auffassung nach aber nur ein Teil dessen, was wir tun müssen. Wir sind uns doch darüber klar, daß wir einen gewissen Kader der kommunistischen Organisation niemals werden überzeugen können. Deshalb müssen wir noch zusätzlich zu einer anderen Form der Arbeit kommen. Es heißt sehr oft in den Kreisen der Partei, die kommunistischen Funktionäre sind aktiver. Genossen, das stimmt nicht. Es gibt keinen fleißigeren und treueren Menschen als den sozialdemokratischen Funktionär. (Beifall.) Aber eines muß gesagt werden. In einem unterscheidet er sich von dem kommunistischen Funktionär. Er arbeitet draußen in der Stadt, auf dem Lande oder wo es auch sei in stärkstem Maße isoliert. In unserer Parteispitzenorganisation fehlen leider immer noch die führenden Kopfstellen, die es sich zur Aufgabe machen, aus allen Gebieten der Wissenschaft, nicht nur der Wirtschaft, sondern der Wissenschaft, der Kultur, der Religion heraus das auszuarbeiten, was der kleine Funktionär für seinen politischen Kampf braucht, um wirklich tatkräftig weiterzuarbeiten und das Gefühl der Isolierung zu verlieren. Gerade der Punkt der Religion bedarf heute unserer stärksten Beachtung. Ich darf daran erinnern, daß der holländische Genosse sagte, wir müßten den Rahmen unserer Parteilarbeit wesentlich erweitern, um alle die Schichten des Volkes, die zu uns gehören, aber aus Glaubensgründen oder, wenn ich die Frage der Landwirtschaft ergreife, aus Berufsgründen sich noch nicht durch uns vertreten fühlen, heranzuziehen. Aus diesem Grunde richte ich an den Parteivorstand und an die Gesamtpartei die Bitte, keine Mühe und keine Mittel zu sparen, um die Institutionen zu schaffen, die es uns ermöglichen, den kleinen Funktionär und den letzten Parteigenossen so durchzubilden, daß er ein Vorkämpfer für eine wesentlich stärkere Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird. (Beifall.)

Willi Eichler, Köln: Genossinnen und Genossen! Auch ich glaube, daß die Kulturpolitik im Rahmen unserer gesamten Parteipolitik, auch im Rahmen unserer gesamten Diskussion, bisher erheblich zu kurz gekommen ist (sehr richtig!), und zwar glaube ich nicht, daß die Vorwürfe stimmen, die gelegentlich bei einer Kritik des Mißverhältnisses etwa zwischen Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik der Länder auftauchten, und die besagen, daß die Partei gewillt wäre, wirtschaftliche Vorteile gegen kulturelle Nachteile einzutauschen. Mir scheint, ein solcher Versuch wäre katastrophal, weil eine solche Trennung, die einem zwar wirtschaftliche Vorteile, dafür aber eine geistige Umnachtung bringen soll, zu nichts führen kann. Die Schulpolitik unserer Partei, die dank der Aufteilung Deutschlands in die verschie-

denen Zonen schon ohnehin uneinheitlich ist, muß trotzdem auf einen einheitlichen Nenner zu bringen versucht werden, auch wenn für die einzelnen Länder gewisse Abweichungen von dieser Linie unvermeidlich sein sollten. (Beifall.)

Die Schule ist selbstverständlich nicht nur eine Institution, die für die Sechsbis Vierzehnjährigen wichtig ist. Denn was dort auf der Schule erzo-gen wird, ist ja später das, woraus die Sozialdemokratische Partei ihre eigenen nachfolgenden Funktionäre und Mitglieder zu ziehen hat. Und es ist klar, daß eine Schule, die das deutsche Volk schon in ihren Grundlagen spaltet, und zwar nicht nach den Prinzipien spaltet, die man mit wissenschaftlichen Methoden erörtern und diskutieren könnte, die politische Spaltung der deutschen Bevölkerung noch viel mehr vertiefen würde, als es heute schon der Fall ist. Mir scheint deshalb, daß sich die Partei über die Fragen der Konfessionsschule und der Gemeinschaftsschule zu einem entschlosseneren Schritt bereithalten müßte. (Beifall.) Dafür ist auch nötig, in der Öffentlichkeit die vielen Mißverständnisse aufzuklären, die darüber bestehen, was die Sozialdemokraten sich unter Gemeinschaftsschule vorstellen. Die CDU hat in der schönen Gegend, woher ich komme, geflissentlich die Meinung verbreitet, die Gemeinschaftsschule sei bekanntlich die alte Nazischule; da die Sozialdemokraten daran festhalten, sähe man eben den gemeinsamen materialistischen Untergrund dieser beiden Parteien. Dank des Mangels an Aufklärung, dem das deutsche Volk in den letzten 14 Jahren unterworfen war, gibt es viele Leute, die das glauben. Die Sozialdemokratische Partei muß zu diesem Punkt klar und eindeutig und ausführlich Stellung nehmen.

Aber die Kulturpolitik erstreckt sich nicht nur auf die Schule, obwohl in der Schule selber, wie ich bereits sagte, manche Rückschläge zu verzeichnen sind, da es ja Länder gibt, die in diesem Augenblick für die Reform ihres Schulprogramms nichts Wichtigeres zu diskutieren haben als die Wiedereinführung der Prügelstrafe. Nachdem also für Erwachsene die Prügelstrafe aus dem Dritten Reich abgeschafft worden ist, wird sie wenigstens für die Kinder wiederhergestellt, offenbar damit uns wenigstens etwas aus den alten Zeiten erhalten bleibt.

Die Kulturpolitik unserer Partei müßte sich auch — dafür sind sehr bedeutsame Ansätze gemacht worden — in einer Bücherproduktion zeigen, die dem sozialdemokratischen Funktionär nicht etwa Evangelien unterbreitet, die er auswendig zu lernen hat, sondern die ihm gute Bücher liefert, aus denen er im Laufe der Zeit auch ohne ausgesprochene Schulungskurse sich in das sozialistische Gedanken-gut in weitestem Sinne einarbeiten kann. Die sozialistischen Verleger sind ja bereits zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, und es ist also, wie ich glaube, ein guter Schritt auf diesem Wege getan worden.

Unsere Partei muß sich auch um den Rundfunk kümmern, und zwar nicht nur um die Leute, die dort etwas zu sagen haben, sondern vor allen Dingen um die ganze Art der Gestaltung des Programms. Die Mitarbeit am Rundfunk ist mindestens so wichtig wie die Mitarbeit in sehr vielen anderen Institutionen. Denn den Rundfunk hören viele Leute, die sich sonst nie etwas von der Sozialdemokratischen Partei anhören würden. Da scheint es mir eine große Aufgabe, begabte Genossen zu ermutigen, sich dieser Aufgabe zu widmen.

Schließlich eine andere Frage der Kulturpolitik unserer Partei. Es handelt sich bei der Kulturpolitik im weiteren Sinne auch um eine Neuformung und Neuschaffung der geistigen Grundlagen unserer Partei. Wir haben bisher gehört und hören auch immer wieder, daß die Stellung zur Religion, die Stellung zur Ethik, die Stellung zum Materialismus und zu sehr vielen anderen Themen einmal einer Prüfung unterzogen werden müßte. Genossen, das kann nicht die Aufgabe einer bloßen Programmkommission sein, die sich etwa den Kopf um Formulierungen zu zerbrechen hätte. Das muß die Aufgabe einer Studienkommission sein, die sich hier einer sehr harten Arbeit unterzieht, die Ansichten, die hier zur Debatte stehen, wirklich zu studieren und zu kritisieren und ein gemeinsames Ergebnis geistigen Ringens zu erarbeiten, das dann der Sozialdemokratischen Partei als ein festes geistiges Fundament zur Annahme unterbreitet werden könnte.

Der zweite Punkt, über den ich reden wollte, war die Entnazifizierung. Mir

scheint, wir sind mit diesem politischen Instrument in eine Krise eingetreten. Nicht nur, daß wir sagen könnten, die Entnazifizierung ist nicht hinreichend scharf durchgeführt worden, aber wir können und müssen sogar sagen, daß sie an manchen Stellen bereits beginnt, sich ins Gegenteil dessen zu verkehren, was eigentlich damit beabsichtigt war. Wir alle kennen die vielen Schwierigkeiten bei der Zusammensetzung der Richter der Spruchkammern, und wir wissen, wie schwer es ist, aus dieser ganzen Arbeit persönliche Intrigen, Korruption usw. herauszuhalten. Hinzu kommt die Schwierigkeit, daß ein Teil der eigentlichen Nazis gar nicht Mitglied der NSDAP gewesen ist. Alle diese Schwierigkeiten sind, glaube ich, mit die Ursache für den Zustand, den wir heute sehen: daß eigentlich der nazistische Geist keineswegs aus den deutschen Institutionen — vom deutschen Volk gar nicht zu reden — verschwunden ist. Eines der krassesten Beispiele, das ich in letzter Zeit erlebt habe, war der Nordwestdeutsche Rundfunk in Hamburg. Dort wurden plötzlich fünf oder sechs der führenden Leute als alte aktive Nazis entlarvt, die da reingekommen waren, weil sie ihren Fragebogen gefälscht hatten. Nun, Genossen, selbstverständlich kann jemand einen Fragebogen fälschen. Aber es handelte sich bei einem Teil dieser Leute um Menschen, die so in der nazistischen Bewegung gestanden hatten, daß es auch ohne Fragebogen möglich gewesen wäre, in Zusammenarbeit mit deutschen Antifaschisten herauszubringen, um wen es sich bei diesen Vögeln dort handelte. (Sehr richtig!) Nachdem nun diese Leute entlassen worden sind, hat es Mr. Green, der Leiter des Nordwestdeutschen Rundfunks, für nötig gehalten zu erklären, das deutsche Volk sollte sich darüber nicht so aufregen, denn die Leute mögen ja, da sie Fragebogen gefälscht haben, von moralisch minderwertiger Qualität sein, aber alles in allem gesehen hätten sie doch gute Arbeit geleistet. (Hört, Hört!) Genossen, das ist die Frage: Gute Arbeit wofür? Gute Arbeit haben sie wahrscheinlich geleistet, aber nicht für die demokratische Aufklärung Deutschlands, und das war ja unserer Meinung nach der Sinn des Rundfunks.

Eine Frage zum Nachwuchs. Wir brauchen auf alle Fälle eine Schulung des Nachwuchses und zwar eine intensive Schulung, die sich nicht mit 14 tägiger Teilnahme an bestimmten Parteilkursen begnügen kann, so notwendig diese Kurse auch sind. Ich glaube, es ist für diese Arbeit wichtig, daß wir einmal überlegen, ob nicht zur Schulung ältere Funktionäre jeweils jüngere Genossen, von denen man annimmt, daß sie bildungsfähig und politisch aktiv und interessiert sind, als eine Art von Sekretär oder Assistenten zur Verfügung gestellt bekommen, die mit ihnen eine ganze Weile, etwa ein Jahr lang, die Arbeit machen, und die auf diese Weise wirklich in die Arbeit hineinwachsen und dann im Laufe relativ kurzer Zeit selbst die Posten übernehmen können, zu denen sie vorläufig nur als Assistenten zugezogen worden sind.

Zum Schluß ein Wort zu der Frage der amerikanischen Hilfsaktion. Ich glaube, wir alle können vollkommen damit einverstanden sein, wie Kurt Schmacher die Behandlung des amerikanischen Hilfsangebotes hier in die richtige Balance gebracht hat, indem er sowohl davor warnte, es als eine bloße Aktion des amerikanischen Dollarimperialismus anzusehen, als auch davor, mit beiden Beinen und Füßen und vielleicht auch mit dem Kopf besinnungslos zu sagen, daran sei überhaupt nichts auszusetzen. Ich bin damit vollkommen einverstanden und möchte, wenn nötig, eine einzige zusätzliche Bemerkung dazu machen.

Das amerikanische Hilfsangebot ist, glaube ich, das einzige, das im Augenblick sowohl greifbar als auch annehmbar ist. Aber es kann auf die Dauer — ohne Rücksicht auf die Absichten, die hinter diesem Angebot stehen — für Europa nur ein Segen werden, wenn Europa gleichzeitig auch sich auf dem Wege zum Sozialismus befindet. Für diesen Punkt der Behandlung des Problems können wir es, scheint mir, als einen besonders glücklichen Umstand betrachten, daß wir auf diesem Parteitag so viele Vertreter des internationalen Sozialismus gehabt haben (Glocke), die nicht nur ihre Solidarität mit der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch mit dem internationalen Sozialismus zum Ausdruck gebracht haben. Es gibt keinen Sozialismus in einem einzigen Lande allein, und es ist auch nicht nur so,

daß die Welt Deutschland braucht, sondern auch Deutschland braucht die Welt. Aus dieser internationalen Verflechtung und Solidarität erwächst erst die eigentliche tragende Grundlage des internationalen Sozialismus, für den wir durch die Anwesenheit seiner Vertreter hier ein so glänzendes Zeugnis erlebt haben. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossinnen und Genossen! Eine Bemerkung möchte ich zunächst machen: Das Thema des Vortrags von *Dr. Kurt Schumacher* hieß „Deutschland und Europa“. (Sehr richtig!) Ich möchte die folgenden Diskussionsredner bitten, zu den durch das Referat allgemein aufgeworfenen politischen Problemen Stellung zu nehmen und nicht so sehr in Einzelheiten zu gehen, die bei anderen Punkten der Tagesordnung noch behandelt werden. Ich nehme an, daß damit die verschiedenen Wünsche auf Wortmeldungen zur Geschäftsordnung erledigt sind. — Es spricht dann der Genosse *Werner Jakobi*. Ihm folgt der Genosse *Gustav Klingelhöfer*, Berlin.

*Werner Jakobi*, Dortmund: Genossinnen und Genossen! Ich werde zum Thema sprechen. Als wir heute morgen in diese Kongreßhalle kamen, fanden wir auf dem Tisch die heutige Ausgabe der „Neuen Zeitung“ in München und in dieser Ausgabe einen Artikel, überschrieben „Entpolitisierung der Industrie“, mit einem Hinweis auf einen Aufsatz des Chefredakteurs des „Tagesspiegel“ in Berlin, *Erik Reger*. Und was er verlangt, ist, daß bei einer Neuordnung der deutschen Industrie eine Entpolitisierung stattfindet; daß es denjenigen, die als Industrielle oder in leitenden Stellungen in der Industrie in Zukunft arbeiten, untersagt werden soll, ein politisches Bekenntnis abzugeben oder sich politisch zu betätigen (hört!, hört!), daß untersucht werden soll, ob von diesen Leuten Zuwendungen an politische Parteien erfolgen und daß die betreffenden Personen kein passives Wahlrecht haben sollen.

Genossinnen und Genossen! So fing es schon einmal an. Lange vor 1933 hat der spätere Kronjurist des Regimes, der Staatsrechtler *Carl Schmidt*, die Ausschöpfung der Verfassungsprinzipien von Weimar mit der scheinheiligen Begründung eingeleitet, es gelte, den Staat vor der Kraftlosigkeit zu bewahren und zu verhindern, daß er zum Spielball parteipolitischer Leidenschaften gemacht werde. Kurz darauf war dieser um das Wohl der Weimarer Republik so besorgte Staatsrechtler, dieser Mann, der sich so scheinheilig zum Apologeten einer Demokratie machte, der Vertreter der Paperleute vor dem Staatsgerichtshof, und nach 1933 war er der führende Berater auf dem Gebiete des Verfassungsrechts für das Naziregime. Wenn er heute auch schweigt und wenn heute seine Forderungen, die damals dahin lauteten, den neutralen Mächten im Staat einen entsprechenden Platz einzuräumen, nicht mehr von ihm erhoben werden können, so gibt es doch eine Reihe von Leuten, die gerade jetzt bei den Besprechungen über die Neuordnung Deutschlands, der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates ähnliche Ideen zum Ausdruck bringen.

Wir müssen vor derartigen Konzeptionen warnen. Wir wissen, daß wir auch Anlaß haben, den Besatzungsmächten gegenüber unserer Besorgnis Ausdruck zu geben darüber, daß sie hier und da den Versuch machen, das Beamtentum von einer politischen Stellungnahme freizuhalten. Wir wissen ganz genau, daß eines der Fundamente eines commendenden demokratischen Staates die Verwaltung ist. In dem Maße, wie diese Verwaltung entpolitisiert, neutralisiert ist, ist sie ein Störungsfaktor und ein ständiger Gefahrenherd für eine wirkliche Demokratie.

Es sind hier Worte der Hoffnung und Worte der Besorgnis ausgesprochen worden, Worte der Hoffnung in bezug auf die Neuentwicklung der Wirtschaft und in bezug auf den neugebildeten Wirtschaftsrat. Solche Bemerkungen und Pläne, wie sie von *Erik Reger* vertreten werden, sind von uns mit allem Argwohn bei unserer Betrachtung der Dinge zu beachten. Das ist keine Freundschaft einer neuen Demokratie gegenüber; das ist die politische Ausdrucksform der Heckenschützen der Demokratie. (Sehr richtig!) Wir haben uns vor solchen Tendenzen in acht zu nehmen, und wir haben alles daran zu setzen, auch die Besatzungsmächte davor zu warnen, daß sie derartigen Plänen ihr Ohr leihen. Wer die Entpolitisierung der Verwaltung und der Wirtschaft wünscht, erschwert den politischen Parteien die Arbeits-

und Kontrollmöglichkeiten. Neutralisierung bedeutet Renazifizierung, bedeutet mindestens, daß Verwaltungen und Wirtschaft auf lange Zeit hinaus ein Hort der getarnten Reaktion bleiben oder werden. Wir sollten unsere Stimme erheben und sollten Wert darauf legen, herauszustellen, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht gewillt ist, ihre Kontrollfunktion aufzugeben, auch nicht gegenüber einer neugeordneten Verwaltung oder Wirtschaft. Wir sollten die Besatzungsmächte warnen und sollten die Deutschen warnen, die solche Pläne hegen. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Republik von Weimar nicht zuletzt daran gescheitert ist, daß ihre Beamenschaft und ihre Verwaltung sich unpolitisch gerierte und nicht den Mut hatte, ein Bekenntnis abzulegen. Dieses Bekenntnis muß aber der neue demokratische Staat von seinen Beamten verlangen, und eine völlig klare Erkenntnis der politischen Stellung der in der Wirtschaft in Zukunft tätigen Funktionäre ist ebenfalls ein Gebot der Klugheit und die Voraussetzung für eine wirklich sich entwickelnde Wirtschaftsdemokratie. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Das Wort hat der Genosse *Gustav Klingelhöfer*, ihm folgt der Genosse *Kubel*, Braunschweig.

*Gustav Klingelhöfer*, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich will nur zwei Dinge sagen. Ich habe mit großer Freude die Grüße des Genossen *Sander* aus London und von unseren anderen Freunden, unseren sozialdemokratischen Genossen im Auslande, gehört. Ich will dazu eine Bemerkung machen. Die Aufgabe, die die Sozialdemokratie in Deutschland zu lösen hat, ist eine Aufgabe für Jahrzehnte. Wir wissen, daß wir in Deutschland an einem Not leiden, und das sind Köpfe, die mit aufbauen helfen. Wir wissen, wir haben in Deutschland zwölf Jahre lang in einer geistigen Quarantäne gelebt. Wir brauchen die Genossen, die im Auslande sind, die das Glück hatten, von dieser geistigen Quarantäne befreit zu sein. Wir können auf sie nicht verzichten. Wir haben keinen Nachwuchs. Die Jungen, die draußen geblieben sind, sind teilweise noch jünger als die, die hier sind. Wir brauchen sie. Wir brauchen sie auch, weil sie jünger sind als wir, die wir hier drüben geblieben sind. Ich denke, wir wollen die Erfahrungen, die unsere Genossen im Auslande gesammelt haben, hier verwenden. Ich denke, wir wollen die Kraft, die im Auslande ist, hier nützen. Ich richte an die Genossen im Auslande den dringenden Wunsch, die dringende Bitte, sie sollen sich entschließen, zu uns zu kommen; denn wir brauchen sie. Ich weiß, daß unsere Genossen im Auslande uns große Dienste geleistet haben. Ich weiß, daß sie notwendig waren als der Sauerteig, der die Stimmung, wie Genosse *Stampfer* uns gezeigt hat, in Amerika weitgehend zu beeinflussen vermochte, auch zugunsten desjenigen Deutschland, das dem Hitlerismus widerstanden hat. Aber wir können nicht darauf verzichten; die Genossen von draußen sollen kommen, wir brauchen sie, wir brauchen sie hier zur Mitarbeit und zum Aufbau.

Das zweite, was ich sagen will, ist, daß mir — und Euch allen — die Wintersnot, die nun kommt, außerordentlich große Sorgen macht und daß sie die Sorge ist, die diesen ganzen Parteitag beherrscht. Diese Sorge muß in diesen Monaten, bevor der Winter kommt, in weitvorausschauender Weise behoben werden können. Die großen Probleme der Welt, die zwischen Moskau und London zu lösen sind, werden auch auf der Pariser Konferenz nicht gelöst werden. Die Pariser Konferenz kann die Möglichkeit geben, die Vorbereitung für London zu schaffen. Sie kann die Möglichkeit geben, die Dinge abzusprechen und London zu einem guten Start zu verhelfen. Aber was in Paris jetzt besprochen wird, ein langfristiges Wiederaufbauprogramm für Europa, wird in diesen Monaten nicht gelöst werden. Was wir aber brauchen, ist, daß man sich in Paris den Kopf darüber zerbricht, wie ein kurzfristiges Programm für Deutschland gemacht werden kann. Dieses kurzfristige Programm ist das einzige, was wir in Deutschland brauchen, und es ist genau so eine Frage der Welt und der großen Mächte, wie das langfristige Programm eine Frage für Europa und die Welt ist.

Wir können nichts dazu tun, daß die Geldreform durchgeführt wird. Wäre die



Geldreform durchgeführt worden, wäre das Geld in Deutschland selten geworden, dann hätten wir mehr Ware in Deutschland, dann wäre die Ware herausgekommen, die heute gehortet wird, und dann wäre die Produktion in Gang gekommen. Wir können nichts dazu tun und konnten nichts dazu tun.

Wir konnten auch bisher nichts dazu tun und können nichts dazu tun, daß die Demontagen aufhören. Sie haben nicht aufgehört. Es wäre notwendig gewesen. Aber auch diese Frage ist eines der großen Probleme, die wir nicht von uns aus lösen können. Wir können von uns aus nur die Forderung aufstellen, wie sie Kurt Schumacher aufgestellt hat.

Die Frage der Reparationen ist ein ebenso großes Problem. Wir wissen, daß von der Frage Reparationen alles in Deutschland abhängt. Wir wissen, daß das Fallen der Zonengrenzen eine Frage der Reparationen ist. Und wir wissen auch, daß wir berechtigt wären, zu sagen: Vorerst Schluß mit den Reparationen, denn Deutschland hat genug geleistet. Ich stelle hier nur fest, was ich in Berlin schon einmal festgestellt habe — die wenigsten wissen es: Im Jahre 1945 und 1946 wurden an Demontagen allein in Berlin und in der Ostzone Werte von mindestens fünf Milliarden Mark — diese Ziffern sind belegt — nach dem Osten abgeführt. An Reparationen aus laufender Produktion wurden allein im Jahre 1946, also in einem Jahr,  $4\frac{1}{2}$  Milliarden Mark aus einer Zone geleistet. Das sind rund zehn Milliarden Mark, und zwar gute Goldmark unter Brüdern. Denn alles ist zu Preisen vom Jahre 1944 gerechnet. Diese zehn Milliarden sind 40 Prozent jener zehn Milliarden Dollar Reparation, die in Anspruch genommen werden soll, den Dollar zu 2,50 RM gerechnet. Diese 40 Prozent der gesamten deutschen Reparationen, die vom Osten in Anspruch genommen werden, sind in einem Jahr als Reparationen, in zwei Jahren als Demontagen allein aus einer Zone geleistet worden. Wir hätten das Recht zu sagen: Jetzt Schluß mit den Reparationen, bis die Reparaturen durchgeführt worden sind, damit das deutsche Volk am Leben bleiben kann! Aber auch das ist eine Frage, die wir jetzt im Augenblick nicht lösen können. Wir können nur unsere Forderung anmelden.

Anders aber ist es mit einer Frage, die uns unmittelbar auf den Nägeln brennt, und das ist die Frage der Not im kommenden Winter. Wir haben nicht die Möglichkeit, nachdem in Moskau internationale Verträge, die geheiligt sind, wie es heißt, über den Export von deutscher Kohle geschlossen worden sind, über diese Verträge zu sprechen. Es soll und darf nicht darüber gesprochen werden, was berechtigt wäre, daß wir ein Kohlenexportmoratorium, daß wir auch ein Holzexportmoratorium bekommen müßten. Das wäre notwendig, und es wäre berechtigt, diese Forderung zu stellen.

Wir wissen aber auch, daß uns die Verkehrsfrage eine noch viel größere Sorge als die Förderungsfrage bereitet. Wir wissen, daß 60 000 Waggons aus dem besetzten Deutschland verschwunden sind und daß einige tausend Lokomotiven verschwunden sind. Infolgedessen wird der Verkehrsengpaß so empfindlich und gewaltig werden, daß wir aus diesem Grunde die allergrößten Befürchtungen für den kommenden Winter haben müssen. Wenn wir das aber wissen, dann soll an Paris die Forderung gestellt werden, daß man sich überlegen muß, ob nicht von den 60 000 Waggons, die verschwunden sind, durch Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten und Ländern wenigstens 20 000 Waggons wieder zur Verfügung gestellt werden, um Transporte durchführen zu können. Und es soll die Frage überlegt werden, ob, wenn dieser Weg nicht gegangen werden kann, uns auf irgendeinem anderen Wege — und sei es leihweise — 20 000 Waggons in der kürzesten Frist zur Verfügung gestellt werden. Dasselbe gilt für die Lokomotiven. Genau so, wie wir ohne die 20 000 Waggons in diesem Winter vor die Hunde gehen werden, brauchen wir auch die 2000 Lokomotiven. Es soll in Paris überlegt werden, ob nicht die Möglichkeit besteht, entweder durch Zusammenwirken der Staaten oder leihweise uns außer den Waggons wenigstens 2000 Lokomotiven zur Verfügung zu stellen, damit wir die notwendigen Transporte durchführen können.

Und endlich: Die Kohlenförderung soll gesteigert werden. Jawohl! Diese Kohlenförderung könnte wirksam gesteigert werden, wenn uns die Geräte und

Maschinen zur Verfügung ständen, die wir unterirdisch bei der Kohle brauchen. Es wäre möglich, uns auch diese Geräte und Maschinen zur Verfügung zu stellen, und sei es wiederum leihweise. Wir hätten vieles in der Hand, wenn man sich in Paris bewußt wäre, daß für Deutschland und Europa zunächst ein kurzfristiges Notprogramm erforderlich ist.

Wenn ich hier durch die Stadt gehe, so sehe ich, daß in erster Linie die Kirchen wieder errichtet werden. Ich betone das nicht, weil es sich um Kirchen handelt, sondern weil das Brot doch noch wichtiger ist als das Seelenheil. Denn ohne daß die Menschen leben, können sie sich um ihr Seelenheil nicht kümmern. Ich sehe hier auch, daß ein Woolworth-Gebäude wieder errichtet wird, von dem nur die äußere Fassade steht. Wenn ich dies alles sehe, so frage ich mich, ob man sich denn bewußt ist, daß die Erhaltung des menschlichen Lebens in seiner nackten Existenz doch vordringlicher ist. (Beifall.)

Wir dürfen hier an die Alliierten auch offiziell den Wunsch aussprechen: Wenn heute in diesem besetzten Deutschland überall, wo Sie hinschauen, Tausende und Hunderttausende von Zentnern Zement zur Errichtung von neuen Flugplätzen verwendet werden, dann soll man diese Flugplatzbauten zunächst zurückstellen, bis der lebensnotwendige Wohnungsbedarf gesichert ist.

Wie mit den Baumaterialien, so ist es auch mit den Textilien und anderen Dingen. Wenn der Mensch nicht seine Stube heizen und sein Essen kochen kann, wenn der Mensch nicht seine Blöße bedecken kann, wenn der Mensch nicht die notwendigste Nahrung hat und sich nicht bekleiden kann, dann nützen alle Appelle nichts, dann nützt auch die Demokratie nichts. Denn der leere Magen macht keine Philosophie.

Also ich glaube, wir dürfen und müssen gerade diesen Parteitag als Forum benutzen, um der Welt zu sagen: Es muß in kürzester Frist ein Programm für Deutschland gemacht werden. An uns fehlt es nicht. Wir wollen arbeiten und warten nur auf die Gelegenheit, arbeiten zu können. Aber es ist ja ein entsetzliches Erlebnis, wenn man hierher fährt und im Lande umherfährt, daß man kaum einen Güterzug unterwegs sieht. Der Kontrollrat regiert in Deutschland. Ich greife den Kontrollrat nicht an. Aber wenn ich zwei Jahre sehe, in denen er regiert hat, und das Ergebnis ist, daß dieses Land, das arbeiten will, nicht zum Arbeiten kommt, dann glaube ich: würde ein Parlament diesem Kontrollrat eine Zensur zu geben haben, so würde es ihm keine gute Zensur geben. Wir brauchen in Deutschland Tätigkeit und Arbeit, die es uns ermöglicht, wieder hochzukommen. Es ist so, daß die Welt auch auf Paris schaut, und die Welt wird auch Paris eine Zensur geben. Wenn wir von hier aus die Wünsche nach Paris geben und die Welt darauf achtet mit der Wirkung, daß die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau der Lebensgrundlagen des deutschen Volkes geschaffen werden, und wenn Paris danach handelt, dann wird sich Paris auf eine Zensur freuen können, die auch der ganzen Welt nützt. (Beifall.)

Vorsitzender Ollenhauer: Das Wort hat der Genosse Kubel, Braunschweig. Ihm folgt der Genosse Karl Albrecht, Schleswig-Holstein.

Alfred Kubel, Braunschweig: Genossinnen und Genossen! Ich habe mich auf ein ähnliches Thema vorbereitet, wie es der Genosse Klingelhöfer eben behandelt hat. Auch ich habe mir den Satz aus der Rede des Genossen Schumacher notiert, wo er sagte, ein nächster Winter ohne Verbesserung der Ernährung und ohne Sicherung des Hausbrandes ist eine Unmöglichkeit. Ich möchte ganz klar feststellen, daß eine Sicherung des Hausbrandes, die praktisch nur von der Kohlenseite kommen kann, ebenso praktisch nicht erreicht werden wird. Für eine solche Sicherung müßten wir in günstigenfalls fünf Monaten die Produktion von etwa einem Monat dem Hausbrande zur Verfügung stellen können, wenn ich Steinkohlenproduktion und Braunkohlenproduktion zusammenrechne. Hierzu wäre eine ganz wesentliche Senkung des Kohlenexportprogramms erforderlich. Wir wissen, daß wir mittelbar und unmittelbar etwa eine Million Tonnen Kohle pro Monat expor-

tieren. Wir exportieren täglich 3,5 Millionen Kilowattstunden, die ich dabei mit berücksichtigt habe. Wir sollen uns keinen Illusionen darüber hingeben, daß in der allernächsten Zeit eine wesentliche Senkung dieses Exports sehr unwahrscheinlich ist.

So sehr es nun an und für sich selbstverständlich ist, daß Menschenleben über die Erhaltung einer industriellen Kapazität zu stellen sind, ebenso sicher ist, daß eine nennenswerte Einschränkung der noch bestehenden Kapazität zugunsten der Hausbrandversorgung nicht mehr möglich ist. Wir sollten das als Sozialisten und als Wirtschaftler vollkommen nüchtern sehen. Die Stromversorgung — die gehört schließlich dazu — ist wenigstens in der britischen Zone derartig katastrophal, daß die wichtigsten Betriebe praktisch nur noch mit Notstrom arbeiten, und zwar seit acht Tagen. Eine Besserung ist in der nächsten Zeit, wenigstens im Monat Juli, nicht zu erwarten. Wir haben im Lande Niedersachsen eine Leistung von 210 bis 220 Megawatt zur Verfügung. Ich weiß noch nicht, wie wir den in der nächsten Zeit anfallenden Bedarf zum Ausbruch der Ernte sichern sollen. Der Strombedarf hierfür beträgt — und bitte, vergleichen Sie die Zahlen — 40 bis 50 Megawatt.

Ich erinnere weiter daran, daß ein großer Teil der deutschen Industrie zwar die Kohle aus deutschen Kontingenten bekommt, aber ihre Produktion gegen befehlsgemäße Aufträge an die Besatzungsmächte liefert. Ich erinnere daran, daß der weitaus größte Teil der deutschen Zementproduktion oder vielmehr die ganze Zementproduktion aus deutschen Kohlenkontingenten dotiert wird, aber der größte Teil der Produktion geht an die Besatzungsmächte. Ich darf hierbei bemerken, daß ich ein solches Verfahren für überaus unfair halte. Aber diese Aufträge und diese Kapazitäten der Industrie werden wir wahrscheinlich in hinreichend kurzer Zeit nicht drosseln können, um die Katastrophe des Winters zu vermeiden.

Ich möchte das mit allem Ernst feststellen und möchte bitten, diese Feststellung weder als eine dramatische Übertreibung gegenüber den Delegierten oder unseren ausländischen Genossen oder der Weltöffentlichkeit, vor der dieser Kongreß stattfindet, zu betrachten, sondern als eine einfache nüchterne Feststellung dessen, was wir zu erwarten haben. Ich möchte wohl sagen, daß wir nach den Erfahrungen glücklich sein können, daß Menschenhand auf die Witterungsverhältnisse keinen Einfluß hat. Denn nur eine günstigere Entwicklung der Witterung mag uns, die wir schlechter vorbereitet in den kommenden Winter hineingehen müssen, als wir in den vergangenen Winter gegangen sind, vor dem Entsetzlichen bewahren. Wenn ich das ausspreche, muß ich eine gewisse Scheu überwinden, nämlich eine Scheu, davor eine Panikstimmung zu erzeugen. Denn Panikstimmung hindert uns bereits heute daran, das Mögliche in vernünftiger Form durchzuführen. Ich bitte ganz besonders die Presse, das bei ihren Berichten zu beachten. Wenn wir aber als Sozialisten daran gehen wollen, die Verhältnisse zu ändern, dann ist zunächst nötig, daß wir völlig klar sehen, wie sie sind. Das müssen wir völlig nüchtern betrachten.

Wenn Genosse Schumacher sagt, ein zweiter so schlecht vorbereiteter Winter ist eine Unmöglichkeit, so müssen wir dabei in der Tat von einer anderen Unmöglichkeit sprechen. Es scheint uns wieder einmal unfaßbar, daß es in einer gesitteten Menschheit möglich sein soll, wieder Tausende hungern und ein paar hundert Menschen erfrieren zu lassen. Es erscheint uns unfaßbar, daß die Welt zwar imstande ist, unerhörte Opfer im Kriege zu bringen, daß es aber unendlich schwer ist, sie zu geringeren Opfern für die Rettung von Menschenleben im nächsten Winter zu bringen. Mißverstehen Sie mich bitte nicht, Genossen. Ich sage: die Welt. Dazu gehören auch wir Deutschen. Wir haben allgemein wenig Veranlassung, uns darüber zu beklagen, daß in der Welt zwischen den Menschen so wenig Kultur und Gesittung herrscht. Und das scheint mir in unserer Zeit das weit Schlimmere zu sein. Denn die Tatsache, daß ein paar Tausend mehr hungern oder ein paar Hundert an Erfrierungen sterben werden, könnte man kalt als die Fortsetzung des Krieges bezeichnen, der ja noch nicht beendet ist. Aber die Tatsache der ungeheuren moralischen Verlotterung, die sich im kommenden Winter noch steigern wird, die immer weiter um sich greifende Einschläferung des Gewissens, des Willens, Recht von Unrecht zu unterscheiden, das Anwachsen der brutalen Selbst-

sucht — das ist es, was unserem sozialistischen Willen so ungeheuer gefährlich ist. Woran sollen wir noch appellieren, wenn diese anständige Gesinnung im steigenden Maße eingeschliffert wird? Wird nicht auch in unseren eigenen Reihen Neid und Mißgunst, Selbstsucht und Gefühllosigkeit gegenüber den Leiden des Mitmenschen unsere Geschlossenheit gefährden? Wo aber ist dann die Kraft, die Ordnung in das Chaos bringen soll, und wo die Partei, die dann sagt: Trotzdem oder gerade deswegen halten wir die Ideale der Freiheit und der Gerechtigkeit aufrecht!

Hier wird die deutsche Sozialdemokratie vor einer Zerreißprobe stehen — das möchte ich betonen —, und wir werden nicht immer in der Lage sein, dem Strauchelnden unter uns die Bruderhand zu geben. Wir werden sehr hart sein müssen.

Die deutsche Wirtschaft ist zusammengebrochen, die uns die materiellen Voraussetzungen zum Leben geben sollte. Wir wollen das klar sehen. Millionen krabbelnder Lebewesen, die irgend etwas tun, machen noch keinen wirtschaftlichen Organismus aus. Das System der Zwangswirtschaft ist zusammengebrochen, wenn niemand mehr weiß, was und welche Mengen produziert werden und wo die produzierten Güter hingehen. Der deutsche Verkehr bröckelt weiter und weiter ab. Schon melden sich — und das ist bedenklich wie mir scheint — auch unter uns die Stimmen, die die Kompensation in gewissen Bahnen legalisieren wollen, die damit unser planwirtschaftliches Willen oder — vielleicht besser gesagt — unser zwangswirtschaftliches Müssen in den Sumpf der gegenwärtigen Verhältnisse hineinziehen wollen, statt das Heer der dann zur Kontrolle notwendigen Beamten zur besseren Erfassung und Kontrolle der Produktion anzusetzen und die häßliche Wirklichkeit unserem sozialistischen Willen näherzubringen.

Vor diesem Parteitag müssen wir den Kräften, die als Besatzungsmächte das Schicksal nicht nur Deutschlands in Händen haben, sagen, was geschehen muß und, wie *Schumacher* sagt, was schnell geschehen muß. Wir müssen das sagen mit aller Nüchternheit, deren Menschen noch fähig sind, die das Grauen in verstärkter Form auf sich zukommen sehen, mit aller gebändigten Leidenschaft, die uns als Deutschen besonders zukommt. Diese Zurückhaltung bestimmt mich auch und sollte uns alle bestimmen, das nicht wiederholt aufzuzählen, was an Kritik wegen mancher Unterlassungen, wegen mancher verpaßten Gelegenheiten in der europäischen Wirtschaft deutlich genug von uns bereits gesagt worden ist.

Der Genosse *Klingelhöfer* erwähnte die Verkehrslage. Ich darf ihn um Verzehrung bitten, wenn ich ihn ein wenig korrigiere. Wir haben 60 000 Waggons im vergangenen Jahre verloren, davon allerdings ins Ausland — das soll keine Abschwächung, sondern eine Feststellung sein — etwa 17 000 Waggons. Wir sind effektiv nicht mehr in der Lage, mit den deutschen Verkehrsmitteln, die demnächst auch die Ernteerträge transportieren müssen, die Kohle ins Ausland zu transportieren, die wir exportieren müssen. Wir müssen aus diesem Grunde, wenn wir auch vorsichtiger mit der Formulierung eines Exportmoratoriums sein sollten, als es meistens geschieht — wir sollten z. B. unsere Genossen in den Ländern nicht vergessen, die von deutscher Kohle wirklich abhängig sind —, doch sagen, das Ausland, das von uns Kohle braucht, muß sie sich mit eigenen Transportmitteln holen. Diese Bitte sollten wir ernsthaft aussprechen. Ich weiß nicht, ob es gelingen wird, 20 000 Waggons und 2000 Lokomotiven zu bekommen. Aber es sollte gelingen, die Armeen, die in erheblichem Umfang unser rollendes Material benutzen, zu bestimmen, davon etwas für deutsche Zwecke freizugeben. Es sollte möglich sein, mindestens das eine zu leisten, den Umlauf des rollenden Materials in den Händen der Armeen wesentlich zu beschleunigen. Es ist nicht mehr Krieg. Kein General achtet streng auf die Einhaltung der Termine, von deren Einhaltung sonst Opfer an Soldaten abhängen können. Aber wir stehen auch vor Opfern an Menschenleben, und deshalb dieser praktische und so einfache Vorschlag, von dem man wirklich annehmen sollte, daß er durchführbar ist.

Genossen! Ich rede mit dem Blick auf die Uhr. Ein solcher Parteitag bringt einen immer wieder in Versuchung, mit dem ganzen Gewicht des Parteitags über wirtschaftspolitische Probleme zu sprechen, nicht ohne Leidenschaft auch über

unsere Not zu sprechen, und Appelle zu richten. Ich kann das nicht mehr. Ich kann nur eins sagen, und wenn das auch eine Wiederholung ist, so möge es, um mit einem Worte Karl Liebknechts zu sprechen, als ein Hammerschlag gewertet werden, bis der Nagel sitzt, als ein Axthieb, bis der Baum endlich fällt: All unser heißes Bemühen als deutsche Sozialdemokratie, in Deutschland ein Gefühl für Friede und Kultur und Freiheit zu erwecken, wird in einem so unerhörten Maße durch Verhältnisse, für die wir nicht mehr allein verantwortlich gemacht werden können, gefährdet, daß es wohlverständlich ist, wenn wir unter diesen Verhältnissen selber mutlos werden möchten. Und doch dürfen wir es nicht, wenn wir nicht schließlich auch die Achtung vor uns selbst zu allem verlieren wollen. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Das Wort hat der Genosse *Albrecht*. Ihm folgt die Genossin *Spangenberg*, Frankfurt a. M.

*Karl Albrecht*, Kiel: Genossinnen und Genossen! Als eine der bedenklichsten Gefahrenquellen für den Neuaufbau hat schon der Genosse *Schumacher* in seinem Referat die Entpolitisierung der Verhältnisse gegeißelt. Auch in der heutigen Debatte ist dieses Thema, das wir heute in vielen Variationen kennenlernen, aufgeklungen. Nur zu diesem einen Punkt möchte ich hier einige Worte sagen.

Das wirksamste Mittel für die politische Reaktion und auch für die antidemokratischen Kräfte ist heute der Schrei nach der Entpolitisierung, weil sich in dieser Dunkelheit am ehesten das betreiben läßt, was diesen Kreisen günstig erscheint. Schon der Mensch, der zu denken beginnt, ist eine Gefahr für diese reaktionären Kreise, und wir sehen heute auf der ganzen Linie und in allen Sparten der Entwicklung, daß wir einer neuen und verstärkten Entpolitisierung des Lebens entgegengehen. Es beginnt bereits mit dem Ruf nach den Fachausschüssen. Es setzt sich fort in der ganzen Ebene der Verwaltungsarbeit. Wir wissen, daß nicht zuletzt auch in der Beamtenschaft selbst sich dieses Prinzip verheerend auswirkt. Man fragt sich: Wo soll dann die Ansatzfläche sein, um die demokratische Erziehung überhaupt zu gewährleisten? Es wird bedenklich, wenn dieses Prinzip auch bereits in Kreise einbricht, die uns politisch unbedingt nahestehen. Der Genosse *Schumacher* hat darum nicht umsonst hier festgestellt, daß gewisse Spannungen zwischen SPD und Gewerkschaften so oder so ausgetragen werden müssen, weil wir auch hier auf gewerkschaftlichem Gebiet eine sogenannte Entpolitisierung feststellen können. Sie gibt sich mehr als Neutralität, aber wir wissen sehr genau, daß ja eine Gewerkschaft nie eine entpolitierte Arbeit treiben kann. Denn sie ist eine Organisation, die versuchen muß, den politischen Kampf auf ihrer Ebene zu führen. Das Prinzip der Neutralität ist auch hier eine Gefahr, und es fragt sich, wie dieser Gefahr irgendwie entgegenzutreten ist. Wir wissen, daß auf gewerkschaftlichem Gebiet eine Reihe von guten Genossen eine gute Ansatzfläche für ihre Arbeit gefunden haben. Nur haben wir den Eindruck, daß sie sich allzu stark mit dem Mantel der Neutralität umgeben (Sehr richtig!). Die Gewerkschaft ist doch letzten Endes genau auf dem gleichen Boden gewachsen, auf dem auch die Sozialdemokratische Partei gewachsen ist, und das muß sich auswirken, auch ohne daß die Besatzungsmacht die Gewerkschaft mit dem Makel abstempeln kann, daß sie sich zu sehr politisiert. Ja, wir wünschen eine politisierte Gewerkschaft, und zwar auf dem Boden, der unser gemeinschaftlicher Boden sein muß. Ich denke hier an das Wort von *Schumacher*, der sagt: Erst dann, wenn sich die Gewerkschaft offenbart hat, daß sie auf dem gleichen Boden steht, darf sich in ihrer praktischen Arbeit das Prinzip einer gewissen Neutralität auswirken.

Ich möchte hier zum Schluß nur noch auf eines hinweisen. Ganz gleich, wo heute unsere Arbeit ansetzen muß, ob in der Verwaltung oder bei den Beamten, ganz gleich in welcher Arbeit, wir bleiben doch letzten Endes auch als Beamte Sozialdemokraten, und das muß sich in der Gesamthaltung und Arbeitsmethode und in jedem einzelnen Arbeitsvorgang zum Ausdruck bringen lassen. (Sehr gut!) Wir sind ja Sozialdemokraten nicht nur, weil wir dies als eine geeignete wirtschaftliche Grundlage betrachten, sondern letzten Endes auch, weil dies für uns durchaus den

Wert und die volle Ausdrucksfähigkeit eines Glaubens hat. Entschuldigen Sie, Genossen, wenn ich dieses Wort „Glaube“ hier ausspreche. Aber die Basis, auf der sich geistig unsere Arbeit entwickeln muß, kann ja nicht groß genug sein. Sie muß alles das umschließen, was für uns wichtig und wesentlich ist. Darum, Genossen, ganz gleich, wo wir in der Arbeit stehen — und das gilt vor allen Dingen auch jenen Genossen, die in Gefahr kommen, durch den Druck der Besatzungsmacht und anderer Kreise und Kräfte nun aus allzu großer Loyalität neutral arbeiten zu wollen — ganz gleich, wo ihr steht, ihr müßt Euch offenbaren als Sozialdemokraten. Jedenfalls ist dies der Grundsatz, zu dem ich mich selbst in jedem einzelnen Stadium meiner Arbeit bekannt habe. (Beifall.)

Vorsitzender *Ollenhauer*: Die Genossin *Johanna Spangenberg* will zu einem späteren Punkte der Tagesordnung sprechen, so daß jetzt der Genosse *Karl Meitmann*, Hamburg, das Wort hat. Ihm folgt der Genosse *Franz Marx*, München.

*Karl Meitmann*, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Zu diesem Punkt der Tagesordnung ist auch durch unseren Vorsitzenden der Antrag 1 zur Behandlung gestellt worden. Ich will hier nur mit wenigen kurzen Worten auf die Bedeutung dieses Antrages hinweisen, weil ich überzeugt bin, daß es einer ausführlichen Begründung nicht bedarf. Wir haben in einer langen Deklaration die Voraussetzungen für das zu formulieren versucht, was in der Begrüßungsadresse unserer Genossen in der Ostzone zum Ausdruck kam, die hier von dem Genossen *Neumann* uns übermittelt würde.

Wir hören jetzt draußen im Kampf um die echte und wirksame Demokratie von seiten der KP und der SEP das Argument: Ihr habt in der Ostzone ja gar nicht den Antrag auf Zulassung Eurer angeblich verbotenen Partei gestellt. In diesem Antrag haben wir bis ins einzelne hinein klar die Voraussetzungen aufgezeigt, unter denen allein das geschehen kann, was wir alle wünschen und was unser Genosse *Schumacher* auf diesem Parteitag nicht nur vor den Delegierten, sondern schon vorher vor der Presse und in Unterhaltungen mit jenen Leuten, die sich dafür bevorzugt bevollmächtigt fühlten, ausgesprochen hat. Wir wünschen, daß in der deutschen Bevölkerung und in der Welt Klarheit darüber besteht, daß die Voraussetzung zur Bildung echten demokratischen Lebens und seiner Ausdrucksformen, nämlich der politischen Parteien, die Gleichheit ist. Dies richtet sich nicht nur an die Adresse der SEP und KP, sondern wir denken uns diese Formulierungen auch als eine Ermunterung und eine Mahnung an die Herren von der CDU und von der Liberal-demokratischen Partei, die sich befissen fühlten, Kritik an unserem Sprecher und den hier formulierten Gedanken zu üben. Wir fragen sie nachdrücklich und möchten jetzt bald von ihnen unmißverständlich und klar hören, ob sie meinen, daß die Stimmen, die auf ihre Parteien in der Ostzone entfielen, ihnen in echten und von ihnen als demokratisch anerkannten Wahlen zugeflossen sind. Wir wissen, daß die Sehnsucht unserer Genossen drüben in der Ostzone nicht nur als Sehnsucht ganz allgemein besteht, freie Staatsbürger zu werden, sondern daß sie so wie wir selbst in die aktive politische Arbeit eintreten möchten. Wir erklären hier — und mehr will dieser Antrag nicht —: Wenn die Zeit gekommen ist, wo wir über eine Gesamtvertretung deutscher Bevollmächtigter mitzureden haben, so wollen wir schon jetzt erklären, daß die dortigen Parteien — und zwar alle — die Vorbedingungen dazu nicht erfüllen. Ehe wir nicht diese Vorbedingungen geschaffen haben, ist es unmöglich, ein echtes Mandat der gesamtdeutschen Bevölkerung in Anspruch zu nehmen.

Wir sagen — und damit komme ich zum Schluß —: Im Namen Deutschlands kann zur Welt nur sprechen, wer das Mandat wirklich frei gebildeter politischer Parteien hat. Die Voraussetzungen dazu sind in unserem Antrag klar herausgestellt, und wir bitten Euch, Genossinnen und Genossen, unseren Antrag so einmütig vom ganzen deutschen Parteitag anzunehmen, wie er von der Landesorganisation Hamburg einstimmig angenommen worden ist und vom Parteivorstand und Parteiausschuß ebenso einstimmig zur Annahme empfohlen wird. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender *Loßmann*: Das Wort hat Genosse *Marx*, München. Ihm folgt die Genossin *Wolff*, Berlin.

*Franz Marx*, München: Genossinnen und Genossen! Die alte Erfahrung, daß die Außenpolitik die Funktion der Innenpolitik darstellt, bestätigt sich heute in einer tragischen Weise an Deutschland, nur mit einem negativen Vorzeichen. Deutschland ist zum Objekt der außenpolitischen machtpolitischen Interessen der über Deutschland bestimmenden Mächte geworden, Deutschland ist das Objekt einer Politik, die eine Mischung von wirklich aufrichtigem Humanismus darstellt, weit überschattet von machtpolitischen, imperialistischen und kapitalistischen Interessen der Siegermächte auf der einen Seite und von einem weltanschaulich unterbauten Machtwillen auf der anderen Seite, der trotz der Möglichkeit, sich durchzusetzen, zumindestens seine weltanschauliche Rechtfertigung bis heute in der Welt noch nicht gefunden hat.

Wenn wir so die von außen auf Deutschland wirkenden Kräfte sehen, dann dürfen wir allerdings auch nicht übersehen, daß sich in Deutschland die Kräfte wieder stabilisieren, die uns die Voraussetzungen dieser Katastrophe geschaffen haben, daß die deutsche Reaktion sich allen staatspolitischen Notwendigkeiten dieses vollkommen zertrümmerten Deutschlands entzieht und rücksichtslos ihre klassenpolitischen Interessen wahrnimmt. Das äußert sich in allen Verästelungen des öffentlichen Lebens, das äußert sich in der Wirtschaftspolitik, in der Sozialpolitik und in der Kulturpolitik. Ich möchte beispielsweise nur nebenbei auf die kulturpolitische Entwicklung in Bayern aufmerksam machen, daß sich heute wieder ein Kultusminister erlauben kann, durch eine Ministerialverordnung in Bayern die Prügelstrafe in den Volksschulen einzuführen (pfaui), oder daß im Verfassungsausschuß dieses Bayerischen Landtags die Christlich-Soziale Union einen Antrag durchsetzen konnte, der bestimmt, daß während des Hochamts jedwede sportliche Veranstaltung zu unterbleiben hat.

Nicht wie die heutigen Parteien zum Faschismus und zur Reaktion stehen, ist der Maßstab zu ihrer Beurteilung, sondern wie sie zu den Voraussetzungen stehen, die uns die Not dieser Zeit gebracht haben. Genau so wie die Reaktion nicht erst im Jahre 1933 in Deutschland begann, als sie schon die politische Macht übernommen hatte, sondern schon im Jahre 1919 begann, so wird auch die erneute deutsche Reaktion nicht erst dann beginnen, wenn sie wiederum die politische Macht übernimmt. Die deutsche Reaktion hat schon mit dem 20. Juli 1944 begonnen, als sich ein Teil dieser Menschen von den Folgen der Ursachen distanzierte, zu denen sie wesentlich beigetragen haben. (Sehr richtig!) Die deutsche Reaktion hat in dem Moment mitgekommen, als man in einem der Siegerstaaten das Komitee „Freies Deutschland“ aufzog, in dem sich die reaktionärsten Offiziere Deutschlands in dem Augenblick vom Faschismus distanzlierten, als die Niederlage dieser faschistischen Verbrecher eindeutig feststand.

Das Nürnberger Urteil hat in gewissem Maße eine internationale Rechtfertigung der Voraussetzungen zu dieser Katastrophe gebracht. Nicht die Handlanger dieser Katastrophe gehörten da verurteilt, sondern die Drahtzieher, die immer und immer wieder in der geschichtlichen Situation auch ihre Verteidigung gefunden haben, mußten verurteilt werden. Das waren die Vertreter der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Papen, Schacht und Genossen.

Wie hart der Kampf mit diesen Voraussetzungen sein wird, haben uns die zwölf Jahre gezeigt; denn der Faschismus war lediglich einer der Faktoren, die die Reaktion einzusetzen entschlossen ist, wenn es an die Grundlagen ihrer politischen Macht geht. Was wir jetzt in unserer gesamten politischen Arbeit tun, hat einfach den Zweck, die Ausgangsstellungen für den Moment zu schaffen, in dem die politische Initiative restlos an die deutschen Politiker übergeht. Der Genosse *Schumacher* hat hier schon richtig gesagt, daß das deutsche Volk oder die Katastrophenpolitiker vor einer Revolution bewahrt geblieben sind, die außerhalb unseres Machtbereichs liegende Kräfte zunächst verhindert haben. Das schließt nicht aus, daß es eine unserer wesentlichsten Aufgaben ist, die Voraussetzung für diese Korrektur,

die kommen muß, zu schaffen. (Beifall.) Die Schaffung dieser Voraussetzung bedeutet, daß wir beispielsweise an einer radikalen Eigentumsveränderung festhalten müssen. (Zustimmung.) Denn diese radikale Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist die Voraussetzung für das wirkliche Funktionieren einer Demokratie. Sie ist ja deswegen auch in einer der Zonen Deutschlands zunächst vorgenommen worden, allerdings mit negativen Vorzeichen in bezug auf eine der unabdingbaren Grundlagen sozialistischer Politik überhaupt, nämlich durch die Verletzung der geistigen Freiheit. Wir müssen an der Änderung der Eigentumsverhältnisse festhalten bei Sicherstellung der geistigen Freiheit. Nur so werden wir unseren Aufgaben gerecht. Die Partei selbst muß sich als Spiegelbild einer solchen Problematik darstellen. Sie muß praktisch die Tribüne all dieser fortschrittlichen Bestrebungen sein, die eine radikale Änderung der Eigentumsverhältnisse zum Ziel haben, aber bei unabdingbarer Sicherung der geistigen Freiheit. Das heißt, sie muß die negativen Voraussetzungen dieser östlichen Politik bei sich selbst aufheben.

Arbeiten wir nach diesen Gesichtspunkten, dann wird die Sozialdemokratische Partei ihren Aufgaben gerecht werden, dann wird sie die Schlagkraft erhalten, die auch die jetzt noch abseits stehenden Kräfte mitreißt und wird so wirklich zu dem positiven Faktor der deutschen Politik werden. Das ist die verantwortungsvolle Aufgabe unserer Partei, die uns keiner abnimmt, wie der Genosse *Schumacher* hier gesagt hat. Man kann die Politik unserer Partei für schlecht halten. Wir wollen es einmal zugeben und überspitzt sagen: Die Politik unserer Partei kann noch so schlecht sein, aber sie ist besser und wird besser bleiben als die Politik jeder anderen Partei Deutschlands. Darin liegt die Verantwortung für uns, innerhalb dieser Partei mit unserer ganzen Kraft, unserer ganzen Ausdauer und unserem ganzen Zielbewußtsein zu arbeiten. Dann werden wir unserer Pflicht als Sozialisten Deutschlands und internationalen Sozialisten gerecht werden. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Wort hat die Genossin *Jeanette Wolff*, Berlin. Ihr folgt der Genosse *Niepuandt*, Essen.

*Jeanette Wolff*, Berlin: Genossen und Genossinnen und liebe Gäste! Tief innerlich gerührt von den Worten, die der Genosse *Schumacher* und der Genosse *Stampfer* am heutigen Tage gerade hier in Nürnberg zur Judenfrage gefunden haben, gibt mir das Vertrauen, im Namen der Juden und als Sozialdemokratin hier all das auszusprechen, was jahrelang tief in unserem Herzen gelegen hat. Ich unterstreiche das, was der Genosse *Stampfer* in bezug auf den Rabbiner Dr. Beck sagte, mit dem ich jahrelang zusammen gearbeitet habe. Als im Jahre 1945 die Tore des KZ sich für uns öffneten, hat unser Herz geweint, als wir das erste deutsche Häuschen sahen. Denn das Heimweh nach Deutschland war in uns, nachdem wir jahrelang als Vergessene in den unkontrollierbaren Lagern des Ostens gelebt hatten. Wir als Sozialdemokraten und Juden, die für die Idee des Sozialismus schon 1933 nicht in die Verbannung, sondern in die Hände der Feldpolizei und der Gestapo gegangen sind, wollen offen aussprechen: Das deutsche Volk ist nicht antisemitisch; deshalb lehnen wir eine Kollektivschuld des deutschen Volkes an dem Hitlerverbrechertum ab. (Beifall.) Wäre das deutsche Volk antisemitisch gewesen, es lebte kein Jude in Deutschland mehr. Das müssen wir auch der Welt immer und immer wieder sagen.

Wir wissen, daß gerade in den Herzen der Juden viel weniger die wirtschaftliche Wiedergutmachung als die moralische noch eine ungeheure Rolle spielt. Wer kann das besser ermessen, als ein Mensch, der jahrelang durch das Inferno dieser Hölle gegangen ist, als wir, die wir alles an Menschen verloren haben, die mit uns gemeinsam gekämpft und gearbeitet haben, die wir die Kinder verloren haben, die wir voll Hoffnungen der Welt gegeben hatten, wir, die wir heute, wenn wir nicht Sozialdemokraten wären und in der Arbeit ständen, zusammengebrochen vor dem Nichts unseres Seelenlebens stehen würden. Wir sprechen hier ganz offen aus: Es ist notwendig, daß gerade die Sozialdemokratie aus tiefstem Herzen die Lösung der Judenfrage mit auf ihre Fahnen schreibt, weil das Menschheitsideal der Sozial-



demokratie und das Menschheitsideal der Erlösung aller Menschen aus den Fesseln jeder Unterdrückung die Erlösung der Juden der Welt mit einschließt. In diesem Sinne möchte ich einige Dinge zur Klärung der ganzen Frage beitragen.

Kommunisten und andere sind in die KZ hineingegangen, ebenso wie ich und alle sozialdemokratischen Kämpfer hineingegangen sind, die das Fech hatten von einer jüdischen Mutter geboren zu werden. Aber es ist doch ein Unterschied zwischen uns und den anderen Juden. Wir haben gewußt, daß wir Kämpfer gegen die Diktatur und gegen den Faschismus waren. Wir haben gewußt, daß wir um eine neue Welt ringen wollten, daß wir ein neues Leben aufbauen wollten, in dessen Mittelpunkt wir den Menschen stellten. Aber jene Schar von Unzählbaren, die in Öten verbrannt und in Lagern gemartert wurden, jene unzählige Anzahl von Kindern, deren bloße Füßchen blutend durch die Schneefelder des Ostens in das Verderben hingerappt sind — sie wußten nicht, warum sie in dieses Verderben gingen —; sie gingen nur, weil eine Mutter sie geboren hatte. Ihnen begreiflich zu machen, daß sie wieder als voll geschätzte und gewertete Mitglieder in die deutsche Gemeinschaft aufgenommen werden, dazu haben die Worte beigetragen, die der Genosse Dr. Schumacher und der Genosse Stampfer an dieser Stelle gesprochen haben. Im Namen der deutschen Juden danke ich diesen beiden Genossen aus innerstem Herzen.

Das Problem der Judenfrage ist nicht damit gelöst, daß wir ihnen etwas von ihrem Eigentum oder ihren irdischen Gütern zurückgeben. Was nützt es dem Menschen, wenn er in seinen vier Wänden Bequemlichkeit hat und wenn er draußen gegen eine Wand von Mißtrauen zu kämpfen hat? Unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist es, dafür zu sorgen, daß die Quellen in Deutschland gesäubert werden, aus denen noch heute der Kampf gegen die Freiheit und auch der Kampf gegen das Judentum entströmt. Diese Quellen müssen gesäubert werden. Ich appelliere an alle unsere Genossen, die in irgendwelchen Ämtern in Deutschland sitzen, sei es in Staat, Stadt oder Gemeinde, sich ihre Mitarbeiter auf ihre politische Vergangenheit anzusehen und alles daran zu setzen, alle Ämter in Deutschland zu reinigen von jenen kleinen Meßnern, die es heute noch verstehen, unter devoten Bücklingen auch unseren Genossen sich unentbehrlich zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sind die Quellen, aus denen der Nationalismus getränkt wird.

Es gibt eine Reihe dieser dunklen und trüben Quellen, und der Genosse, der an dieser Stelle sagte, daß der Nationalsozialismus in Deutschland nicht tot sei, hat recht gehabt. Ich sehe die Dinge nicht aus meiner jüdischen Mentalität heraus, wie man mir einmal vor Jahren auf dem Heidelberger Parteitag gesagt hat, als ich als ganz junge Genossin zum Ausdruck zu bringen wagte, daß der Antisemitismus aus der deutschvölkischen Partei, aus der Partei eines Wulle und Knüppel-Kunze und aus den Nationalsozialisten der Totengräber der Weimarer Republik sei. Nach zwölf Jahren des Leidens sehen wir die Dinge un sentimental, so, wie sie sind. Gelingt es uns nicht, in Deutschland die trüben Quellen zu verstopfen, aus denen noch heute nationalsozialistische Ströme in das neuerwachende deutsche Volksempfinden quellen, dann werden wir niemals einen gesunden und friedvollen deutschen Staat in einem friedvollen Europa aufbauen können. Das ist nicht allein unsere Aufgabe, aber unsere in allererster Linie. Und dann ist es die Aufgabe der alliierten Behörden. Es tut mir leid, daß der größte Teil der Vertreter der Besatzungsmächte nicht mehr anwesend ist. Wir haben sie begrüßt als unsere Befreier. Sie haben die Welt von dem nationalsozialistischen Terror befreit. Aber sie müssen uns auch helfen, Deutschland von den unterirdischen Quellen zu befreien, und das ist nur nach zwei Seiten möglich. Auf der einen Seite müssen die deutschen Verhältnisse sobald wie möglich klar und eindeutig gestaltet werden, und man sollte sich nicht mit Interessengruppen darüber unterhalten, wann das geschehen soll. Nur wer schnell hilft, hilft gut. Und wenn ein Patient wie das deutsche Volk an einem Ansteckungsbazillus, der aus Not und Elend geboren ist, nun verschärft leidet, muß man diesem Volke helfen, daß es immun wird gegen die Dinge, die uns zwölf Jahre hindurch eine Hölle nicht nur in Deutschland, sondern in der Welt gebracht haben.

Wir sind der Ansicht, daß alles daran gesetzt werden muß, die Zonengrenzen abzubauen, damit die Nationalsozialisten nicht mehr untertauchen können. (Beifall.) Wer in Berlin seine Kennkarte beschmutzt hat, taucht irgendwo im Westen unter, um in irgendeinem Ministerium oder einem Wirtschaftsrat wieder zu erscheinen. (Lebhafte Zustimmung.) Wer als Wehrwirtschaftsführer, ohne mit der Wimper zu zucken, Tausende von ausgepreßten Fremdarbeitern und Juden in die Lager zur Vernichtung geschickt hat, taucht wieder auf, weil er unentbehrlich ist. Diese Menschen sind für uns durchaus entbehrlich. (Sehr richtig!) Wir empfehlen allen Genossen, auf die Menschen zu achten, die sich ihnen nahen. Ich bin der Ansicht, daß auch in diesem Winter manches vermieden worden wäre, wenn nicht alliierte Stellen „fachmännisch“ von Leuten beraten worden wären, denen gar nichts an der Gesundung Deutschlands, aber alles an einem Chaos liegt, durch das sie an die Oberfläche gekommen sind. (Beifall. — Glocke.)

Meine Zeit ist um. Es ist ein weites Feld, über das zu reden wäre. Zum Schluß möchte ich Ihnen nur noch den einen Weg sagen. Es ist notwendig, daß neben allem anderen in Deutschland ein Entnazifizierungsgesetz kommt, das keine Stünde und keine Klassifizierungen mehr kennt. Wir dürfen keine Juristenkammern, keine Ärztekammern und keine Künstlerkammern haben. Ob jemand das Volk mit dem Wort, mit dem Lied oder mit der Schrift vergiftet hat, oder ob jemand mit dem Dolch einen Menschen umgebracht hat — sie haben die Atmosphäre geschaffen, aus der die menschlichen und baulichen Ruinen entstanden sind und in der Millionen von Menschen ihr Leben haben lassen müssen.

Wir wollen alle zusammenstehen. Aber wir wollen auch den Alliierten klar machen, ganz gleich, ob im Osten, im Westen, im Norden oder im Süden, daß sie mit uns die gleiche Verantwortung tragen, aus Deutschland den Ansteckungs- und Veredlungsbazillus zu entfernen und den Nationalsozialismus von innen heraus zu bekämpfen. Überall tauchen sie unter, wohin man kommt. Wir werden immer wieder fordern, daß bald die Direktive 38 für ganz Deutschland einheitlich wird, daß die Ausführungsbestimmungen so werden, daß wir alle Nazis, die sich schuldig gemacht haben, erreichen können. Ein Satz muß sich eisern in unser Hirn einprägen, und das soll das Letzte sein, was ich in meiner kurzen Rede zu sagen habe: Denkt an die vielen Opfer, an das Meer von Blut, an das zerstörte und verbrannte Hab und Gut, an die 12 Jahre, die so sinnlos uns verflossen, laßt sie nicht untertauchen, die Parteigenossen! (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir haben noch zwei Genossen auf der Rednerliste, den Genossen *Nießwandt*, Essen und den Genossen *Köth*, Hessen. Ich möchte die beiden Genossen bitten, sich so kurz zu fassen, daß wir noch vor der Mittagspause das Schlußwort des Genossen *Schumacher* hören und noch die Abstimmungen zu Punkt 2 der Tagesordnung vornehmen können. — Genosse *Nießwandt*, Essen!

*Wilhelm Nießwandt*, Essen: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Die Entschleußung des Vorstandes, die dem Parteitag vorgelegt worden ist, ist wohl das Ergebnis des Referats, das Genosse *Schumacher* gestern gehalten hat. Wir möchten besonders von der Ruhr aus ganz kurz, aber doch präzise zu der Frage Deutschland und Europa einiges sagen.

Wenn es heißt — damit möchte ich beginnen —, daß letzten Endes die Sozialdemokratische Partei sich bekennt zum demokratischen, die Freiheit der Persönlichkeit behandelnden Sozialismus, so sagen wir von der Ruhr vor allen Dingen: Möge das Ausland und mögen die Mächte, die jedenfalls auch an der Ruhr das letzte Wort sprechen, diese Freiheit der Persönlichkeit so verstehen, wie sie hier gemeint ist, und mögen sie sich endlich freimachen von einer Bevormundung, die wir immerhin als unentbehrlich empfinden. Denn die Worte Freiheit der Persönlichkeit werden auch von den Kräften, die einstmals die Ruhr beherrscht haben, immer wieder in den Mund genommen, und die Militärregierungen sind geneigt, diese Kräfte als unentbehrliche Exponenten der Wirtschaft an der Ruhr wieder anzuerkennen. Die Sozialdemokratische Partei muß es ablehnen, sich unter das

Motto zu beugen, daß diese Herren auf Grund ihrer Fachkenntnisse unentbehrlich wären, und sie muß somit den Beweis liefern, daß auch wir imstande sind, diese Wirtschaft auf Persönlichkeiten auszurichten und mit ihnen zu führen.

Ein weiteres Wort, das die Entschließung enthält, möchte ich hier ebenfalls zum Gegenstand einer kurzen Betrachtung machen. nämlich die ständig wachsende Hungerkrise. Alle Teilnehmer des Parteitags, die schließlich alle Zonen des Westens und damit alle Länder vertreten, blicken gespannt auf die Ruhr. Auf die Ruhr blickt aber auch das Ausland. Man sagt, das Ruhrgebiet sei zur Befriedigung der Ansprüche da, die Frankreich, Belgien, Italien und alle anderen, auch selbst England, zu stellen haben. Ich darf hier im Namen der Arbeitenden an der Ruhr nur erklären: Wenn man die Schaffenden an der Ruhr weiter so behandelt wie bis jetzt, dann wird es nicht gelingen, auch nur noch einen Waggon Kohle nach Frankreich oder anderswohin zu transportieren. Ich bitte darum, daß auch die Genossen in Frankreich mit aller Energie sich dem Gedanken entgegenstellen, es sei möglich, den arbeitenden Menschen in den zerschlagenen Großstädten der Ruhr zu größeren Leistungen zu bringen, als er sie bisher vollbracht hat, unter Verhältnissen, die nicht einmal denen auf dem Balkan entsprechen.

Bei einem weiteren Satz der Entschließung bitte ich, die Formulierung zu ändern. Es heißt hier: „einer starken und vom Vertrauen der arbeitenden Massen getragenen Wirtschaft“. Wenn wir, wie *Schumacher* erklärt hat, die Massen gewinnen müssen, um einstmals als die bestimmende Partei im Reich in Erscheinung zu treten, so wäre es angebracht, wie folgt zu formulieren: „einer starken und vom Vertrauen der breitesten Schichten getragenen Wirtschaft“. Ich meine damit, daß der Tenor, der immer wieder zum Vorschein kommt, in Zukunft nicht allein auf die arbeitenden Schichten abgestimmt sein darf, weil immer wieder ein falsches Verstehen dieses Wortes Platz greift. Zu den „breitesten Schichten“ gehören alle, die durch den Nationalsozialismus besonders enttäuscht worden sind. Sie müssen endlich ihren Halt finden, den sie suchen, und zwar in der Sozialdemokratischen Partei.

Nun noch ein anderes Wort zu dem gestellten Thema Deutschland und Europa. Will das Ausland begreifen, daß es letzten Endes nur eine Partei in Deutschland gibt, die sowohl in der Vergangenheit bemüht gewesen als auch jetzt bemüht ist, dem Ausland die Wahrheit über die Verhältnisse in Deutschland zu vermitteln? Das Ausland holte sich seine Orientierung vornehmlich von Kräften, die in der zurückliegenden Zeit gar nicht so sehr darauf bedacht waren, diese deutschen Interessen zu vertreten. Ich spreche ganz offen aus: Es handelt sich um die Kräfte, die als weltanschaulich betonte Kräfte auch zu Anfang des Dritten Reiches ein Positivum für sich herauszuarbeiten wünschten. Diese Orientierung des Auslandes ist jedenfalls nicht dazu angetan, die wahren Verhältnisse Deutschlands kennenzulernen. Denn diese Kräfte sind auch die aktivsten Kräfte in bezug auf den Partikularismus in Deutschland. Was *Schumacher* hier erklärt hat, ist schon richtig. Wollen wir zu einer einheitlichen Steuerung im Reiche, dann müssen diese Kräfte auf den Stand zurückgeschraubt werden, der für sie noch bleiben darf, um in Zukunft noch irgendwie tätig zu sein. Das ist das eine, was an der Ruhr ganz besonders empfunden wird. (Glocke.) Die arbeitenden Schichten an der Ruhr — und das betrifft alle, die sich nicht von dem Gedanken des Nazismus beeinflussen lassen — wünschen, daß die Partei allen diesen Fragen gegenüber diese klare Sprache spricht. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenauer*: Als letzter Redner Genosse *Köth*, Hessen.

*Otto Köth*, Hessen: Genossinnen und Genossen! Ich darf mir erlauben, ein Wort unseres Parteiführers Genossen *Schumachers* an die Spitze meiner Ausführungen zu stellen. Genosse *Schumacher* sagte: Wir sind unbehquem, aber wir sind reell. Wir sind es nicht nur, sondern wir waren es auch in der Vergangenheit und haben der Welt bewiesen, daß wir in jeder Weise und in jeder Form gewillt waren, mit ihr zusammen zu arbeiten. In Nürnberg ist der Sitz des hohen Gerichtes, das über

die Verbrechen und Verbrecher gegen die Gesetze der Menschlichkeit entscheidet. Nun ist es doch so: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Ich stehe auf dem Standpunkt, Mord bleibt Mord. Ob man jemand totschißt oder ob man ihn streichelt und dann trotzdem verrecken läßt, ist das gleiche. Der Hunger stoht über Deutschland. Hunger! ruft die ganze Welt. Über eines jedoch wollen wir uns im klaren sein: Brot allein tut's nicht, sondern der Geist ist es, der den Körper bildet. Die geistige Idee hat jeweils den Körper überwunden. Den besten Beweis für diese Behauptung hat das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, hat aber besonders die Arbeiterschaft in Deutschland und namentlich im Ruhrgebiet im vergangenen Winter geliefert. Sie hat gehungert, gefroren und ist trotzdem der sozialistischen Idee treugeblieben. Sie hat sich nicht radikaliseren lassen. Die Gefahr der Radikalisierung schwebt jedoch nach wie vor über uns. Denn auch der Körper kann den Geist töten und tötet ihn in dem Augenblick, wo er erlischt. Auf die Dauer kann auch der beste Sozialist nicht nur vom Geist leben. Wenn das Ausland unsere Hilferufe nicht hört, nicht hören will, so machen wir das gesamte Ausland, und zwar vor allem das Ausland, das uns helfen kann, darauf aufmerksam, daß wir diese Hilferufe gar nicht auszusprechen brauchten, wenn das Ausland vor 1933 auf die Warnrufe der SPD gehört hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Kein geringerer als Churchill hat den Ausspruch getan: Es ist nicht gut, an dem Kraterrand eines Vulkans zu leben. Und Deutschland ist ein Vulkan. Deutschland muß geholfen werden. Denn wenn die Hilfe nicht bald einsetzt, werden jene Kräfte, die schon einmal in jüngster Zeit uns das Unglück gebracht haben, wieder am Werke sein und die deutsche Demokratie untergraben, unterwühlen und Europa und die Welt erneut in Konflikte stürzen, die den Untergang nicht nur Deutschlands, sondern des gesamten Europa, den Untergang des Abendlandes bedeuten würden.

Will die Welt denn nicht endlich die Gesetzmäßigkeit in der Geschichte verstehen? Jedes Kind der ganzen Welt kennt die Gesetzmäßigkeit in der Natur. Jedes Kind in der Welt weiß, daß aus einem Zwetschenbaum keine Bananen wachsen. Die Gesetze der Geschichte jedoch will die Welt nicht erkennen. Das richtungsweisende Gesetz der Geschichte ist, daß die gesamte Welt zur sozialistischen Demokratie hinarmschieren wird. Entweder sie geht diesen Weg, oder sie geht zu Grunde.

Es wird heute soviel von der Weltsicherheit gesprochen. Ich möchte schon sagen, man könnte besser von einem Weltsicherheitsfimmel reden. Genossen im Ausland, an Euch ergicht mein besonderer Ruf und meine besondere Bitte: Seid die Mandatsträger für den Willen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands! Sorgt dafür, daß das, was Eure Regierungen, soweit sie sozialistisch sind, beschließen, auch von Euren Militärregierungen in den Besatzungszonen durchgeführt wird. (Zustimmung.) Die deutsche Sozialdemokratie hat den Krieg geächtet. Haben wir nicht vor 1933 gerufen und gewarnt: Wählt Hitler und Ihr wählt den Krieg! Das Ausland hat uns nicht gehört und hat uns nicht geholfen. Hilft das Ausland heute nicht der deutschen Sozialdemokratischen Partei, dann wird nicht nur der Sozialismus, sondern Deutschland und Europa vor die Hunde gehen. Wir kämpfen für Gerechtigkeit, für Freiheit, für Menschlichkeit. Sorgt draußen dafür, daß die Idee des Sozialismus nicht nur in wenigen Hirnen lebendig ist, sondern Gemeingut der breiten Massen ist. Dann werden wir auch die nächste Notzeit überstehen. Lassen Sie mich mit einem Goethewort schließen: Was ihr den Geist der Zeiten nennt, das ist der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln. Und dieser Geist muß ein sozialistisch-demokratischer sein, wenn die Welt in Ruhe und Frieden leben will. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen, Genossen, zum Schlußwort des Genossen *Dr. Schumacher*.

*Dr. Kurt Schumacher* (mit lebhaftem Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Es kann nicht Aufgabe des Schlußwortes sein, sämtliche hier ange-

schnittenen Spezialprobleme zu behandeln, schon deswegen nicht, weil dann durch die Konzentration auf ein Spezialproblem, und mag es noch so wichtig sein, eine Verlagerung im ganzen System der Wichtigkeiten eintritt. Aber gewisse Dinge, die für die Aktionsrichtung und die Prinzipien der Partei von Bedeutung sind, müssen doch kurz erörtert und auch einmal an dem einen oder anderen Spezialfall gemessen werden.

Genossinnen und Genossen! Das Positive der heutigen Diskussion war, daß die Kritik gut abgewogen war und daß die Kritik sich gleichmäßig verteilte auf die falschen Konsequenzen, die auf ein Nichterkennen solcher Probleme durch die Besatzungsmächte hervorgehen, und auf die innerdeutschen Faktoren. Für uns als Sozialdemokraten ist die erste Aufgabe, mit Energie im eigenen Lande den Gegner zu stellen. (Sehr richtig!) Daß wir es in unserer Haltung gegenüber den ausländischen machtpolitisch basierten Faktoren sind, das ist eine Selbstverständlichkeit; denn der demokratischen Staatsbürgerfreiheit im Innern entspricht immer eine Politik, auch wieder die Nation frei und gleichberechtigt zu machen. (Beifall.)

Nun, Genossen und Genossinnen, hat die heutige Kritik im Gegensatz zu der auf manchen früheren Tagungen nicht diesen larmoyanten, weinerlichen Ton getragen, der die Zustände beklagt, die uns doch allen bekannt sind und die uns in unserer politischen Sinnesbildung hin- und herreißen. Wir brauchen nicht über das Elend belacht zu werden, wir erleben es selbst. Heute war das Positive in der Kritik, daß jedesmal, wenn auf einen Mißstand hingewiesen wurde, auch zu gleicher Zeit die Methoden der sozialdemokratischen Politik zu ihrer Überwindung aufgezeigt wurden. Solche Kritik ist sinnvoll und ein Beitrag für die Bildung eines Gesamtresses der Partei. (Beifall.) Wir stehen im deutschen Volk und damit auch in der deutschen Sozialdemokratie vor dauernden Zerreißproben, und diese Zerreißproben werden sich unausweichlich steigern. Aber, Genossen, diese sind für weite Teile des deutschen Volkes ein guter Fundus, daß sich die Menschen auch von dem eigenen Elend nicht betäuben lassen und die politische Linie wahren, die herausgearbeitet werden muß. Dafür sind die Wahlen vor allem in der britischen, zum Teil auch in der französischen Zone, ein guter Beweis. Genossen und Genossinnen! Dieser 20. April vor allem ist ein Zeichen von einer neuauftretenden politischen Moral in Deutschland. Es ist durchaus nicht so, daß manche Leute, wie sie sich das denken, uns uneingeschränkt über die Demokratie belehren müssen, und daß diese sich in jedem Fall so gut benommen hätten, wie die Wähler der britischen Zone am 20. April 1947.

Nun, Genossen, bei diesen sich andeutenden Zerreißproben haben wir drei Aufgaben zu bewältigen. Wir müssen durch die Lebendigkeit der Demokratie in unserer Partei diese Partei zu einem ungeschriebenen Stück Verfassung der deutschen Republik machen. (Lebhafter Beifall.) Weil wir Demokraten sind, muß die deutsche Republik demokratisch werden. Zum andern müssen wir alle Kräfte anpacken für die Erhaltung und Steigerung des Produktionswillens; eine unpopuläre Parole, aber eine notwendige Parole. In dem Augenblick, wo das Volk sie nicht befolgt, begeht es Mittäterschaft an seiner eigenen Ermordung. Drittens, Genossen, lassen wir uns von dem Gedanken der Neuordnung und des Neubaus der Wirtschaftsverfassung, vom Sozialismus als der aktuellen Tagesaufgabe, nicht abbringen. (Beifall.)

Nun haben speziell die Genossen Kubel und Klingelhöfer das Referat von gestern sehr gut in einigen wichtigen Teilen untermauert und damit auch die Diskussion vorwärts getrieben, soweit sie sich auf diese Gebiete bezieht.

Sehr wichtig für uns ist die Überwindung der Transportkrise. Aber ebenso wichtig ist, daß man mit dieser passiven, apathischen und gleichgültigen Haltung derjenigen, die mit der Tatsache rechnen, daß die Besatzungsmächte mit verantwortlich sind für das deutsche Schicksal, die Transportkrise nicht beheben kann. Die deutsche Transportkrise ist die peinlichste und fatalste der europäischen Transportkrise. Ehe noch gewisse Möglichkeiten der Hilfe von den USA auf diesem Gebiete eintreffen, sollte man die europäischen Länder im Sinne der Versorgung mit Nahrungsmitteln, mit Kohle, mit Rohstoffen in den deutschen Industrie-

geblieben interessieren. Schon gestern haben wir davon gesprochen, daß, wenn die Transportkrise nicht beseitigt werden kann, die gesamte Warenverteilung in Deutschland zusammenbricht. Und ich glaube, in Europa wird es keinen denkenden Menschen mehr geben, der den Zusammenbruch des deutschen Transportwesens als ein notwendiges Mittel der Bestrafung der Deutschen für das Dritte Reich ansehen könnte.

Nun, wertige Versammlung, haben wir immer wieder festzustellen, durch die Konzentration auf die sozialökonomischen Nöte verschiebt sich das Bild unserer Interessen in der Partei etwas einseitig. Wir empfinden alle, wir gehen in diesen Winter hinein mit einer geringeren Polsterung an Ersparnissen, an Bekleidungsmitteln, an Bedarfsgegenständen, an aller Hilfe des täglichen Lebens. Wir gehen auch in ein eventuell vorübergehendes Schicksal der Erwerbslosigkeit mit einer viel geringeren Stärke als etwa in der großen Krise von 1933. Damals konnte die Erwerbslosigkeit auch aus anderen ökonomischen Hilfsmitteln als aus der laufenden Produktion getragen werden. Aber heute trifft diese Krise gerade diejenigen Kreise am härtesten, die solcher Mittel völlig bar sind.

Wenn wir dieses schwere Schicksal sehen, dann geht unser Ruf an die Welt um so lauter, nicht etwa das Mitleid zu organisieren. Übrigens manchen ausländischen Kritikern möchte ich sagen, mitleidig zu sein ist höchstens ein Zeichen von Menschlichkeit. (Zustimmung.) Aber wir denken nicht daran, das Mitleid zu organisieren. Wir denken daran, die Vernunft zu mobilisieren für die Eigeninteressen der anderen Länder in Europa und in der Welt. Da man uns 1945 physisch nicht vernichtet hat, ist heute die Welt an einer gut prosperierenden und vertrauensvollen Atmosphäre in Deutschland interessiert. Aber da helfen keine platonischen Lippenbekenntnisse dieses Interesses, da helfen bloß gemeinsame Taten.

Der große Weg von der Idee zur Realität sollte, wenn nicht schwere Verluste eintreten sollen, noch vor dem Einbruch dieses Winters gegangen werden. Denn das nächste Frühjahr findet ein anderes deutsches Volk. Die nächste große Stimmungskrise zeichnet sich deutlich als herankommend ab. Es ist besser, ein Volk auf die Beine zu stellen, das noch Vertrauen zur Menschheit hat und das noch glaubt, daß die vier Punkte, die vier Freiheiten der Atlantic-Charta in der Menschheit leben und nicht so verschwinden, wie die 14 Punkte Wilsons. (Zustimmung und Beifall.) Es ist besser, einem Volke mit dieser moralischen Kraftreserve zu helfen, als später einem resignierenden Volke, dem dann auch mit der größten Hilfe nicht so intensiv geholfen werden kann wie heute, in diesem Sommer und Herbst, den Deutschen mit einer relativ geringen Hilfe.

Nun, wertige Genossinnen und Genossen, hat sich dabei herausgestellt, daß diese Sorgen des sozialen Lebens sich in der Diskussion etwas zu einseitig ausgedrückt haben. Ich habe schon vorher gesagt, am schlimmsten für mich in dem Referat ist, daß ich wohl mit den ökonomischen, mit dem geschichtlichen, mit den taktischen Dingen mich auseinandersetzen muß, aber daß ich kein Wort davon sagen kann, wie die Sozialdemokratie sich das kulturpolitische Leben des deutschen Volkes und auch die Symbiose in der europäischen und der Weltgemeinschaft vorstellt. Diese Verlagerung nach der einen Seite ist sehr schmerzhaft; denn in Wahrheit ist die Sozialdemokratie in der Vergangenheit die einzige Partei gewesen, die bereit war, für kulturelle Dinge materielle Opfer zu bringen. (Zustimmung.) Dazu ist die Sozialdemokratie auch heute noch bereit, und sie wird in Zukunft noch stärker dazu geneigt sein.

Nun lebt die Sozialdemokratie auch im Geiste der Unverzäglichkeit der Demokratie als politisches Mittel und als Lebensform. Ich bestreite nicht, daß es anderswo auch Demokraten gibt, gute Demokraten mit gutem Willen. Ich bestreite nur, daß diese Menschen die Strategie ihrer Partei und ihren geistigen Inhalt bestimmen können. Denn bei allem subjektiv sauberen Willen zur Demokratie und sozialen Gerechtigkeit werden diese Menschen die großen objektiven Realitäten, nach denen die Ideale und die staatspolitische Stellungnahme ihrer Partei erfolgen, nicht beeinflussen können.

Wir haben daher bei der Realisierung sozialdemokratischer Anträge sehr lehr-

reiche Erfahrungen machen können. Heute ist es doch so, daß bei einer Millionenanhängerschaft von gutwilligen Demokraten die CDU im Prinzip genau wie die KP aus außerparlamentarischen und antiparlamentarischen letzten Quellen bezieht. Das gilt auch für andere bürgerliche Erscheinungen. Aber wir müssen sehen, daß dieses Wurzeln in letzten Fällen, zum Teil vergangenheitsverbunden in letzten Fällen wie bei der CDU, zum Teil ganz gegenwartsbelegt wie bei der KP, daß diese Quellen in dieser Konsequenz den Willen zur Demokratie ausschließen und daß sie das Interesse der jeweilig zu helfenden Klasse immer zum Interesse der ganzen Nation zu machen versuchen.

In dieser Situation sollen wir doch einmal sehen, daß diese Parteien ohne jede besondere Absprache die Rolle spielen, einander als die sich selbst bequemsten Gegner zu betrachten. Für die CDU ist doch der Kommunist der geeignetste Gegner. Von ihm geht keine akute Gefahr der Änderung der Eigentumsverhältnisse im Großkapitalismus aus. Und auch für die Kommunisten ist die CDU der passendste Gegner, denn sie ermöglicht ihm, von der Vielfalt der nationalistischen Aktionsformen in der kommunistischen Partei Europas einmal wieder zur alten Schmetterparole, zur proletarischen Weltrevolution, zurückkommen zu können. Dieses Aufeinander-angewlesen-Sein in den politischen Bedingungen formt die Politik dieser Parteien.

Es ist merkwürdig, zu sehen, wie diese Parteien in der Periode von 1945 bis 1947 sämtlich versuchen, neue Taktiken anzuwenden, daß sie aber nach dem ersten oder zweiten Schritt immer in ihren alten Praktiken enden. So haben wir das in der Periode der Weimarer Republik besonders in den aufschlußreichen Jahren von 1928 und 1929 gesehen, wo die bürgerlichen Parteien und die Kommunisten zusammen die letzte Chance der Weimarer Republik, nämlich den großen Wahlsieg der Sozialdemokratie vom 4. Mai 1928, verspielt haben. Dieselbe Situation und dieselbe Anziehungskraft der Mittel erleben wir heute. Die CDU und die KP werden doch in ihren Funktionen geehrt durch die Tatsache, daß beide Teile die Sozialdemokratische Partei als ihren wirklichen Hauptfeind betrachten. Darüber hilft uns weder das Volksgemeinschaftsgesäusel der CDU noch der Verbrüderungsmittel der Kommunisten hinweg, die uns ins Gesicht spucken und dann die Hand schütteln wollen.

Das deutsche Volk, dem so viel politische Erziehung fehlt, das 12 Jahre politischen Mangels hat durchmachen müssen, reagiert natürlich jetzt in der Periode der Mangelwirtschaft und des Elends sehr stark auf vermeidbare Beschneidungen seiner Existenz. Es ist nicht ein Spezialfall von uns, wenn wir die Frage der Hausbrandversorgung für die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft und auch für die Erhaltung des guten Willens für so wichtig halten. Da ist z. B. nach dem Voranschlag des Verwaltungsrates, der ja aus acht sozialdemokratischen Ministern für das Wirtschaftsamt bestand — ein Zustand, der sogar zur Entdeckung der Demokratie durch die einzelnen Siegermächte geführt hat (Heiterkeit) —, für die Vier-Wochen-Periode eine Kohlenförderung von 440 000 Tonnen vorgesehen worden. Auf Befehl der Militärregierung, die ursprünglich noch sehr viel radikaler streichen wollte, ist dies auf 350 000 Tonnen reduziert worden. Dieser Zustand ist objektiv unmöglich. Er gewährt weder die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft, noch gibt er die Möglichkeit, die für diesen Winter notwendige Grundstimmung eines Vertrauens zu erhalten. Wir haben eine Tagesförderung von etwa 220 000 Tonnen. Bei einer solchen Tagesförderung sind 340 000 Tonnen für die ganze Vier-Wochen-Periode zu wenig. Man müßte wenigstens durchsetzen, und die Sozialdemokratische Partei proklamiert es von dieser Stelle, daß mit der Steigerung der Kohlenförderung auch eine entsprechende Steigerung der Hausbrandversorgung vor sich geht. (Beifall.)

Nun müssen wir sehen, daß die politischen Parteien in Deutschland, die gegen die Sozialdemokratie stehen, dadurch, daß sie sich in ihrer Politik von dieser Feindschaft völlig faszinieren lassen, eine objektive gegenrevolutionäre Rolle in der deutschen und europäischen Entwicklung spielen. Bei dieser Zuspitzung der Verhältnisse, bei dieser Empfindlichkeit der deutschen Stellung im europäischen

Unglück ist heute eine bewußt deutsche ökonomische Potenzen vernichtende Politik, ist eine antideutsche Wirtschaftspolitik auch eine antieuropäische Wirtschaftspolitik.

Wir können in diesem Zusammenhang nicht auf eine Reihe von Fragen eingehen, die sich dabei aufwerfen. Wir möchten bloß sagen, daß unsere Erfahrungen mit jeder Art von Totalitarismus doch etwas stärker von den Siegern und ihrer eigenen Politik auf deutschem Boden beachtet werden sollten. Wir erleben es — der Fall des Genossen Nestriepke ist ein klassisches Beispiel dafür —, wie die eine Gruppe der Siegermächte von der anderen stets überfahren wird. (Sehr richtig!) Diesen Fall sollten die Siegermächte zum Anlaß nehmen, einmal zu erkennen, daß das, was wir gestern angekündigt haben, dieses prinzipiell obsta, widerstehe den Anfängen, die beste Politik zur Vereinheitlichung Deutschlands und zur Durchsetzung der Demokratie ist, und daß es doch möglich ist, daß Deutschland demokratisch wird.

Nun, Genossinnen und Genossen, haben wir einen kleinen Schritt getan in einem großen Prozeß, mit dem die Totalisierungspolitik gegenüber ganz Deutschland wieder in Schwung gesetzt werden soll. Man wird sich sehr bemühen, die kommunistische Politik in Deutschland zu einer populären, im nationalpolitischen Sinne populären Politik zu machen, und man wird dabei auch die wunderbarsten Dinge erleben. Während die Kommunistische Partei im Osten festgelegt ist auf die Einstellung einer endgültigen Grenze, wird sie zu gleicher Zeit besonders im deutschen Westen auf die Tuba des Nationalismus bezüglich der Erweiterung der deutschen Grenze nach Westen drücken. Aber ich glaube, dieses Volk hat den Mut und die Erkenntnis, skeptisch zu sein gegenüber einer bloßen Propagandamaschine.

Es klingt vielleicht bitter und ist doch eine Grundwahrheit, wenn man das Wesen einer totalitären Partei betrachtet. Die Kommunistische Partei in der Ostzone zeigt so recht den willkürlichen und gewaltsmäßigen Charakter des Totalitarismus. Die Kommunistische Partei — SEF glaube ich — ist eine Partei der politischen Funktionäre, die gleichzeitig Inhaber von Dienststellen der MVD sind, deutsche Kommunisten. Die politischen Generallinien einer solchen Partei werden dementsprechend stets diejenigen einer politischen Polizei sein. Wir haben die Konsequenzen einer solchen Linie und die Basierung einer solchen Linie 12 Jahre in Deutschland erlitten.

Wir möchten jetzt eins sagen: Die Frage nach der Parteidemokratie und nach dem Herausfinden der Stoßrichtung unserer Politik muß dauernd in der Diskussion sein, d. h. in den Versuchen der theoretischen und praktischen Gestaltung sein. Wir müssen, glaube ich, etwas mehr von manchen wahlvereinsmäßigen Elterschalen in der Politik unserer Partei abschreiben. (Zustimmung.) Wir müssen dabei stets unsere selbständige und unverzichtbare demokratische Linie betonen.

Hier hat mir ein Münchener Freund eine Resolution der Kader-Organisation der Münchener kommunistischen Partei heraufgereicht. Da steht:

Die Führung der Stadtteil-, Straßen- und Betriebsgruppen muß von den politisch stärksten und aktivsten Genossen besetzt werden. Genossen, die nicht mit der Generallinie einverstanden sind, können nicht in der Leitung vertreten sein.

Sehen Sie, Genossen, das ist der Geist oder Ungeist, vor dem wir uns hüten müssen. Wir akzeptieren die verschiedenartigsten politischen Meinungen auch in den höchsten und zentralsten Instanzen der Partei. (Lebhafter Beifall.)

Wir möchten den Genossen in der Ostzone jetzt noch etwas sagen. Man hat uns beschuldigt, als Sozialdemokratische Partei Zonenpolitik zu machen. Es ist das ein sehr merkwürdiger Vorwurf gerade im Munde einer Partei, die den Versuch macht, die politischen Voraussetzungen ihrer Zonenpolitik auf das ganze Deutschland auszudehnen. Aber dagegen will ich nicht reden. Wichtig, Genossinnen und Genossen, ist das andere. Die Existenz der Zonen kann nicht geleugnet werden. Aber die Sozialdemokratische Partei hat stets eine Politik gemacht, als ob die Zonen nicht



vorhanden wären, bei allen taktisch-praktischen Angleichungen an die Voraussetzungen des Tages. Nur in einem Punkte gibt es eine privilegierte Zone in der Sozialdemokratischen Partei für die Findung ihrer politischen Linie, für ihren Geist, für ihre Politik, und diese privilegierte Zone der Sozialdemokratie ist die unverzichtbare Ostzone mit ihren Sozialdemokraten. (Beifall.)

Mit dem Gang der Entwicklung innerhalb der Partei sind wir durchaus nicht zufrieden. Es läßt sich schon an manchen Stellen zuviel von der Selbstzufriedenheit mancher gehobenen Funktionäre spüren. (Lebhafter Beifall.) Und Selbstzufriedenheit ist nicht so sehr gesellschaftlich ein Hemmnis der Entwicklung, es ist eine Binde vor den Augen für die politischen Gefahren, die heranwachsen. (Zustimmung und Beifall.) Wir können unser Leben nicht aussuchen. Wie können also auch nicht aussuchen, welchen Gefahren wir ausweichen können und welchen wir begegnen müssen. Es ist gewiß klug, sich nicht bei jeder Kleinigkeit mit der ganzen Wucht des Prinzips in die Bresche zu werfen. Aber einer richtigen Gefahr soll man bei klassenpolitischen Auseinandersetzungen nicht aus dem Wege gehen. (Beifall.)

Da möchte ich ein Wort zu den verständnisvollen, durch ihr Lebensalter gereiften Parteigenossen sagen. Die Jugend kommt natürlich nicht mit dem politischen Apparat, den etwa unsere Generation gehabt hat, in das aktive Partyleben hinein. Die Jugend ist hier zum zweiten Male besiegt. Aber geben wir ihr nicht das Gefühl, daß sie auch als Generation besiegt ist. (Beifall.) Denn nur, wenn die Jugend als Generation Sieger wird, wird auch die deutsche Sozialdemokratie siegen können. (Starker Beifall.)

Genossen! Boklatscht das nicht nur, handelt auch danach! (Heiterkeit und erneuter Beifall.) Sucht nach den jungen Menschen. Es gibt unter ihnen unzählige charakterlich und geistig potente Typen, die es wert sind, daß man nach ihnen sucht. Wir sind doch heute in der Sozialdemokratie unter einem allgemeinen Menschenmangel, und es heißt, die großen Verdienste der älteren und mittleren Generation nicht beschneiden, wenn man diesen beiden Generationen die Aufgabe im Dienste der sozialdemokratischen Idee auferlegt, die Jugend für die Ideen des Friedens, der Freiheit und des Sozialismus zu aktivieren. (Anhaltender starker Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Genossen und Genossinnen! Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen zu Punkt 2 der Tagesordnung. Es liegt Ihnen vor die Vorlage Nr. 5, Antrag 43, Vorschlag des Parteivorstandes und des Partelausschusses für eine Entschleßung. Der Genosse *Nießwandt* hat vorgeschlagen, in dem vorliegenden Text eine Änderung vorzunehmen, und zwar in dem fünften Absatz zu sagen: „Eine erstarkende und vom Vertrauen der breitesten Schichten getragene Wirtschaft wird die Anziehung ausüben“. Wir sind mit dieser Abänderung einverstanden. Ich schlage vor, daß wir so verfahren, daß wir über den Antrag 43 abstimmen und daß mit der Annahme des Antrages 43 die Anträge 2, 3, 4 und 5 in der Vorlage Nr. 4 als erledigt betrachtet werden. Ist der Parteitag mit dieser Vorgangsweise einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Wir kommen zur Abstimmung über Antrag 43. Wer für Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es steht dann zur Abstimmung der Antrag 1 in der Vorlage Nr. 4, der von der Landesorganisation Hamburg eingebracht wurde. Wir schlagen vor, in der Begründung im zweiten Satz eine kleine Änderung vorzunehmen und an Stelle der Worte „In der russischen und französischen Zone“ zu sagen „In allen Zonen“. Wer für diese Entschleßung mit dieser Abänderung ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Genossinnen und Genossen! Damit ist der Punkt 2 der Tagesordnung erledigt. Die Verhandlungen sind bis 15 Uhr vertagt.

(Schluß der Vormittagssitzung 13.23 Uhr.)